

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis pränumerando:  
Vierteljahr 1,30 RM., monatlich 1,10 RM.,  
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus,  
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-  
nummer mit Wochenschrift Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
abonnement: 1,10 RM. pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Verzeich-  
nisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 RM., für das übrige Ausland  
3 RM. pro Monat. Postabonnements-  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Betragt für die sechsgehobene Kolonnen-  
zeile oder deren Raum 10 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
Wort 10 Pf., Steingesetzte und Schlaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
jedes weitere Wort 5 Pf., mehr über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Büttelci und Spizelci.

Wie wir bereits mehrfach feststellten, hat es diesmal die bürgerliche Presse mit einigen verschwindenden Ausnahmen für unnötig gehalten, von dem neuesten Spizelrcinfall der Berliner politischen Polizei Notiz zu nehmen. Ramentlich die freisinnige Presse bewies wieder einmal ihre politische Gewissenhaftigkeit und Genialität durch völliges Totschweigen der skandalösen Affäre. Daß die reaktionäre Presse über den so lässlich mißlungenen Spizelungsversuch möglichst schnell zur Tagesordnung überzugehen suchte, ist ja begreiflich. Ebenso wenig nehmen wir es Blättern vom Schlag der „Täglichen Rundschau“ und der „Berliner Neueste Nachrichten“ übel, wenn sie mit zynischer Gelassenheit die Frage aufwerfen, was denn an dem Vorkommnis überhaupt Bemerkenswertes sei? Die betreffenden Beamten hätten zwar etwas piffiger zu Werke gehen sollen, allein die systematische Spizelci der politischen Polizei sei ganz in der Ordnung gegenüber einer Partei, die den Umsturz des Staates erstrebe und selbst keinen Anstand nehme, ihr zugehörige Geheimnisse dieses Ordnungsstaates der Öffentlichkeit preiszugeben. Für „Ordnungsorgane“ ist diese Auffassung der inneren Politik ja ganz in der Ordnung. Zumindest von der freisinnigen Presse hätte man freilich erwarten sollen, daß sie diesen Standpunkt nicht teilte, vielmehr nicht nur das Unmoralische, sondern vor allen Dingen auch das beispiellose Unsinnige einer solchen staatlichen Spizel- und Büttelctaktik zu begreifen imstande sei.

Die Spizelctaktik, die sich in dem läppischen Reinfall des letzten Polizeicoups offenbarte, ist ja keine Einzelerscheinung in unserem politischen Leben, sondern — ebenso wie die Büttelctaktik der gewalttätigen Anebelung der modernen Arbeiterbewegung — nur der Ausfluß des ganzen Systems. Die Arbeiterklasse kämpft um die Eroberung politischer Rechte, für eine Umgestaltung unserer ungesunden sozialen Verhältnisse — und die herrschenden Gewalten unseres Klassenstaates glauben dieser allgewaltigen, in dem breiten Strombett des modernen Klassenkampfes unüberwindlich einherflutenden Bewegung durch die kleinlichsten und gehässigsten Polizeimittel einen Damm entgegenzusetzen zu können! Das System der Spionen, der Drangsalierung und der Spizelung, das der Arbeiterbewegung gegenüber lässlich versagte, als sie noch eine kleine Partei war, die nur einige hunderttausend Anhänger zählte, das unter dem Sozialistengesetz schamhaftesten Schiffsbruch erlitt, soll heute noch gut und wirksam genug sein, um der Dreimillionenpartei Herr zu werden. Das ist eine so bodenlos unsinnige Taktik, daß die Sozialdemokratie selbst dafür nur ein Schnalchen hat. Aber gerade den freisinnigen Parteien, denen es als Anhänger des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung doch durchaus nicht gleichgültig sein kann, wenn dieser Staat sich blamiert und diskreditiert, hätte die neueste Spizeloffäre alle Veranlassung geben müssen, gegenüber einer solchen törichten und blamablen Taktik den allerschärfsten Protest zu erheben!

Daß die Bureaucratie noch heute mit den kindischen Mitteln aus sozialistengesetzlicher Zeit arbeitet, darf bei der Schwere dieser Bureaucratie nicht wunder nehmen. Sie lebt noch an den glorreichen Traditionen der Zeit der Weidert, Lauth und Konsorten, jener Zeit, wo man anarchische Wahnsinnstuden züchtete, um dem Spizelertum einen Greniel vor dem Umsturz einzuschießen. Daß alle diese Spizelereien nichts fruchteten, daß die Arbeiterklasse im Gegenteil um so rächer die anarchischen Kündereien überwand, um sich in der sozialdemokratischen Partei eine mächtige Waffe des Klassenkampfes zu schmieden, das braucht eine subalterne Bureaucratieintelligenz nicht stuhig zu machen. Und schließlich existiert ja die politische Polizei, damit sie sich auch in ihrer Art ein Tätigkeitsfeld sucht; nicht sie, die Exekutive des Klassenstaates, ist in letzter Instanz für die läppischen Methoden der Spizelci verantwortlich, sondern ihre Auftraggeber, der Polizeistaat. Und wenn die bürgerliche Presse ihr vorwirft, daß sie ihr Handwerk allzu plumpt betreibt, so sollte man bedenken, daß sie nicht verpflichtet ist, mehr Intelligenz zu besitzen, als ihr Arbeitgeber. Die Verantwortung für die Tölpelereien der untergeordneten ausführenden Organe fällt also zurück auf den eigentlichen Verantwortlichen: den Ordnungsstaat, der eine politische Polizei unterhält, damit sie die proletarische Klassenbewegung unschädlich mache. Und zu dem Verantwortlichen gehört auch das liberale Bürgertum, das eine so abgeschmackte und sinnlose Institution wie die politische Polizei duldet, das nicht einmal einen Versuch macht, dies Rudiment vor-märzlichen Polizeigeistes zu beseitigen, das Krampfsaft beide Augen schließt, um ja nichts von der vorpostifischen Polizeiwirtschaft sehen zu müssen, die ein modernes Staatsgebilde dem Bluche der Lächerlichkeit preisgibt.

Schon der famose Fragebogen der politischen Polizei hätte der freisinnigen Presse die Augen über die unsäglich rückständigen Auffassungen dieses Institutes und seiner Arbeitgeber öffnen müssen. Da wollte man erfahren, wann Demonstrationensversammlungen geplant seien; wie diesmal der Friedhofsbefuch am 18. März arrangiert werde; wann und zu welchem Zweck Parteivorstand und Berliner Stadt-

verordnete mit dem Aktionsausschuß zusammenkämen; wie sich die „leitenden Kreise“ zur Frage des politischen Massenstreiks stellten. Diese Fragen entsprangen doch sicher nicht müßiger Neugier, sondern der revolutionsromantisch abenteuerlichen Vorstellung, daß die genannten Parteiinstanzen eine gefährliche Verschwörerbande bilden, bei deren Zusammenkünften die furchtbarsten Attentate gegen den Staat und die heilige Ordnung angesetzt würden. Nachdem durch die rechtzeitigen Enthüllungen der „Täglichen Rundschau“ und der „Post“ am 21. Januar Thron, Altar und Eigentum glücklich vor einer schrecklichen Gefahr bewahrt worden, gilt es jetzt, neuen Anschlägen rechtzeitig auf die Spur zu kommen, damit wiederum die nötigen Vorbereitungen getroffen werden können, um Futtsuchversuche gleich im Keime zu ersticken. Wir übertreiben nicht: denn wenn nicht in maßgebenden Kreisen solche Bahndorfstellungen verbreitet waren, wozu hatte man dann an dem Wahlrechts Sonntag in ganz Preußen solch beispiellose kriegerische Vorbereitungen getroffen, durch die man im Ausland, dem man doch sonst so zu imponieren sucht, den Anschein erwecken mußte, als stehc Deutschland am Vorabend einer Revolution? Oder wäre die Mobilmachung nur deshalb erfolgt, um der Arbeiterklasse eine Lektion über das Wesen des Klassenstaates und der Klassenregierung zu erteilen, wie sie nachdrücklicher nicht erteilt werden konnte?!

Sind aber in maßgebenden Kreisen solch revolutionsromantische Vorstellungen verbreitet und ist ein konflikt-lüsterne Scharfmachertum bemüht, diese Vorstellungen nach Kräften zu nähren, um russische Zustände gewaltsam heraufzubeschwören, so wäre es die vornehmste Pflicht des Liberalismus, diesen verhängnisvollen Auffassungen mit allem erdenklichen Nachdruck entgegenzutreten! Der Liberalismus weiß und muß wissen, daß die Sozialdemokratie die Büttelctaktik verwirft, daß sie eine organische Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse erstrebt. Er weiß, daß die leitenden Instanzen der Partei keine Verschwörungskontingente sind, sondern lediglich Exekutivorgane der Partei, deren prinzipielle und taktische Bestrebungen stets in aller Offenbarkeit in der Presse, der Literatur und auf den Parteitagcn diskutiert und festgelegt worden sind. Der Liberalismus weiß also, wie albern es ist, der Sozialdemokratie törichte Ueberrump-lungsabsichten zuzutrauen, wie kindisch es deshalb ist, sie bespizeln lassen zu wollen. Aber er weiß auch, er muß es wissen, daß diese Spizelungstaktik nur das Symptom, der Gradmesser der Nervosität der herrschenden Kreise ist, und daß es nichts Schädlicheres und Gefährlicheres für eine gesunde und normale Entwicklung der innerpolitischen Zustände geben kann, als eine solch krankhafte Nervosität und revolutionsromantische Gespinnsterieberei. Der Liberalismus begehrt also die schlimmste politische Pflicht-vernachlässigung, wenn er dieser Politik der Spizelci und Büttelci nicht mit aller Energie entgegentritt!

Von der Reaktion kann man nicht erwarten, daß sie ruhige Vernunft genug besitzt, um aus den Zeichen der Zeit zu lernen. Sie will ihren Bestzustand — politisch und materiell — uneingeschränkt behaupten. Da sie dem Volke keine Zugeständnisse machen will, so muß sie ihr Heil in Gewaltmitteln suchen. Ihr Fiasco während des Sozialisten-gesetzes hat ihr so wenig historisches Verständnis einzupauken vermocht, wie jetzt die russische Revolution, deren furchtbares Wiederaufkommen selbst von christlichen Reaktionären in sicherer Aussicht gestellt wird. Die Reaktion denkt nicht an ernsthafte soziale Reformen, an politische Konzessionen; ihr Alpha und Omega ist die Gewalt, der Appell an Polizei und Bajonette. Aber der Liberalismus behauptet doch, Reformen in Ausdehnung der politischen Rechte zu wollen, er steht doch selbst auf dem Standpunkt, daß die Gewalt schließlich der Gewalt unterliegen müsse. Um so rätselhafter ist es da, daß er nicht mit beiden Händen nach jeder Gelegenheit greift, der Reaktion das Unsinnige aller plumphen Polizeimittel vorzuhalten und ihr die Notwendigkeit einer gefunden und vernünftigen inneren Politik darzutun. Statt dessen entwürdigt sich unser Liberalismus zum Gehler und Beschöniger der reaktionären Taktik!

Und dieser Liberalismus, der seine elementarsten politischen Pflichten verabsäumt, der jede reaktionäre Torheit und Provokation mit schonendem Schweigen übergeht, wiegt sich noch in dem eiteln Wahne, die deutsche Arbeiterklasse der Sozialdemokratie abspenstig machen zu können!

### Die Revolution in Rußland.

#### Zur Charakteristik des Leutnants Schmidt.

Die „Ruh“ veröffentlicht folgende Aufzeichnungen, die der sehr zum Tode verurteilte Leutnant Schmidt während seiner Gefangenschaft in den Kasmatten der Festung Otschalow gemacht hat:

„Von meinem 16. Jahr an beschäftigte ich mich mit dem Studium sozialer Wissenschaften. Da mir die nötige Anleitung fehlte, war all mein Wissen völlig systemlos, jedoch entwickelte sich bei mir eine Neigung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung; ich begriff sie nur unklar, da ich, bei der damals schwachen Entwicklung der politischen Oekonomie, nur durch Lektüre der Utopisten der alten sozialistischen Schule so weit gekommen bin. Es war die Zeit der 80er Jahre, die Zeit schwerer Unterdrückung, als die besten Leute, die ihr Wissen ins Volk tragen wollten, verhaftet waren

und dies unter den übrig Gebliebenen Erbitterung und Terror hervorrief. Meine noch unvollständige Weltanschauung in diesen jungen Jahren gab mir kein Recht, an der politischen Tätigkeit teilzunehmen; gegen den Terror, der schon damals angewendet wurde, empfand ich Abscheu, auch gegen die Propaganda der Sozialisten-Revolutionäre, die bestrebt waren, den Bauern und Soldaten Feindseligkeit gegenüber dem Gutsbesitzer einzuschleichen. Ich hätte mich gern einer rein kulturträgetrischen Propaganda angeschlossen, welche dem Volke die wahren Ursachen der traurigen russischen Zustände darlegte und in dem Hinneis bestanden hätte, daß das Volk keinen Anteil an der Gesehxgebung und keine Kontrolle über die Administration hat. Als ich 17 Jahre alt war, machte ich die Bekanntschaft des Professors der politischen Oekonomie, Karischew, unter dessen Leitung ich mich eingehend mit diesen Fragen beschäftigte. Meine neu erworbenen Kenntnisse brachten mich zu der wissenschaftlichen Ueberzeugung, daß der sozialistische Staat eine historische Notwendigkeit ist, und darauf beruhen meine politischen Ueberzeugungen. Wer aufmerksam die sozialen Wissenschaften studiert hat, kann nicht umhin, ein Sozialist zu sein; wer sich von der Unberechenbarkeit der kommenden Welt Wahrheit überzeugt hat, der wird seinen Blick von ihr nicht abwenden können, und wenn er für das Wohl anderer zu leiden fähig ist, so wird er sein Leben für die Beschleunigung des historischen Prozesses hingeben. . . . Den größten Teil meines Lebens bin ich auf offener See gewesen, und da ich in der Handelsflotte war, so war ich durch die Verhältnisse vom russischen Leben entfemt. Meine Teilnahme am öffentlichen Leben beschränkte sich auf den Wunsch der Verbesserung der ökonomischen Lage des Proletariates, das ich in der Handelsflotte um mich sah; ich sympathisierte offen mit den ökonomischen Streiks, die damals verboten waren, da ich in ihnen das einzige Mittel des Kampfes mit der Kapitalistenklasse sah. Gleich zu Anfang des Krieges wurde ich zum Dienst in der Marine berufen. Der Aufenthalt in Vibon während der 8 Monate, die der Ab-sahrt der Flotte Roschdestwennahs vorhergingen, offenbarten vor mir diejenigen eiternen Wunden des bureaukratischen Regimes, die ich in der Handelsflotte nicht zu Gesicht bekam. Ich sah, daß in diesem furchtbaren Mechanismus alles belohnt und gefördert wurde, nur die ehrliche Arbeit nicht. Ich sah, wozu die vom blutigen Schwciß des Volkes getränkten Millionen verwendet werden, und es widerete mich an, an diesem System teilzunehmen. Aus Port-Said kehrte ich krankheitshalber nach Sewastopol zurück; es war im Januar, kurz nach dem blutigen Ereignissen des 22. Meine ganze freie Zeit widmete ich Gesprächen mit den Flottenoffizieren; ich versuchte sie zu überzeugen, daß ihr Schwur, ihr Eid, von dem sie so viel sprechen, ihnen die Pflicht auferlege, dem Zaren die Wahrheit zu sagen. . . . Aber bald verlor ich jede Hoffnung, in ihnen das moralische Pflichtgefühl wahrzunehmen. Der Fall „Potemkin“, der bald darauf die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog, kam für mich ganz unerwartet; ich war der Meinung, daß Aufstand und Demonstrationen nicht die richtigen Mittel seien, um Rußland zu retten. Mit politischer Propaganda unter den Matrosen beschäftigte ich mich nicht, da ich sie für unmoralisch hielt. Die darauf folgende Zeit war ich krank und ich verbrachte meine Zeit mit der Lektüre meiner geliebten Bücher und in der aufmerksamsten Beobachtung der Ereignisse. Meine Gesundheit wurde wieder hergestellt kurz vor dem Oktoberstreik, mit dem ich außerordentlich sympathisierte, da der Streik ein mächtiges Kampfmittel ist. Ich verstand, daß alles, was durch Petitionen zu erreichen war, in Rußland bereits geschehen sei und nur der Streik, als einziges Mittel, in Betracht komme.

Nach der Verkündung des Buljginschen Dumagesetzes sah ich erst, wie tief die Bureaucratie das Fischen des russischen Volkes verachtet. Das Manifest vom 30. Oktober, das die Freiheit zwar verkündet, aber nicht verwirklicht hatte, brachte das Ende des Streiks. Nach diesem Manifest bewies die Verhängung des Kriegs-zustandes über 16 Gouvernements, daß die Bureaucratie auch hier den Willen des Zaren nicht durchzuführen gewillt sei. Das einzige Mittel zur Rettung des immer mehr mit Wauernblut über-strömten Vaterlandes war die Enderufung der konstituierenden Versammlung; aber ich glaube, daß es nicht ein bloßes Versprechen sein müsse, das man nachher wieder verleugnen kann, sondern ein Ereignis, welches die Bureaucratie unüberwindlich unter die Kontrolle des Volkes stellen möchte; ich war deshalb der Ansicht, daß das Volk einen noch seiner Kraft noch nie dagewesenen Massendruck auf die Bureaucratie ausüben möchte, um sie zu dieser Enderufung zu zwingen, in der ich das einzige Mittel der Erlösung Rußlands sah. Meine Dienstentlassung, die plötzliche Popularität, die ich nach meinen Reden auf dem Kirchhof erworben habe, die zahlreichen Sympathie-bezeugungen, die mir von verschiedenen Städten und Instituten zukamen, endlich das Bewußtsein, daß ich zum Volke sprechen könnte, bewiesen mir die Notwendigkeit, in die großen Industriezentren zu fahren und die breiten Massen endgültig davon zu überzeugen, daß die Zeit der ökonomischen Streiks vorüber sei, daß man einen allgemeinen politischen Streik erklären und die For-derung einer konstituierenden Versammlung aufstellen müsse.

Am dieselbe Zeit begann der Streik der Matrosen in Sewastopol und verwickelte mich mit jedem Tage; ich ging zum Stadthauptmann und sagte ihm, daß ich die Leute beruhigen könnte, wenn man verspreche, die Anführer nicht zu bestrafen. Mein Vorschlag wurde aber nicht angenommen. . . . Am 20. November kamen zwei von dem Geschwader abgerendete Matrosen zu mir. Ich sagte ihnen, daß meiner Meinung nach die Pflicht jedes Russen sei, die Enderufung der konstituierenden Versammlung zu fordern, um 3 Uhr sprach ich in einer Versammlung auf dem Boulevard, wo ich die Geschichte der russischen freibeweglichen Bewegung skizzierte, die Unfruchtbarkeit der Aufstände und Demonstrationen und die

Notwendigkeit einer konstituierenden Versammlung vorlegte und schließlich den Arbeitern vorschlug, sich mit dem Moskauer Streikkomitee in Verbindung zu setzen. Kaum nach Hause gekommen, wurde ich zur Streikkommission der Matrosen abgeholt. Ich wiederholte ihnen dasselbe, was ich vorher auf dem Meeting gesprochen habe. Die abgeordneten Matrosen erklärten sich mit mir einverstanden und teilten mir, daß auch das ganze Geschwader die Forderung der konstituierenden Versammlung unterstützen würde. Man erklärte auch, daß die Festung Artillerie die Schiffe nicht bombardieren würde. Darauf erklärte ich, daß, wenn es wirklich so sei, d. h. wenn das ganze Geschwader die Forderung der konstituierenden Versammlung aufstelle, ich deshalb bereit sei an ihr teilzunehmen, jedoch mit der Bedingung, daß kein Blutvergießen der russischen Seite solle die ganze Kampfbereitschaft der Artillerie solle nur das Symbol dessen sein, daß die Seestreitmacht sich der Forderung des gesamten Landes anschleie. Ich war überzeugt, daß durch das gewichtige Wort der bewaffneten Macht, die nur die konstituierende Versammlung forderte, Rußland gerettet werden könne. . . . Am 27. begab ich mich auf den „Otschalow“. Ich sprach zu den versammelten Matrosen von der Bedeutung der konstituierenden Versammlung; nur sie allein könne dem Blutvergießen der russischen Bauern ein Ende machen; den russischen Matrosen sei die hohe Pflicht zugefallen, die Forderungen des Volkes zu verkünden; das wäre kein Aufstand gegen den Zaren, aber ich erkenne die Möglichkeit der Gehorsamsverweigerung den Ministern gegenüber an, da deren Tätigkeit für Rußland und den Zaren schädlich sei — deshalb gebe es für mich nur eine Forderung — die der konstituierenden Versammlung. Ein donnerndes Hurra zeigte mir den Enthusiasmus der Matrosen und ich beschloß, auf dem „Otschalow“ zu bleiben. . . . Ich wollte zwischen den Offizieren der übrigen Schiffe diejenigen herausfinden, die sich mit mir solidarisch fühlten — die Mannschaft sagten, solche wären vorhanden —, aber meine Signale wurden von den anderen Schiffen nicht beantwortet, meine Briefe zurückgeschickt. Nachts kam die Nachricht, daß die Matrosen der Stadt mit einer Revolte bedrohten; auf die Bitten der abgeordneten Matrosen erließ ich eine Erklärung, daß ich scharfe Maßnahmen ergreifen werde, wenn etwas deraartiges in der Stadt vorkomme. Ich zeichnete die Erklärung „Flottenkommandeur Schmidt“, nachdem die Abgeordneten mit befähigten, daß ich von dem ganzen Geschwader gewählt sei. Am anderen Morgen hielt ich die rote Flagge als Zeichen der Freiheit. Während der Nacht schlossen sich mir drei Torpedoboote und alle Torpedobootzerstörer an. Alle Schiffe wurden von den in der Stadt befindlichen Matrosen bewaffnet und ausgerüstet, und vor allem wurde ich in Kenntnis gesetzt, in meinen Händen vereinigte sich die ganze Nacht über die aufständischen Matrosen. Als auch am nächsten Morgen die Panzerschiffe die rote Flagge nicht hielten, glaube ich, daß die Zeit zum Handeln gekommen sei. Ich wollte die auf dem „Prut“ gefangenen Matrosen des „Potemkin“ befreien. Als ich auf einem Torpedoboot an den Panzerschiffen vorbeifuhr, begrüßten mich die Mannschaften mit Hurrarufen, die Offiziere und Kondukteure aber ergingen sich in Schimpfreden, auf manchen Schiffen waren die Mannschaften überhaupt nicht zu sehen. Ich verstand, daß auf das Geschwader nicht mehr zu rechnen sei. Ich kam an den „Prut“ heran und stieg allein, ohne meine Leute, an Bord. Die Offiziere umringten mich; ich sagte, daß ich gekommen wäre, um zu sterben oder die „Potemkin“-schen Matrosen zu befreien. Sie willigten in die Befreiung ein, die „Potemkin“-schen Matrosen kamen auf den „Otschalow“. Die Offiziere vom „Prut“ und später auch vom „Potemkin“ wurden als Geiseln aufgenommen. Als sie schon auf dem „Otschalow“ waren, sagte ich ihnen, sie sollten sofort eine Petition an die Militärbefehlshaber der Stadt schreiben; ihr Schicksal hinge davon ab, wie die Behörden das Volk und meine am Meer befindlichen Leute behandeln würden. Ich sagte ihnen; schreibt, daß in der Stadt vergossenes Blut Blut und Tod eines von euch zur Folge haben wird. Um 8 Uhr hatten elf Schiffe die rote Flagge gehißt. Während des Mittagessens wurde mir gemeldet, daß die Festung und der „Kostikow“ ihre Geschütze auf den „Otschalow“ gerichtet hätten; ich wollte kein Blutvergießen herbeiführen und gab das Signal: „Habe viel gefangene Offiziere“. Gleichzeitig richtete ich zum Schein meine Geschütze auf die Festung und den „Kostikow“. Ich war die ganze Zeit auf dem Deck, meine 4 Geschütze haben keinen einzigen Schuß abgegeben. Ich blieb auf dem Deck, bis das Schrapnell alle Leute weggeschleudert hatte. Ich suchte nun meinen Sohn zu retten, und er entsam in einem Boot nach dem Torpedo, ich aber blieb und machte mich an die Rettung der Verwundeten. Als das auf den „Otschalow“ gerichtete Geschützfeuer aufgehört hatte, suchte ich das Torpedoboot zu erreichen, wo mein Sohn sich befand, der sich an den ganzen Ereignissen nicht beteiligt hatte. —

Nach dieser Selbstcharakteristik erscheint Leutnant Schmidt mehr als ideal angelegter Schwärmer, denn als Kühl denkender und entschlossener Mann der Tat. Wenn der Jargonismus diesen jede Gewalttat und jedes Blutvergießen verabscheuenden Schwärmer den übrigen rüchlos hingemordeten Opfern in den Tod nachschickt, so werden um so sicherer aus seinem Mute Räder ersehen, die einem bestialischen Gegner gegenüber keinerlei falsche Sentimentalität mehr kennen!

### Die wiederhergestellte „Ruhe“.

**Kiew, 8. März.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Tschudnowo (Wolhynien) griffen etwa dreißig Leute das Postamt an und töteten einen Beamten. Derbegeleitete Polizei wechselte mit den Räubern eine Anzahl Schüsse und verjagte sie. Die Kasse ist unverletzt. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage veröffentlicht.)

**Warschau, 8. März.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute explodierte eine Bombe in einer Bücherwerkstatt unter den Räumen der Bibliothek Puschkins, wobei zwei Arbeiter verletzt wurden.

**Tiflis, 8. März.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Abteilung Militär wurde heute bei dem Tataren-Dorfe Alattin im Distrikt Janghezur von den Einwohnern angegriffen. Nach dreißigminütigem Kampfe wurden die Tataren vertrieben, zwölf wurden gefangen genommen. Das Dorf wurde zusammengeschossen. Auch zwei andere Dörfer wurden dann von dem Militär noch zerstört.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

### „Reinigung“ der Post.

Mehr als die Reinigung der Postverwaltung von den Vorwürfen kurzfristiger bürokratischer Maßnahmen oder dürftiger Befoldung der Beamten ließ es sich der Staatssekretär des Reichspostamtes angelegen sein, auf weniger wichtige Anliegen, wie z. B. bezüglich der Reinigung der Postkästen, eingehend zu antworten. Was die Salariierung der Beamten anlangt, suchte der Abgeordnete Spahn (Z.) an einer Statistik über die familiären Verhältnisse der mittleren und oberen Beamten nachzuweisen, wie das geringe Gehalt auf die Verheirathung und die Kinderzahl der Verheiratheten einwirke;

ein sehr starker Prozentsatz der Beamten sei unverheiratet, die Kinderzahl der Verheiratheten gering. Die Richtigkeit dieser Statistik wurde an und für sich vom Staatssekretär nicht bestritten, aber er bezweifelte, daß die bezeichneten Verhältnisse allein für die Postbeamten vorherrschend, bei den Justizbeamten schienen gleiche Verhältnisse zu walten.

Die Praxis der Post bei der Postkarten- und der Zeitungsbestellung wurde nach verschiedenen Seiten hinoniert; das Geplänkel zwischen den Rednern und den Kommissaren der Postverwaltung führte indes zu keinem nennenswerten Resultat, wenn auch der Staatssekretär bedingte Konzessionen machte. Druff wirkte die Jagd der bürgerlichen Abgeordneten um die Gunst der Postbeamten. Eine Partei suchte die andere mit ihrer Sympathie für die Beamten zu übertrumpfen. Wenn es nach den tönenden Phrasen der bürgerlichen Redner ginge, dann könnten die unvorbenen Beamten sich den schönsten Hoffnungen bezüglich der Gehaltserhöhungen hingeben. Allein Worte sind noch keine Taten. Der Himmel ist hoch und der — Fiskus wohnt weit.

Genosse Z u b e i l gab noch einige drastische Beispiele, wie die „Fingigkeit der Post“ sich bewährt. In einem Falle handelte es sich um Briefe, die nach Amerika und zurück befördert wurden, ehe sie an die Adressaten gelangten, andererseits gebe sie gegenwärtig die „sindige Post“ zu volizeilichen Anzeigen her. An den Staatsanwalt in Schwerin ließ sie die Mitteilung gelangen, daß drei Pakete mit Zeitungen und Schriften an den Sozialdemokraten Post angekommen seien. Die Staatsanwaltschaft glaubte einen Hanoi zu machen, wollte die Schriften einsehen resp. mit Beschlagnahme belegen, mußte aber mit leeren Händen abziehen, denn die Pakete enthielten Exemplare des „Wahren Jakob“, des „Süddeutschen Postillon“, der „Neuen Zeit“ und „Freie Stunden“. Der Staatssekretär, der betonte, daß ihm der Fall nicht bekannt sei, will jedoch recherchieren, ob diese gesetzlich unzulässige Handlung wirklich vorgekommen ist.

Dann wird die Diskussion über den Titel: Staatssekretär geschlossen, in der Abstimmung das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt und eine Reihe Resolutionen der Linken zugunsten der Beamten angenommen gegen die Stimmen des Zentrums und der konservativen Parteien. In schmechlicher Folge werden hierauf die einzelnen Titel des Postetats, sowie die dazu gestellten Resolutionen bewilligt. Zwei Resolutionen gelangen erst morgen zur Abstimmung.

Da damit der Postetat in 2. Lesung erledigt ist, wird morgen mit dem Etat der Reichsdruckerei die Beratung beginnen. —

### Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung fort. Die ganze Sitzung wurde durch die von allen Seiten vorgebrachten Forderungen auf bessere Zugverbindungen ausgefüllt. Dem „frei“-konservativen Herrn Dr. Arendt entschlüpfte bei dieser Gelegenheit ein höchst interessantes Geständnis. Er plädierte für Weiterführung eines Frühjahrszuges Berlin-Göttingen nach Kfherleben-Vallenstedt-Wansfeld. Und warum? Damit die „Morgenpost“ und die „Morgenzeitung“ frühzeitig in die Hände der Sommerfrischer im Harz gelangen! Das kann nur zweierlei bedeuten: Entweder Dr. Arendt tut nur konservativ und begünstigt hinten „rum die Masse und Allstein. Oder aber, er hält deren Freherzeugnisse für so reaktionär, daß er sie mit gutem Gewissen empfehlen zu können glaubt. Und diese Ansicht wäre gar nicht so verfehlt; nur hätte er dann auch Herrn Scherl ins konservative Zeitungsgelichter mit aufnehmen sollen. —

Das Herrenhaus nahm endgültig den Gesetzentwurf betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren in der von der Kommission beschlossenen Fassung mit einer unwesentlichen Aenderung an. Die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Festsetzung einer Verschuldungsgrenze wurde von der Tagesordnung abgesetzt; der Entwurf soll am Sonnabend an erster Stelle beraten werden. —

### Deutsche Justiz.

Unsere „Rafgebenden“ hat allem Anschein nach die scharfe Kritik, die während der sieben Tage langen Debatte über den Etat des Reichsjustizamtes im Reichstage an der deutschen „Rechtspflege“ geübt worden ist, arg verchnupft, denn sie versuchen in der ihnen zugänglichen Presse den Eindruck dieser Kritik durch allerlei robusilische Kunststücke nach Möglichkeit abzuschwächen. Die „Kön. Zg.“ veröffentlicht unter dem Titel „Justiz und Volk“ einen längeren Artikel, in dem sie zwar zugibt, daß gewisse Mängel vorhanden sind, diese aber dann als vereinzelte Ausnahmen hinzustellen sucht und sich dabei auf den Genossen Heine als Zeugen bezieht, indem sie dessen Erklärung, daß er nicht den ganzen Richterstand habe anfragen wollen, sondern nur eine bestimmte Sorte politischer Justiz, unter allerlei Wiederholungsphrasen dahin interpretiert, daß Heine zugestanden habe, im Allgemeinen werde die Strafrechtspflege korrekt und von politischen Erwägungen unbeeinträchtigt gelebt, wenn auch in einer Anzahl von Einzelfällen das Gegenteil der Fall sei. „Daß solche Einzelfälle vorkommen“, heißt es dann, „konnten auch die Redner der bürgerlichen Parteien und der Staatssekretär nicht leugnen und will auch kein Verteidiger leugnen. Daß sich unter Hunderttausenden von Urteilen — wir haben, wie der Staatssekretär mitteilt, in Deutschland jährlich etwa 100 000 Strafkammerurteile und etwa das Dreifache an Schöffengerichtsurteilen — eine Anzahl von Fehlgriffen befinden, daß auch sonst bei der Umwege der in Betracht kommenden richterlichen Handlungen Ungehörigkeiten vorkommen, wie sie der Abgeordnete Heine geübelte, daß es unter den Tausenden von Richtern und Staatsanwälten den einen oder andern gibt, der sich von politischen oder sonstigen Rücksichten beeinflussen läßt und vor einer Rechtsbeugung nicht zurückweicht, das alles beweist weiter nichts als die selbstverständliche Tatsache, daß auch unsere Justizbeamten Menschen sind.“

Ein Grund zu allgemeiner Beunruhigung sei deshalb, meint das rheinische Blatt, nicht vorhanden, doch sieht es sich hinterher dazu genötigt selbst zuzugeben, daß das Vertrauen zur Rechtspflege in weiten Volkskreisen „eine bedenkliche Einbuße“ erlitten hat — nur meint es in seiner kuriosen Logik, an diesem Vertrauensverlust sei weniger die sogenannte Klassenjustiz schuld, als der „Sport“ gewisser Blätter, vornehmlich sozialdemokratischer, die jede noch so unbedeutende Ungebilligkeit, jeden wirklichen oder vermeintlichen Befehl eines Gerichts festzuhalten und daraus eine Haupt- und Staatsaktion machten. Nach der Auffassung der alten Kölner Konföderation verschulden also nicht jene die Mißstimmung, die dem Rechtsempfinden des Volkes unverständliche Urteile fällen, welche die Justiz in den Dienst ihrer Klasseninteressen stellen, sondern die Blätter, die um der Mißstimmung abzuhelfen, solche Urteile rügen. Im gewissen Sinne mag ja die „Kön. Zg.“ recht haben, wenn sich alle Blätter so verhielten wie sie und ihre Geistesverwandten, wenn also der größte Teil der Leserschaft nur so weit etwas von dem traurigen Zustand der deutschen Strafrechtspflege erfähre, als er

selbst direkt unter diesem zu leiden hat; dann würde auch nicht in gleichem Maße das öffentliche Rechtsgelühl verletzt werden. Nur läßt sich diese Taktik der Vertuschung im modernen Staate nicht durchführen.

Durch solches Gerede von Ausnahmefällen und Einzelfällen läßt sich indes — das scheint auch die „Kön. Zg.“ zu fühlen — die zunehmende Verschlechterung der Strafjustiz nicht wegdiskutieren; sie gibt deshalb schließlich selbst zu, daß gewisse Uebel vorhanden seien. Das eine betrefte die Befreiung der Strafkammern, den „Hessensismus“, das gerade in Preußen im bedenklichsten Maße wuchernde Hilfsrichterwesen, das andere bestche in der Ueberhebung der Richter, in der Art ihres Verkehres mit dem Publikum und den Zeugen.

Namentlich über die Behandlung der letzteren wurde im Reichstage geklagt und wie jeder, der die Verhältnisse kennt, zugeben wird, mit Recht. Mag man es auch mit dem Staatssekretär dem Richter zugute halten, wenn er im Verkehre mit unbehaglichen und schwerfälligen Leuten hier und da einmal die Geduld verliert und mehr deutlich als liebendwürdig wird, so steht doch fest, daß sich an manchen Richtern und bei manchen Richtern ein Ton herausgebildet hat, der als durchaus unangenehm bezeichnet werden muß und als eine völlige Verkennung der Tatsache erscheint, daß der Richter wie jeder andere Beamte, der Allgemeinheit wegen und nicht diese seinetwegen da ist. Da gibt es holerische oder nervöse Naturen, die, nachdem sie sich aus den Akten oder der Verhandlung ein bestimmtes Bild der Sache gemacht haben, unwillkürlich gereizt werden, wenn ihnen ein Zeuge entgegentritt, dessen Aussage nicht in ihre Auffassung hineinpaßt, die eine solche Aussage wie einen ihnen angetanen Tort empfinden und den Zeugen wie eine Art persönlichen Feind behandeln. Dann gibt es andere, namentlich jüngere Richter, die es überhaupt der Würde der Justiz schuldig zu sein glauben, daß sie, wie eine alte Prozedurform dem Richter vorkreißt, dasigen „wie ein griesgrimmiger Löwe“, selbst unnahbar und unwirsch, andererseits aber bereit, jede Ungeschicklichkeit, jedes aufgeregte Wort mit Ordnungsstrafen zu ahnden. Und während so die Zeugen wie Aekrueten oder Schulbuben behandelt werden, wird mit den Angeklagten zuweilen verfahren wie mit überführten Verbrechern, und zwar Verbrechern schlimmster Art — sollte es sich auch nur um einen harmlosen Preseprozess handeln.“

Das ist schon richtig; aber worin liegen die Ursachen dieser Erscheinung? In der zunehmenden Verschärfung der Klaffenengegengesätze. Der Richter sieht sich nur zu oft, vor allem in politischen Prozessen, in der Rolle des Staatsretters und des Vertreters seiner Klasse, deren Privilegien dem Angeklagten gegenüber er zu verteidigen hat.

### Marokkokonferenz.

Die in der Komiteesitzung am Donnerstag von dem deutschen Delegierten von Radowitz abgegebene Erklärung über die Polizeifrage lautet:

„Wir stimmen den in der letzten Komiteesitzung vorgebrachten Ansichten bei, welche die Notwendigkeit dargetan, in Marokko eine unter der souveränen Gewalt Seiner Kaiserlichen Majestät stehende Polizei zu schaffen. Wir würdigen die Gründe, welche dafür sprechen, zu einer wirksamen Organisation der Organisation auf französische und spanische Offiziere zurückzugreifen, aber wir können nicht zugeben, daß eine solche Zurückarbeit auf diese beiden Länder beschränkt wird ohne sonstige internationale Kontrolle oder Sicherheit der Ueberwachung. Es ist klar, daß in einem Lande von dem Kulturhand Marokkos die Ausübung der einzig wirklichen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit fähigen Gewalt als ausschließliches Vorrecht den beiden Mächten eine Ausnahmestellung geben würde, welche auf dem Gebiet der materiellen Interessen sich fühlbar machen und dem Grundsatze der wirtschaftlichen Freiheit für alle Eintrag tun könnte. Es wäre in der Tat vorzuziehen, daß Marokko in eine Abhängigkeit von diesen beiden Staaten geraten und damit eine für die anderen Länder unannehmbare Ungleichheit der Lage geschaffen würde. Europas Interessen in Marokko erfordern stärkere Garantien. Diese gemeinsamen Interessen durch gemeinsames Vorgehen schützen und entwickeln, das ist der mit Erfolg bei anderen internationalen Verhältnissen angewandte Grundsat. Es genügt an die in Marokko und in China durch gemeinsame Tätigkeit der Mächte erzielten Ergebnisse zu erinnern. Wir fordern also bei der Schaffung der marokkanischen Polizei eine ausländische Mitwirkung, welche allen interessierten Ländern die Gleichheit der wirtschaftlichen Behandlung und die Politik der offenen Tür sichert; wir werden jeden in diesem Sinne gemachten Vorschlag prüfen mit dem lebhaften Wunsche, die Konferenz in dieser wichtigen Angelegenheit zu einer Verständigung gelangen zu sehen.“

Ein Erzeugnis echt deutscher Diplomaten-Schnellei!

### Deutsches Reich.

#### Berunglückter Lohnruder-Import.

Billige Arbeitskräfte zur Mehrung ihres Profits brauchen die rheinisch-westfälischen Grubenbarone. Sie sandten deshalb ihre Agenten nach allen Richtungen der Windrose aus, solche billigen Arbeitskräfte heranzuziehen. Aus Königsberg, Frankfurt a. M., Breg und verschiedenen anderen deutschen Städten wurden „Vergleute“ für den Ruhrbezirk angeworben, truppweise dorthin befördert und eingestellt. Doch nicht auf Deutschland beschränkte sich die Anwerbung. Auch in Holland, Belgien und besonders in Oesterreich übten die Agenten eine erfolgreiche Tätigkeit aus. An 800 Hafen- und Erdarbeiter war ein Händler in Antwerpen für die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Hamborn und Marzloh an, ohne daß es dem dortigen Gewerkschaftssekretär Genossen Germer gelang, die Abscheidung zu verhindern. Die Antwerpener Hafnarbeiter sind längt angekommen und haben ihre Beschäftigung als „Vergleute“ aufgenommen. Auch die Pechen „Westende“, „Reumühl“ und andere im Oberhaufener Bezirk bauen emsig Baracken zur Aufnahme fremder Arbeiter.

Am raffiniertesten treiben die Werbe-Agenten ihr „Gewerbe“ in Oesterreich. Da viele Oesterreicher im Ruhrbergbau beschäftigt sind, läßt man einige von ihnen während zwei oder drei Monaten einen hohen Lohn verdienen, und schickt dann diese mit dem Agenten hinaus, damit sie bei ihren Landsleuten dessen Angaben über die hohen Löhne, die auf den Ruhrzehen verdient würden, bestätigen. Auf diesen Schwindel fallen vielfach die ahnungslosen Oesterreicher herein, lassen sich „anfaufen“, verlassen ihre Heimat und wandern ins — Paradies der Stinnes, Tzhyffen und Konsorten.

Die „Gibernia“ hatte einen Agenten mit zwei Unterhändlern nach Steiermark geschickt.

Es gelang den Werbem auch, eine Anzahl Arbeiter anzuwerben und glücklich nach Wanne zu bringen, wo sie der Shamrod III und IV zugeführt werden sollten. Die erste Nacht wurden sie in Eidel in der Wirtschast Dorneburg im Saal untergebracht. Man warf etwas Stroh auf die Diele und das „Vett“ war gemacht. War schon die Reise nicht ohne schwere Enttäuschung verlaufen, so wirkte dieser Empfang doch niederschmetternd. Noch an demselben Abend begaben sich die Angeworbenen zu dem Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes der Jahrlstelle Wanne und fragten diesen um Rat. Er machte ihnen den Vorschlag, am anderen Morgen alle nach der Verwaltung der Jechö hinzugehen und darauf zu bestehen, daß ihnen die Verpfechtungen garantiert würden, daß ihnen also ein Minimallohn für Dauer von 5,25 M., für Schlepper 3,90 M. gesichert werde. Weiter erhielten sie die Mit-

teilung, daß die deutschen Bergleute beschlossen hätten, mit Lohnforderungen an die Verwaltungen heranzutreten, und man deshalb die fremden Arbeiter als Lohnrücker gegen die einheimischen auszuspielen gedächte.

Bei der Bechenverwaltung kamen die Leute mit ihren Forderungen nicht durch, jedoch erhielten sie jeder 15 Mark Vorschuß, um sich ein Logis zu suchen. Die Steiermärker Bergleute verweigerten jedoch die Aufsicht, gingen nach Banne, veranstalteten einen Demonstrationzug, kollidierten aber mit der Polizei. Abends fand eine gutbesuchte öffentliche Bergarbeiter-Verammlung statt, in welcher die Steiermärker ihre Anwerbung, den Transport und ihre Verhandlungen mit der Bechenverwaltung schilderten und forderten, nach ihrer Heimat zurückgeschickt zu werden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen und dem Generalkonsul in Wien mit dem Ersuchen zugestellt, die Sache bei den deutschen Behörden zu führen.

Am Montag, den 5. d. M., wurden die Leute durch Polizeibeamte nach der Wirtschaft Dornenburg befestigt und am Dienstag in geschlossenem Zuge, 102 Mann stark, unter Führung des politischen Polizeikommissars Krohn-Gelentzen nach dem Bahnhof Banne geführt. Direktor Selbach von Shamrod hatte sich eingefunden, um die Kosten zu decken. Die Geschichte kostet der Zeche Shamrod pro Mann zirka 400 M. 21 Mann von dem Transport liegen noch im Krankenhaus und wird die Zeche auch diese Kosten decken müssen, da sie noch nicht gearbeitet haben, somit auch der Knappschaft nicht angehören.

Auf Shamrod hat man, kurz ehe dieser Transport ankam, mehrere deutsche Bergleute gemahregelt, darunter auch einen Knappschaftsältesten, wegen Zughörigkeit zum Verbanne. An deutschen Arbeitern fehlt es also nicht.

### Sand in die Augen!

Die sogenannte „Freisinnige Volkspartei“ glaubt, es sich leisten zu können, ihren Anhängern den Sand gleich zentimeterweise in die liberalen Augen zu streuen. Bringt die Freie Deutsche Presse gestern (Freitag) Abend doch einen Leitartikel „Das Fazit der Kolonialpolitik“. Ein sehr hübscher Leitartikel, wie er schöner kaum im „Vorwärts“ oder einem anderen sozialdemokratischen Blatte stehen könnte. Es wird da erklärt, wir hätten noch nie größere Freude an unseren Kolonien erlebt und würden sie auch wohl nie erleben. Die ungeborenen Kosten, die riesigen Mißposten, das unabsehbare Ende des Kolonialkrieges und seine Auswüchsigkeit — alles, alles wird verbucht und kritisiert. Die Willkürherrschaft der Beamten a la Jesko v. Puttkamer wird gegeißelt und es heißt schließlich sogar:

„Man muß wirklich den Mut derjenigen bewundern, welche nach den Erfahrungen, die Deutschland in nahezu zwanzigjähriger Kolonialpolitik gemacht hat, noch immer aufs neue die öffentliche Meinung zu verführen suchen, Interesse und Geld an eine Sache zu verwenden, welche so ausichtslos wie möglich ist.“

Bravo! Bravo! Doch halt — da fällt uns ein, daß die Herren von der Freisinnigen Volkspartei erst in den letzten Tagen in der Budgetkommission des Reichstages frisch, froh, fromm, frei für alle möglichen Kolonialausgaben eingetreten sind — natürlich unter allerlei Verkaufserlösen, die jedem Jesuiten-General Ehre gemacht hätten, aber jedenfalls war doch da von prinzipieller Stellungnahme gegen das heutige deutsche Kolonialsystem nichts zu verspüren.

Nun wird allerdings kein politisch reifer Mensch von einem waschechten Freisinnigen — zumal von einem freisinnig-volksparteilichen Abgeordneten — Prinzipientreue verlangen. Aber so unsäglich brauchte das offizielle Organ der Freisinnigen Volkspartei nicht zu schauspielern, daß es sich Worte soufflieren läßt, die in Wirklichkeit gar nicht im Text der politischen Tragikomödie stehen, die aufzuführen seine Partei im Begriffe ist.

Wir sind neugierig, zu wissen, wie lange noch die paar tausend Wähler, die bei der Reichstagswahl 1903 den freisinnigen Volksparteilern ihre Stimme gaben, sich von ihren Abgeordneten und ihren Zeitungsorganen an der Nase herumführen lassen wollen.

### Objektiver Hochverrat!

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist von dem Landgericht zu Glad das „objektive Verfahren“ gegen das Wahlrechtsflugblatt eingeleitet. Das Flugblatt soll das Unternehmen des Hochverrats (§ 82 Str.-G.-B.), vorbereitende Handlungen zum Hochverrat (§ 88 Str.-G.-B.), Anreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 120 Str.-G.-B.) und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen (§ 131 Str.-G.-B.) enthalten! Das objektive Verfahren ist nach § 42 Str.-G.-B. nur zulässig, wenn die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht möglich ist. Weshalb ist eine Verfolgung einer bestimmten Person nicht möglich? Das ergibt der Öffnungsbescheid nicht. Es scheint das Gericht anzunehmen, da der verantwortliche Redakteur ein Abgeordneter (Genosse Kühn) ist, so sei das „objektive Verfahren“ zulässig. Das ist höchst wenig objektiv und zurecht. Das eingeschlagene Verfahren ist formell ein klarer Verstoß gegen die Reichsverfassung, die die Immunität der Abgeordneten auch nicht durch ein „objektives Verfahren“ zu beeinträchtigen zuläßt. Daß materiell in dem Flugblatt weder Hochverrat noch irgend eine strafbare Handlung enthalten ist, ist ja durch eine Anzahl Gerichtsbeschlüsse und Gerichtsurteile bereits anerkannt.

### Leuß-Harden.

In der letzten Nummer seiner „Zukunft“ beschäftigt sich Herr Maximilian Harden mit den von Herrn Leuß gegen ihn erhobenen Anschuldigungen und bezeichnet dabei den letzteren als „sozialdemokratischen Journalisten“. Er erzählt:

„Im Mai 1906 wurde mir „zur gefälligen Besprechung“ ein kleines Buch geschickt, das Herr Leuß über den wegen Urkundenfälschung zu Zuchthausstrafe verurteilten Freiherrn Wilhelm v. Hammerstein veröffentlicht hatte. Ich konnte es nicht loben, beurteilte es aber mit mehrbarem Wohlwollen als alle mir bekannten Kritiker; nannte es sogar, trotz aller Fehlern und Fälschlichkeiten, „lesenswert“. Der Getadelte antwortete in der sozialdemokratischen Wochenschrift „Europa“ in höhnischem, verächtlichen Ton. Als er ausgewiesen werden sollte, nannte er mich den Einzigen, von dessen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit er hoffen könne, sie werde ihn in dieser Sache zum Wort kommen lassen. Als ich seine Hammerstein-Apologie (milder als hundert deutsche Blätter) getadelt hatte, war ich eine „Marionette“, auf deren Drahtzug er von seiner Höhe lächelnd herabzäh...“

Sechs Wochen nach der zweiten Erklärung wurde die Klage eingebracht. Der sozialdemokratische Journalist, der für die „Freiheit des Wortes“ rief und publizistische Äußerungen vor gerichtlicher Ingerenz bewahrt sehen will, hatte in meiner Abwehnung, der Antwort auf seine Beleidigung, jedes harte Wortchen infrakturiert. Kein gutes Beispiel. Wegen formaler Beleidigung sollten Journalisten (und gar Genossen) niemals klagen; mit welchem Recht dürften sie sonst einen empfindlichen Minister oder Schutzmann tabeln?

Auf den Streit zwischen den beiden würdigen Herren kommen wir später zurück; heute beschränken wir uns, um einer etwaigen Legendenbildung vorzubeugen, darauf zu konstataren, daß weder Herr Leuß ein „sozialdemokratischer Journalist“, noch die „Europa“ eine „sozialdemokratische Wochenschrift“ gewesen ist. Herr Leuß hat zwar früher gelegentlich für das eine und andere Parteiblatt eine Kleinigkeit ge-

schrieben, aber als zur Partei gehörig ist er nicht betrachtet worden und hat er sich auch wohl selbst kaum betrachtet. Er war bekanntlich Redakteur der „Morgenpost“, die auch Herr Harden schäblicherweise als sozialdemokratisches Blatt ansehen wird. Und dasselbe gilt von der Wochenschrift „Europa“. Ihr Herausgeber mag sich vielleicht in seltsamer Selbsttäuschung für einen Sozialdemokraten gehalten haben; doch ist sein Blatt niemals von der Partei anerkannt worden. Damit fallen von selbst alle jene Redensarten über „die Freiheit des Wortes“ usw., die sich Herr Harden im letzten Abjag leistet.

Als ein Nachspiel aus den bayerischen Landtagswahlkämpfen im vorigen Sommer stellt sich ein Prozeß dar, der vor dem Landgericht Nürnberg in zweiter Instanz verhandelt wurde. Kläger war Genosse Dr. v. Haller, Veklagter der Redakteur der nationalliberalen „Frankl. Morgenzeitung“ in Nürnberg, Dr. Lammert. Im genannten Blatte erschien im Juli v. J. ein den „Mündener Neuesten Nachrichten“ entnommener Artikel, der sich mit der Abgeordnetenwahl im Wahlkreis Nunsiedel befahte und sehr scharfe Angriffe auf den Genossen Haller enthielt. In diesem Wahlkreise war es hinter den Kulissen der liberalen Parteien zu „Anstimmigleiten“ gekommen, weil vier liberale Männer auf je ein Mandat Anspruch erhoben, während nur drei zu vergeben waren. Die „Mündener Post“ hatte interessante Enthüllungen über diese Vorgänge gebracht und diese Dokumentierung der vielgerühmten liberalen Einigkeit in boshafter Weise kommentiert. Jedenfalls vermutete man in dem Artikelschreiber der „Mündener Post“ den Genossen Haller, und die Sache hierfür sollte jener von persönlichen Invektiven strengende, von der „Frankl. Morgenzeitung“ mit Beleg nachgedruckte Artikel der „Münd. Neuesten Nachr.“ sein. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Herr v. Haller ist jetzt Privatmann, und um sich der Mittelwelt nicht ganz zu entziehen, wird er nun journalistische Entstellungen machen, wie es bei „Privatmännern“ üblich ist.“ Diese Bemerkung wurde von Haller und anderen Leuten so aufgefaßt, als ob er, der infolge des Verlustes der Nürnberger Landtagsmandate nicht wieder zum Abgeordneten gewählt worden war, mit den Redakteuren und Unternehmern eines Münchener Skandal- und Nevolberblattes „Der Privatmann“ verglichen werden sollte, die kurz zuvor wegen Beleidigung zu schweren Strafen verurteilt wurden und gegen die dann auf Grund des in dieser Verhandlung zutage getretenen Materials auch noch wegen Freisprechung in Untersuchung gezogen wurden, weil sie von Privatleuten durch die Drohung mit Veröffentlichung gewisser Dinge Gelder erpresst hatten. Wegen dieser Bemerkungen stellte Gen. Haller Klage gegen Lammert, der sich darauf hinauszuwerden suchte, daß ihm bei Aufnahme des Artikels ein solcher Vergleich nicht vorgeschwebt habe. Das Schöffengericht hatte am 27. Dezember auch auf Freisprechung erkannt, da nicht nachgewiesen sei, daß das große Publikum den beleidigenden Charakter des betreffenden Passus erkannt und der Veklagte das Bewußtsein gehabt habe, daß ein derartiger Vergleich von dem Verfasser des Artikels beabsichtigt gewesen sei. Hiergegen legte der Kläger Berufung ein. Das Landgericht hob nach Anhörung einiger Sachverständiger das Urteil auf und verurteilte Lammert zu 20 Mark Geldstrafe und in die sehr beträchtlichen Kosten. Im Urteil heißt es, Lammert und jeder gebildete Leser hätten aus der Fälschung der infrakturierten Schlusssätze bemerkt, daß nichts anderes entnehmen können, als daß Haller mit den verurteilten Leuten von dem Nevolberblatt „Der Privatmann“ in Vergleich gebracht werden sollte.

Ein künftiges Ende hat die große Staatsaktion genommen, die seitens der Staatsanwaltschaft zu Koblenz gegen 36 an der Verbreitung des preussischen Wahlrechtsflugblattes beteiligte Genossen unternommen wurde. Alle 36 wurden richterlich vernommen. Das „Belastungsmaterial“ war aber so mager, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch Beschluß des Landgerichts zu Koblenz vom 19. Februar, das Verfahren gegen 34 dieser des Vergehens gegen die §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs und der §§ 10 und 41 des preussischen VerhGesetzes beschuldigten Sänder eingestellt wurde, und zwar wegen Mangels tatsächlicher Belastung. Den beiden anderen wurde die auf Vergehen gegen den § 130 des Str.-G.-B. lautende Anklageschrift zugestellt. Jetzt ist auch diesen beiden Sändern folgender Beschluß des Landgerichts zu Koblenz vom 3. März 1906 zugestellt worden:

Der Antrag der königl. Staatsanwaltschaft gegen 1. J. F. zu K. 2. J. B. zu K. wegen der Beschuldigung im Jahre 1906 zu Kreuznach beziehungsweise im Inlande in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt zu haben, Vergehen gegen § 180 des Str.-G.-B. des Hauptverfahren zu eröffnen, wird abgelehnt und es werden die Angekludigten mangels ausreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt, da kein genügender Anhalt für die Annahme vorliegt, daß es den Angekludigten zum Bewußtsein kam, daß das von ihnen verbreitete Flugblatt geeignet war, zur Begehung von Gewalttätigkeiten anzureizen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

### Mein „Cousinchen“ bist Du!

Kein sinniger Mensch hätte dem edlen Jesko v. Puttkamer auch nur einen Augenblick geglaubt, daß die „Dame“, die er nach Kamerun mitnahm, als seine „Cousine“ ausgab und mit einem Passe auf den Namen einer „Freifrau v. Eckhardtstein“ verah, tatsächlich etwas anderes als seine Weichkäsefrau war. — Nun deckt die „Sraunschweiger Landeszeitung“ — wie wir in der „Volks-Zeitung“ vom Freitag früh lesen — die Geschichte noch weiter auf. Danach hat Jeskolein in der Tat eine Cousine namens „Freifrau von Eckhardtstein“! Daraus geht hervor, daß der noble Edelmann ja vornehm-ritterlich war, seine Dulcinea unter dem Namen seiner höchstwahrscheinlich doch hochheudalen verheirateten Cousine zu präsentieren! Denn daß die wirkliche Cousine mit ihm in Kamerun — gewohnt hat, darf man wohl nicht annehmen.

Leute aus diesen Kreisen pflegen sich sonst mit ihrem vornehmen Taktgefühl zu brüsten. Aber eine solche Handlungsweise dürfte nicht dem vollkommensten Pennbruder nachzuweisen sein; denn der nennt seine Niets einfach Niets und seine Juste Juste.

Aber Ehre von preussischen Ministern scheinem — wie der Fall Jesko lehrt — da zum Teil andere Auffassungen zu haben. —

**Noch im Grabe keine Ruhe.** Das Münsterland, im Volksmunde auch Finsterland genannt, gehört zu den schmerzhaftesten Gegenden Deutschlands, dort herrscht der Alerikalismus noch fast unumschränkt. Man merkt den Einfluß sogar noch in Wahlkreise Dortmund-Hörde, dessen nördlichste Ecke, der Ort Lünen, ans Münsterland grenzt. In solchen Orten, wo die vordringende Sozialdemokratie mit dem Alerikalismus ringt, erlebt man noch Vorkommnisse, über die man im übrigen Deutschland ganz bedenklich den Kopf schüttelt. Ein richtiger Sozialdemokrat wird als Ausbund betrachtet, der sich dem Teufel verdrücken; man meißel ihn, wie einen Ausschüßigen. Ein solcher Fall ereignete sich jetzt in der Nachbarschaft von Lünen. Dort hatten wir einen wackeren Genossen, der als verständiger Mann vor Jahren der Kirche den Rücken gekehrt hat. Das genügte aber für die „Frommen“ zu seiner Achtung. Man sagte ihm nach, daß er einst wie ein Stück Vieh werde verscharret werden, auch würde er im Grabe keine Ruhe finden. Nun ist unser Genosse gestorben, aber nicht wie ein Stück Vieh verscharret, sondern von seinen Genossen ehlich begraben worden. Die Polizei verbot gerade freilich jede Äußerung am Grabe, dem Arbeitergesangsverein wurde sogar verboten, ein Lied zu singen! Bei dem Zusammenarbeiten von Polizei und Geistlichkeit fällt das gar nicht weiter auf. Aber wovüber man sich aufregt, das kommt nach. Unser Genosse sollte, wie die „Frommen“ vorausgesagt hatten, wirklich keine Ruhe im Grabe haben. Alte Weiber, bei denen es fest steht, daß unser Genosse spulen gehen müsse, waren die folgenden Tage auf dem Friedhofe gewesen und hatten da den Toten im Grabe rumoren und

Kloppen hören. Große Sensation: Die Geistlichkeit eilt herbei, Aerzte werden geholt, der Sarg wird geöffnet, doch unser Genosse war und blieb tot. Aber daß er spulen gehen muß und daß er im Grabe keine Ruhe haben wird, das steht für die frommen Schäftein nach wie vor fest. Und das alles, weil er ein Sozialdemokrat war und der Kirche den Rücken gekehrt hatte. —

### Hepp-hepp-Monarchie! Heil-Republi!

Liebermann von Sonnenberg, „Deutsch-sozial Blätter“ rufen, weil Wilhelm II. ein paar ehemalige Israeliten gezaubert hat. Den Kamfemiten darf S. M. alles bieten, nur das nicht. Sonst bekommen sie es fertig, gar — Republikaner zu werden! Man lese, was die „Deutsch-sozialen Blätter“ geifern:

... Der Adel wird sich das Judentum vom Leibe halten müssen genau wie der deutsche Bürgerstand; in diesem ist und bleibt der Jude gesellschaftlich unmöglich. Daß es am Kaiserhofe anders ist, hat nichts zu bedeuten; in solchen Fragen ist Fürstenwille ohnmächtig gegen Volkswillkür. Aber eine auffallende Bevorzugung des Judentums bedeutet zugleich eine Zurücksetzung des eigenen Volkstums, und darin liegt eine in jeglicher Zeit sehr überflüssige empfindliche Verletzung des deutschen Volksempfindens. Sich mit dem Kern des Volks in einen solchen Zwiespalt zu setzen, kann nur zum Unheil eines Fürsten ausschlagen. Soll und aber durch die Juden-Ehrungen Kargeleit werden, zu welchen herrlichen ungeahnten Zielen das deutsche Volk geführt werden soll, dann können wir uns des Gebanens nicht erwehren, daß durch die Zurückdrängung des deutschgeborenen Adels und die lebenswürdige Bevorzugung des Schargeistes die moderne Entwicklung flüziert werden soll. Diese führt dann also vom Bauernstaat über Industriezeit zum reinen Handelsstaat, aber auch zugleich vom Bauerndiel zum Geistesadel zum Geldadel, und damit bestimmt von der Monarchie zur Republik.

### Ausland.

### Frankreich.

### Der Sturz Rouviers.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.)

Der Sturz des Ministeriums Rouvier ist nicht so sehr das Werk einer politischen Erwägung wie das einer unbefiehrbaren Empfindung. Die politische Vernunft hätte den bürgerlichen Parteien raten sollen, dem Kabinett, dessen Lebensunfähigkeit sehr lange feststand, eine Galtgoust bis zur Beendigung der Konferenz von Algerias zu gewähren. Aber der Widerwille gegen Rouviers Persönlichkeit sprengte die Dämme des Raisonnements. Zwei mal haben die Parteien der Bourgeoisie — die Solidarität der Patrioten gegen die vaterlandslosen Sozialisten demonstrierend — eine Debatte über die auswärtige Politik verbunden und Rouvier das große Vertrauensvotum einer unbefchränkter Vollmacht bewilligt. Und jetzt hat er, wegen einer Frage der inneren Politik, über die Klänge springen müssen! Das beweist allerdings, neben der Unehrlichkeit des Patriotentums, auch das Ehrgefühl, das sich des Parlamentes angeichts des Ministerpräsidenten bemächtigt hatte. Der Beschluß der gestrigen Mehrheit sagt über die künftige Politik nichts! Weder schlägt er die rücksichtslose Durchführung der Kircheninventuren, noch die stille Preisgabe des Trennungsgesetzes ein. Er spricht nur den Willen der Kammer aus, ein Ministerium der Zweckmäßigkeit und Unsauberkeit zu beseitigen. Seit Wochen hat man Rouvier, der immer mehr von allen Parteien mißachtet und verlassen wurde, sich an die vom Zufall geschaffenen Mehrheiten anhängen sehen. Sein Ministerium, das dem Ausland gegenüber die nationale Würde vertreten sollte, mußte sich den Vorwurf unreinlicher Machenschaften zugunsten der amerikanischen Versicherungsgesellschaften gefallen lassen und bettelte im Senat eine Majorität für die steuerhinterziehenden Schnapsdrenner zusammen. Schließlich aber kam der Moment, wo Rouviers Eifer, sich zu prostituieren, den unübersehbaren Abfällen der umwordenen Parteien hervorgerufen mußte. Man wollte gestern von Rouvier eine Antwort, ob er das Trennungsgesetz nach der Auffassung Briands oder Ribots oder Lemires durchzuführen wolle. Und Rouvier antwortete: Nach der Auffassung Briands und Ribots und Lemires! Da wandelte die Parteien rechts und links das moralische Erbrechen an.

Was nun folgen soll, ist noch völlig im Dunkeln. Die gestrige Mehrheit zeigt keine politische Richtung an. Es ist immerhin von Bedeutung, daß selbst Ribot den duldbaren Geist des Trennungsgesetzes anerkennen mußte, und vielleicht wird auch das Zeugnis eines eifrigen Priesters, wie es der christliche Demokrat Lemire ist, nicht ohne Einfluß auf die gläubigen Katholiken bleiben. Es scheint, daß vorläufig ein Ministerium, das in sein Programm nichts als die Durchführung der Kirchenrennung aufnimmt, noch die besten Aussichten hätte. Ihm würde auch noch die Durchföhrung der Wahlen obliegen, die ja jetzt alles Interesse in Anspruch nehmen. Da insbesondere die Radikalen von der Erregung der häuerlichen Bevölkerung Einbußen im Wahlkampf zu befürchten haben, werden sie wohl einem System zustimmen, das die entscheidenden Schritte bis nach dem Zulamentritt des Parlamentes vertagt, d. h. man wird dem neuen Ministerium gestalten, von der Durchführung der Inventuren, dort wo sie Blut fordern würde, abzusehen, aber gegen die revoltierenden Alerikalen das Mittel der Sifizierung der Richterpenionen in Anwendung zu bringen. Die Republikaner sind auch entschlossen, den neuen Kultusassoziationen die Kirchen erst nach der gesetzlichen Inventur zu übergeben. Sie dürfen sich aber nicht verhehlen, daß dieser Ausweg nur einen Aufschub bedeutet, sofern die Alerikalen, durch ihre jetzigen Erfolge ermutigt, ihren Kampf gegen die Gesetze fortsetzen. Werden die Geistlichen fortfahren, in den nicht inventurierten Kirchen Gottesdienst zu halten, gleichviel ob die Assoziationen gegründet sind oder nicht, so wird die Regierung die vollständige Sperrung der Kirchen vornehmen müssen, eine Maßregel, die denn doch auf noch weit heftigeren Widerstand stoßen dürfte. —

### England.

### Galdanes Nebe.

Das Unterhaus debattiert seit Dienstag über das Marinobudget. Admiralitätssekretär Robertson erklärte im Laufe der Verhandlungen, einer der vier Panzerkreuzer, zu denen in diesem Jahre der Kiel zu legen gewesen wäre, sei fallen gelassen worden, dagegen werde mit dem Bau der drei anderen fortgeföhren werden. — Cremer (liberal) sprach gegen die geplante Flottenbasis in Rosyth, die unmiß und nachteilig sei und in Deutschland Beunruhigung hervorriefe. — Belairs (liberal) erklärte, er wisse nicht, welches die strategischen Gründe seien, die eine Flottenbasis in Rosyth nötig madyen. — Der Liberal der Admiralität, Lambert, erwiderte: Wenn für die Bedürfnisse der Flotte und für die Verteidigung des Reiches zur See die Flottenbasis in Rosyth nötig sei, so werde mit Schöpfung dieser Basis natürlich vorgegangen werden, aber wenn sie dafür nicht nötig sei, wollten wir kein Geld dafür verschwenden! —

Am Donnerstag ergriff der Kriegesekretär Galdane das Wort, um in präzisierender Rede die Armeeforderungen zu begründen. Er führte u. a. aus:

Ich wünschte, wir wären erst so weit, daß die Bflter gemeinsam der Frage einer Einschränkung der Rüstungen näher träten. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können wir uns von der Last der Rüstungen befreien; so lange die Truppenstärke in Indien und in den Kolonien auf ihrer jetzigen Höhe erhalten werden muß, können wir eine Verminderung der Armees nicht ein treten lassen. Bei dem Entschluß, die gegenwärtige Stärke unserer Streitmacht beizubehalten, haben wir der politischen Lage im Ausland und in Indien Rechnung tragen müssen. Noch vor kurzer Zeit waren wir von Rußland an der nordwestlichen Grenze bedroht. Sind wir es heute noch? (Zwischenrufe: Nein!) Wenn sich die Verhältnisse auch geändert haben, so ist es doch notwendig, das zu erhalten, was wir in Indien großgezogen haben und das uns dahinten so große Kosten verursacht hat. Wenn England einen großen Krieg in Indien durchzuführen

Bergarbeiterstreik in Schlefien.

Eine Privatdepesche meldet uns: Auf dem schlesischen Kohlen- und Koksberg Gottschberg ist Freitag Mittag der Streik ausgebrochen. Es kommen 3000 Arbeiter in Frage.

Die Lage im Kohlenrevier ist im großen und ganzen unbedeutend. Am Mittwoch fuhran etwa 90 Mann an, durchweg alte Leute, die noch keine Grube von innen gesehen haben. Betriebsleiter, Obersteiger, Fahrsteiger, Aufseher usw. betreiben sich inzwischen die Zeit, indem sie vereint mit Gendarmen im Orte herumgehen und ihre Arbeitwilligen aus den Wohnungen holen. Das habe Du Hund Gendarmen, das gleich nach Ausbruch des Streiks als die einzig mögliche Erscheinungsform des sozialen Königtums im Orte aufgetaucht ist, soll noch weiter verhärtet werden. Man hegt auch mit Erfolg die kleinbürgerliche Bevölkerung gegen die Streikenden, die vielfach selbst für Geld und gute Worte kein Brot ersehen können. Natürlich darf auch Lein der beliebigen Einschüchterungsmanöver fehlen, wozu ja schon das Gendarmenaufgebot gehört. Am Mittwoch wurde am schwarzen Brett des Berges jedem, der nicht bis Freitag wieder ins Joch getrocken war, Entlassung angebrocht. In den Zeitungen wandte sich die Bergverwaltung zugleich an den „guten Geist“ der Bergleute. Diese hielt Mittwoch in Schlaarpe bei Volpriehausen eine Versammlung ab, die erfüllt war von dem „guten Geist“, sich nicht einschütern oder aus der Fassung bringen zu lassen. Es wurde beschlossen, die der Verwaltung bereits unterbreiteten Forderungen um folgende Punkte zu ergänzen: Der Schichtlohn für die Handwerker ist auf 4 M. zu erhöhen. Die Organisation ist anzuerkennen und zu den Verhandlungen sind ein Verbandsvertreter und drei Mitglieder der Lohnkommission hinzuzuziehen.

Der Bergarbeiterstreik auf dem Kohlenberg „Allgemeine Vorkasse“ bei Zwickau ist beendet. Die Bergleitung hatte durch Anschlag bekannt gegeben, daß alle Arbeiter, die nicht bis Donnerstag wieder ansahen, entlassen sind und die Ansprüche auf ihre Kaufgelder verlieren. Darauf beschloßen die Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Von ihren Forderungen ist nichts bewilligt.

Die Schleißer und Scharwerker der beiden Firmen Jagdmann und Dieder zu Greiße Wald befinden sich in Lohndifferenzen, nachdem alle gültigen Vergleichs an der Hartnäckigkeit der beiden Unternehmer scheitert sind. Es wird deshalb erucht, den Zugang von Schleißern und Scharwerkern nach Greiße Wald fernzuhalten.

Die Arbeiter in Schwerin sind am 8. d. Mts. in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber sich weigern, den Forderungen der Gehilfen irgendwie entgegenzukommen. Gefordert wird die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine Lohn-erhöhung von 42 auf 48 Pf. pro Stunde.

Die Arbeiter in Magdeburg haben ihre Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Es wurde ein Tarif vereinbart, wonach eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 1/2 Stunden erfolgt und der Minimallohn von 35 bezw. 37 1/2 Pf. auf 40 Pf. und (vom 15. März 1908 ab) 43 Pf. die Stunde erhöht wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Italiens sozialdemokratische Fraktionspolitik.

Rom, 9. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der italienischen Kammer wurde einstimmig ein Antrag Ferris angenommen, der dem bürgerlichen Kabinett prinzipiell ein Vertrauensvotum verweigert, aber beschließt, diesmal für Sonnino zu stimmen, um im Interesse des Proletariats eine Rückkehr einer pseudo-liberalen Regierung zu verhindern. Die Fraktion tritt hierdurch in einen offenen Widerspruch zu den Beschlüssen des Parteitages und zum Votum des italienischen Parteivorstandes.

Stadtverordnetenwahl in Elbing.

Elbing, 9. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute beendeten Stadtverordnetenwahlen haben unsere Genossen einen glänzenden Sieg errungen. Alle drei aufgestellten Genossen wurden mit großer Mehrheit gewählt. Bravo!

Verständigere Tonart.

Darmstadt, 9. März. (W. T. G.) Zweite Kammer. Minister Braun erklärte in Beantwortung mehrerer Anfragen, er erlaube in der Fortführung der Sozialreform eine stillschweigende Rücksicht des heutigen Kulturstaates, einerlei, ob man Dank dafür ernte oder nicht. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Ausführung des Kindererziehungsgesetzes hätten sich bestens bewährt und seien von gutem Erfolge begleitet gewesen. Das Gesetz betreffend den Schutz der Bauhandwerker habe noch nicht vorgelegt werden können, weil die Entscheidung der Frage durch das Reichsgericht abgewartet werden müsse. Die Frage des Heimarbeiterswesen sei in ganz eminentem Sinne eine Wohnungsfrage. Bei den notwendigen Kontrollen müßten die Wohnungsinspektoren von den Bürgermeistern unterstützt werden. Verhandlungen über Zentralisierung des Arbeitsnachweises seien eingeleitet worden. Der Frage der Neueinteilung der Arzts bezüge werde bei Gelegenheit der Revision der Verwaltungsgefeche näher getreten werden. Die Einführung von Arbeitskammern müsse vom Reich ausgehen.

Begnädigung in Bayern.

München, 9. März. (W. T. G.) Abgesehen von den gestern gemeldeten Begnadigungen für Militärpersonen aus Anlaß seines bevorstehenden Geburtstag hat der Prinzregent in Aussicht genommen, in der nächsten Zeit auch eine Anzahl verurteilter Militärpersonen, welche nicht unter den gestrigen Gnadenfall fallen, zu begnadigen; ferner wurden über 200 Zivilpersonen begnadigt, welche durch Not, Leichtsinn und Unüberlegtigkeit zu Strafen kamen.

Verhaftete Revolutionäre.

Wien, 9. März. (W. T. G.) Der aus Rußland zugereiste Buchdrucker Jakob Karlowitsch, in dessen Hause gestern eine Bombe explodierte, wurde samt seinem Zimmergenossen, dem Schneider Moses Keschister verhaftet, weil dieselben mit der russischen revolutionären Partei in Verbindung standen und zahlreiche revolutionäre Schriften, Explosivstoffe und Bomben bei ihnen gefunden wurden.

Menschenopfer.

Manila, 9. März. (Melbung des Reuterschen Telegraphenbureaus.) In der Nähe der Stadt von Coton hat ein Gefecht zwischen Australiern und amerikanischen Truppen stattgefunden. Die Australier haben 600 Mann verloren, während die Verluste sich bei den amerikanischen Truppen auf 15 Mann tot, 1 Offizier und 3 Mann verwundet belaufen. Bei einer gleichfalls am Gefecht beteiligten Marinebrigade wurden 32 Mann verwundet. Von der Polizeitruppe sind 3 Mann getötet und 14 verwundet worden.

war man der Ansicht, daß man sich nun nicht länger von den Arbeitgebern an der Nase herumführen lassen solle. Annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen seien offenbar nur durch einen all- gemeinen Streik zu erzielen, und in solchem Falle dürfe man nicht an der übermäßig beschiedenen Forderung von 55 Pf. festhalten, sondern man müsse 60 oder 65 Pf. fordern. Nach lebhafter Dis- kussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Verbandes der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner und erklärt, daß sie nach wie vor auf der Forderung von 55 Pf. Stundenlohn bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit besteht. Der Kommission wird auf- getragen, sämtlichen Arbeitgebern diese Forderungen nochmals zu unterbreiten und sie aufzufordern, die Forderungen binnen acht Tagen zu beantworten. Beharren die Arbeitgeber auf ihrer ab- lehrenden Haltung, so betrachtet die Versammlung dies als eine direkte Provokation zum Streik und gibt der Kommission den Auf- trag, die Forderungen auf 60 Pf. Stundenlohn und 9 stündige Arbeitszeit zu erhöhen und den Streik vorzubereiten.

Die Versammlung verpflichtet sich, jedem Aufseher der Kommission unbedingt Folge zu leisten.

Tarifforderungen der Berliner Konditoren.

Bereits im vergangenen Herbst war die Organisation der Konditoren an die Fabrikantenvereinigung der Zuckerver- und Schokoladenindustrie mit der Forderung auf vertrauliche Fixierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herangetreten. Es kam damals zu einem Vorgehen der Gehilfen in einzelnen Betrieben mit teil- weisem Erfolge. Kürzlich sind die Forderungen für den ganzen Beruf wieder erneuert worden. Als Mindestlohn verlangt die Organisation für selbstständig arbeitende Gehilfen und Arbeiter 24 M. pro Woche; für junge Gehilfen und Arbeiter, die noch nicht ein halbes resp. ein Jahr in ihrem Spezialfach gearbeitet haben, 21 M.; für jugendliche Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren 15 M. und unter 16 Jahren 12 M.; für Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 15 Jahren 8 M., von 15 bis 16 Jahren 9 M., und über 16 Jahren 10 M. mit halbjährlichen Zulagen von 1 M. bis zu mindestens 16 M. Die regelmäßige Arbeitszeit soll 57 Stunden pro Woche nicht übersteigen. Ueberstunden sollen erst dann zu leisten sein, wenn die Einstellung weiterer Arbeits- kräfte nicht mehr möglich ist; sie sollen dann bis 9 Uhr abends mit 25 Proz. über 9 Uhr jedoch mit 50 Proz. Aufschlag vergütet werden. Diese gewiß sehr beschiedenen Forderungen hat der Verein Berliner Zuckerverfabrikanten in einem Antwortschreiben an die Organi- sation abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß die verlangten Minimallöhne bereits in allen Betrieben gezahlt würden und sich daher der Abschluß eines Tarifvertrages erübrigte. In dem Schreiben wurde weiter betont, daß die Hilfsarbeiter nur nach ihrer Leistung, nicht aber zu tarifmäßig festgelegten Löhnen bezahlt werden könnten. Sollten aber, so heißt es zum Schluß, Hälfe be- kannt werden, wo der Mindestlohn nicht gezahlt sei, so möge dies der Fabrikantenvereinigung nur unterbreitet werden, um Abhilfe zu schaffen.

Mit dieser Antwort beschäftigte sich am Donnerstag in den „Münsterfälen“ eine Versammlung der organisierten Konditoren. Es wurde festgestellt, daß noch in einer ganzen Anzahl von Be- trieben Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen unter den bezeichneten Mindestlöhnen bezahlt werden, so u. a. bei den Firmen Seffert u. Haake, Tähler (Inhaber Giese), Hermann Keegel, K. Seppin und nicht zu vergessen Hildebrandt u. Söhne. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung sodann eine Re- solution an, in der die Antwort der Fabrikanten als vollkommen nicht befriedigend bezeichnet wird. Infolge der Ablehnung der Forde- rungen hält sich die Organisation an die eingereichte Tarifvorlage nicht mehr für gebunden, sondern behält sich vor, zu gegebener Zeit ihre Forderungen angemessen zu erhöhen. Auch soll von jetzt ab keinerlei Rücksicht mehr auf solche Arbeitgeber genommen werden, die durch Entlassungen resp. Maßregelungen den Arbeitern ihr Koalitionsrecht zu verkümmern suchen.

Als Kuriosum und auch als Beweis für die Rückständigkeit mancher Gehilfen wurde noch erwähnt, daß der Gehilfenverein von 1875, der kürzlich bei einer Hoffestlichkeit Spalier gestanden hat, die Stiftung einer Dekoration unter dem Namen „Gehilfenorden“ vornahm und bei Hofe anfragte, ob dieser „Orden“ an die Mit- glieder ausgegeben werden dürfe. Gerade in diesem Verein be- finden sich Gehilfen, die noch für einen Monatslohn von 30 bis 40 M. arbeiten.

Lohnbewegung der Arbeiter in den Wagenfabriken.

Die aus Vertretern der beteiligten Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler und Lackierer, Sattler, Schmiede usw. bestehende Agitations- kommission für die Wagenfabriken hatte zum 8. März abermals eine allgemeine Versammlung jener Arbeiter nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufen, die wieder zahlreich besetzt war. Vorgebracht wurde, folgende Forderungen den Inhabern der Wagenfabriken zu unterbreiten, und zwar in Form eines Tarif- vorschlags:

Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden wöchentlich. Allen Ar- beitern, gleichviel ob sie in Lohn oder Afford tätig sind, wird eine zehnprozentige Lohnaufbesserung bewilligt, jedoch sind für die ein- zelnen Branchen folgende Minimallöhne einzuführen: Für Lackier- macher 83 Pf., für Helfer 55 Pf. und für Rademacher 58 Pf., für Lackierer usw. 60 Pf., Dreher 70 Pf., Schlosser 60 Pf., perlelte Luxusfahrräder 75 Pf., die übrigen 55 Pf., Schirrmacher 70 Pf., Feilbänker 65 Pf., Helfer und Stoßgassen 60 Pf., Maschinen- arbeiter 50 Pf. — Ueberstunden und Sonntagarbeit sind nur für Reparaturen an Betriebsrichtungen zulässig. Für diese Ueber- stunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt, für Sonntag- arbeiter 50 Proz. — Wird in Afford gearbeitet, so ist vor Beginn der Affordarbeit der Preis für die betreffende Arbeit anzugeben. Bestehen besondere Affordtarife, so sind diese für die Affordarbeiten maßgebend. — Für alle vorstehenden Arbeiterkategorien sind bei einretender Bilanz die Arbeitsnachweise ihrer Organisationen respektive die zuständigen paritätischen Arbeitsnachweise zu be- nutzen.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderungen den Fabrikanten zu unterbreiten. Bis spätestens 13. März wird Ant- wort erbeten. Das Ergebnis wird dann den Arbeitern jedes Be- triebes gesondert vorgelegt, damit sie für sich über ihr Verhalten entscheiden können, wenn ihnen nichts oder weniger bewilligt wird.

Der Streik bei der Firma Schäfer u. Cie., mechanische Flaschen- verfabrikfabrik, Vappel-Allee 26, ist beendet. Da es der Firma trotz der niedrigen Löhne gelungen ist, in genügender Zahl Arbeitswillige zu bekommen, muß der Kampf wegen Ausschloßigkeit aufgegeben werden. Unter anderem hatte auch die Strafankalt Böhm- see einige Arbeitswillige gestellt, wodurch die Situation für die Streikenden sich so unglücklich gestaltete, daß auf einen Erfolg wenig Aussicht blieb. Und so wurde von den Streikenden beschlossen, den Streik für beendet zu erklären und über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Der oben genannte Betrieb ist also bis auf weiteres für alle Hausdiener, Kutcher, Arbeiter und Flaschenmonteure gesperrt.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

Der Streik bei der Firma Frankenhof, Alie Jakobstr. 20/21, ist durch Vergleich beendet.

An die organisierte Arbeiterschaft. Die weiharne Kontrofilearte, welche als Ausweis dessen dient, daß die Forderungen der Arbeiter- und Preisvergehilfen bewilligt sind, ist folgenden Geschäften entzogen. Schmidt, Vadstr. 18; Diebstahl, Wuttmannstr. 1; Giese, Postfischer- straße 1; Geelhaar, Fruchtstr. 13; Rigdorf; Köh, Hermannstr. 207; Schmidt, Hermannstr. 35; Rudde, Herrfurthstr. 32; Stadom, Pflanzstr. 11. Ober-Schöneweide: Gail, Siemensstr. 16. Verband der Preisvergehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin.

Verhängend wird uns mitgeteilt, daß die in unserem gestrigen Artikel „Warnung vor Gefahr mit Entlassung beantwortet“ genannte Kaufirma nicht kum, sondern k u n heißt.

hätte, so sei es nicht wahrscheinlich, daß eine solche Notwendigkeit ganz plötzlich eintreten würde und nicht Zeit genug sein sollte, um Leute auszubilden und sie verwendungsbereit zu machen. Die Freiwilligen würden nach einer gewissen Ausbildungszeit vorzügliche Truppen abgeben, doch sei er der Meinung, daß man die Ausbildung in zwei Teile zerlegen müsse, nämlich in eine allgemeine Grundausbildung und in eine solche, die bis auf die Zeit zurückgestellt werden könne, wo die Feindesgefahren wirklich begonnen hätten. Er glaube, daß in Zeiten nationaler Gefahr Leute genug herbeizurufen würden, um sich ausbilden zu lassen, und er müsse daher die Frage aufwerfen, ob es notwendig sei, mit der Ausbildung von Freiwilligen so weit zu gehen wie es jetzt geschähe. Er würde es gerne sehen, wenn mehr Leute sich freiwillig der allgemeinen militärischen Grundausbildung unter- ziehen wollten, dagegen halte er alles, was auf die allgemeine Wehrpflicht hinausläufe, für überflüssig. Die Organisation der Freiwilligen, wie er sie angedeutet habe, könne nicht vom Kriegs- amt ausgehen, sondern müsse von den militärischen Lokalbehörden zur Ausführung gebracht werden unter Vertätigung der Bevölke- rung selbst. Bei einer derartigen Organisation an Stelle der jetzigen, die sehr viel Geld koste, würde das Volk selbst die beste Kontrolle ausüben können. Sollte es dann jemals zum Kriege kommen, so würde auch das Volk immer hinter der Regierung stehen. — Galdane schloß: Das Volk unter Waffen in dieser Art würde ein Volk sein, das nicht um des Krieges willen, sondern zur Erhaltung des Friedens die Waffen trüge, und in dieser Beziehung könne man von dem Schweizer Volk lernen.

Bezüglich der Ausgaben erklärte er, die Regierung ginge von dem Grundfasse aus, daß die Flotte instand sein müsse, Großbritannien vor einer Invasion zu schützen. Eine starke Flotte sei zwar teuer, aber sie ermöglichte es auch, unnütze mili- tärische Ausgaben zu vermeiden. Einige Teile der Seeresorgani- sation, welche mit diesem Grundfasse nicht im Einklang ständen, sollten in Fortfall kommen. Das Kriegsamt wolle demgemäß veraltete Küsten- und Landesverteidigungs-Maßnahmen fallen lassen und auch mit der alten Ueberlieferung brechen, Verteidi- gungspläne wie z. B. für Birmingham gegen die deutsche Armee aufzustellen. (Gelächter.) Galdane erwähnte ferner, daß die chinesische Besatzung von Weihaiwei entlassen und die Besatzung von St. Helena zurückgezogen werden sollte, und wiederholte zum Schluß, daß die weltliche Schwereigheit einer Reduzierung der Armee bei Indien und den Kolonien liege. Möglich sei es ja auch, daß die Kolonien eine leistungsfähige Armee aufstellen und somit das Reich militärisch fest genug gemacht würde, um den Frieden für Generationen sicherzustellen. Jedenfalls habe das gegenwärtige Parlament reichlich Gelegenheit, sich in dieser Richtung zu betätigen.

Galdanes Rede wurde auf beiden Seiten des Hauses mit leb- haften Beifall aufgenommen, und die Redner, die nach ihm sprachen, trugen — soweit sie ihm zu opponieren versuchten — nur schwache Einwände gegen seine Ausführungen zu machen. —

Aus der Partei.

Die Mannheimer „Volkstimme“ will sich mit uns über „Ge- schmach“ und „guten Ton“ nicht herumstreiten. Dagegen stellt sie in Aussicht, sich „ein andermal“ über die Auffassung zu verbreiten, „die unser Zentralorgan von sozialdemokratischen Fürsten- besuchen geäußert hat“.

Für uns war die Sache bereits erledigt. Die „Volkstimme“ scheint aber viel überflüssige Zeit zu haben — und das sechs Monate vor Stattfinden des Parteitages am Orte ihres Erscheinens. Die Genossen in Jena, Bremen, Dresden, München, Lübeck, Mainz usw. hatten ein halbes Jahr vor dem Parteitages wichtigere Dinge zu er- ledigen. Und wir auch!

Agitationserfolge. Durch intensive Agitation ist es dem Sozial- demokratischen Verein in Essen gelungen, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 800 neue Mitglieder zu gewinnen. Die erst im Dezember v. J. eingeführte Agitationschrift „Morgenrot“, welche monatlich einmal vom niederrheinischen Agitationskomitee heraus- gegeben wird, hat bereits eine bereits Bezahlerzahl von 8000. Diese Erfolge beweisen, daß die Bewegung in Essen mit ihren großen Erfolgen bei den letzten Wahlen nicht den Höhepunkt erreicht hatte, es geht unauflöslich vorwärts. Essen schickt sich an, der Sozial- demokratie im Zentrum der Großindustrie eine feste Burg zu bauen.

Durch Personenerwechslung ins Gefängnis. Ein Nachspiel zum letzten Essener Wahlkampf bildete eine Gerichtsverhandlung in Essen. Genosse Kempfers sah auf der Anklagebank. In einer — christ- lichen Verammlung war behauptet worden, der Bergarbeiter- Verband habe 95 000 M. gesammelte Streigelber an die russischen Revolutionäre geschickt. Kempfers berichtete in der „Bergarbeiter- Zeitung“, der bekannte, vielgewandte, christliche Herr Behrens habe jene Behauptung getan, und er widmete dem Herrn, entsprechend der gänzlich unwahren Behauptung, einige „Schmeicheleien“. Es lag aber eine Personenerwechslung vor, nicht Behrens, sondern ein Abklatsch von Stöcker, der — rühmlich bekannte Gottesmann Lic. Rumm war der Redner, der mit der unwahren Behauptung die Sozialdemokratie abzuwürdigen versucht hatte. Die „Vergarb.-Ztg.“ brachte eine Veridatigung, trotzdem, der Christenmann Behrens lief zum Kadl. Er wollte Sühne haben, ob- wohl doch sein Geistesdruber die unwahre Behauptung verbreitet hatte. Und Kempfers wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt dank der unwahren Behauptung des Herrn Lic. Rumm.

Magdeburg darf nicht fehlen. Wie die Magd. „Volkst.“ be- richtet hat die Staatsanwaltschaft schon 12 Personen unter Anklage gestellt, wegen Verbreitung des Flugblattes zum roten Sonntag. Für die letzten Tage waren nun noch diese Genossen, die Flugblätter verbreitet haben, als — Zeugen geladen. Die Untersuchungs- behörde interessiert sich vor allem für die Frage, wer den Genossen die Flugblätter ausgehändig hat, ob die Leute den Inhalt gelammt haben usw.

Bei der ganzen Anlage der Verfahren in diesen Aufreizungs- anklagen halten wir solche Art Zeugenvernehmungen für unzulässig. Die Verantwortung der Fragen kann die Zeugen eventuell auf die Anklagebank bringen. Natürlich haben sie, da nach der bisherigen Praxis gegen jeden Verbreiter mit der Möglichkeit einer Anklage zu rechnen ist, das Recht, die Auslosung zu verweigern. Werden die Zeugen darauf aufmerksam gemacht?

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Landschaftsgärtner.

Am Donnerstag fand eine recht zahlreich besuchte öffentliche Landschaftsgärtner-Versammlung statt, die sich mit der Antwort der Arbeitgeber auf die Resolution vom 13. Februar befahte. Das Schreiben der Arbeitgeber, das hier verlesen wurde, besagt, daß am 1. März eine außerordentliche Hauptversammlung des Ver- bandes der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner Berlins und der Provinz sich bereit erklärt hat, einen Mindestlohn von 50 Pf. bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit den Gehilfen zu bewilligen, die nach- weislich 2 Jahre lang in der Landschaftsgärtnerei tätig waren. Alle weiteren Forderungen werden als zurzeit unannehmbar er- klärt. Mit der Kommission der Gehilfen soll nur dann weiter ver- handelt werden, wenn sich der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein verpflichtet, für seine Mitglieder von allen Arbeitgebern den Lohn- satz von 50 Pf. zu fordern und jedes Mitglied, das für geringeren Lohn arbeitet, auf 2 Jahre aus dem Verein auszuscheiden. Falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, wollen die Arbeitgeber den Tarifvertrag als hinfällig betrachten. Selbstverständlich erregte diese Antwort lebhafteste Entrüstung in der Versammlung. Allgemein

**Reichstag.**

**61. Sitzung vom Freitag, den 9. März, nachmittags 1 Uhr.**

**Am Bundesratssitzung: Kraetke.**

Die Debatte über den Postetat wird beim Titel „ Gehalt des Staatssekretärs“ fortgesetzt. Zur Beratung stehen außer den bereits mitgeteilten Resolutionen der Budgetkommission, der Resolution Kern (L), den vier Resolutionen Payig (natl.) und den sechs Resolutionen Kopsch, Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) folgende drei Resolutionen Gröber (Z.) und Genossen:

1. Der Postanweisungsverkehr am Sonn- und Feiertagen hat aufzuheben.

2. An den Vorabenden aufzugebende Massensendungen von Drucksachen sollen erst am nächsten Werktage in Behandlung genommen werden.

3. Der Nachtdienst darf in der Regel nur jede fünfte Nacht stattfinden.

Abg. Nagalla von Biekerstein (L.) spricht für die Herabsetzung der Gebühren für den Fernsprechverkehr auf dem Lande. (Beifall rechts.)

Abg. Payig (natl.): Der scheinbare Ueberschuss der Reichspostverwaltung beträgt 62 Millionen Mark jährlich; wenn man aber die 6 Millionen Mark Zinsen für die in Postzwecken verausgabten Anleihen abzieht, so sind es nur noch 56 Millionen! Zweifelloso verdienen die Assistenten eine Aufbesserung, aber es wird besser sein, mit dieser bis zur allgemeinen Beamtenaufbesserung zu warten, die ja infolge der Teuerung der Lebensmittel zweifellos bald kommen muß. Ich beantrage daher, die Resolutionen Kopsch nicht „zur Berücksichtigung“, sondern zur „Erwägung“ zu empfehlen. — Die erste Resolution Gröber scheint uns unmahbar. Wir wollen keinen englischen Sonntag, wir sind nicht reich genug dazu, um den Geldverkehr am Sonntag entschleunigen zu können. Auch die zweite Resolution erscheint uns nicht zweckmäßig. Denn wie oft wird es vorkommen, daß gerade am Sonntag ein Kongress, ein Parteitag uim. stattfindet, so daß die Massensendung von Drucksachen am Tage vorher sehr wichtig wird. Auch die dritte Resolution Gröber halte ich nicht für gut, sie greift viel zu tief in die innere Verwaltung der Postbehörden ein.

Abg. Werner (Antif.): Die Verrücktheit der Besserstellung der Unterbeamten aus dem Munde des Abg. Singer ist nicht ernst zu nehmen, da die Herren ja alle neuen Steuern ablehnen.

Abg. Mehl (fr. Sp.): Völlig ungerechtfertigt ist die Behauptung des Abg. Erberger, unsere in den Resolutionen Kopsch ausgesprochenen Wünsche seien nicht ernst gemeint. Die Durchführung kostet nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs 32 Millionen Mark. Aber auch die Durchführung der Resolution Gröber würde bedeutende Ausgaben erfordern. Erfreulich ist, daß der Wunsch des Reichstages durchgeführt ist, wonach die Vorderseite der Postkarten beschriebener werden darf. Sehr erwünscht wäre mir, Portoermäßigung für größere Drucksachen und für Geschäftspapiere.

Geheimrat Neumann äußert sich über die finanziellen Beziehungen der Resolutionen.

Abg. Dr. Marcour (Z.): Die Postverwaltung kann auch mit- helfen in dem Kampfe gegen die Unmasse von unsittlichen Ansichtskarten, Prospekten, die unser Volk vergiften. Bei richtiger Auslieferung solcher unsittlicher Sendungen sollte die Post doch einmal den Inhalt prüfen; sieht doch die Post nach, ob Drucksachen der Postordnung entsprechen und prüft sie doch in den polnischen Provinzen die Adressen genau darauf, ob sie etwa unstatthaft polnische Worte enthalten. — Sehr viel Wert legen meine Freunde auf die Herabsetzung der Gebühren für Telephon- und Telegraphennutzung auf dem Lande; sie wären sogar geneigt, um das zu ermöglichen, für eine Erhöhung der Gebühren in den Städten einzutreten.

Staatssekretär Kraetke: Auch wir sind schon auf den Gedanken gekommen, unseren Truppen in Südwestafrika bessere Verbindung mit der Heimat zu schaffen. Aber die Militärverwaltung hat es für unmöglich erklärt, neben Munition und Verpflegung noch mehr Pakete als bisher zu befördern. — Gegen den alten Tarif für Zeitungsendungen, der eine prozentuale Erhöhung von Wert der Zeitungen vorsch, wurden seit 1875 unaufhörliche Angriffe gerichtet. Nach vielen mißglückten Versuchen wurde vor fünf Jahren ein neuer Tarif in unglücklichen eingehenden Verhandlungen von Kommissionen und Subkommissionen geschaffen. Seitdem ist noch keine Klage, noch kein Antrag auf Abänderung an uns gelangt. Lassen wir also endlich einmal dem Zeitungsgewerbe Ruhe. Der Verschwendung unsittlicher Briefe und Postkarten, Schriften und Angebote treten wir nach Möglichkeit entgegen. Aber wir sind ganz auf die Beamten und Briefträger angewiesen, die ja mit großer Schnelligkeit arbeiten müssen. Mehr als Stichproben können auch bei Sendungen von Drucksachen aus dem Auslande nicht entnommen werden. Für die größte Reinlichkeit und gesundheitsgemäße Behandlung und Haltung der Diensträume habe ich schon seit Jahren durch Rundschreiben an die Oberpostdirektionen gefordert. Jeder Beamte und Unterbeamte muß an seinem Plage für Reinlichkeit sorgen, außerdem werden durch Frauen die gesamten Diensträume in kurzen Fristen gereinigt.

Wir können die Ansichtskarten bei der Stempelung nicht anders behandeln als andere Karten. Wo sollen wir sie denn stampeln? Die Rückseite trägt das Bild. Das soll geschont werden. Wenn nicht der Text und die Adresse. Da müssen wir doch irgendwo den Stempel herausbrücken.

Abg. Dr. Spahn (Z.) scheint das infolge der geringen Gehälter für viele Postbeamte tatsächlich bestehende Jubiläum zu bedauern. (Da Redner ausschließlich zum Staatssekretär spricht, ist er auf der Tribüne fast unverständlich.)

Staatssekretär Kraetke: Auch in den anderen Verwaltungen kommen die Beamten vor dem zweiten Examen sehr selten zur Beirat.

Abg. Krösel (Antif.) tritt für die Besserstellung der Oberpostpraktikanten ein.

Abg. Bed-Geidelberg (natl.) wünscht, daß in Baden vorzugsweise badische Landesländer im Postdienst angestellt werden.

Staatssekretär Kraetke wiederholt, daß in Baden in bezug auf Stellenbesetzung genau so vorgegangen werde, wie im ganzen übrigen Reich. Es kann unmöglich verlangt werden, daß Badener, weil sie Badener sind, in die höheren Stellen aufrücken, obwohl sie im einzelnen Falle dafür nicht geeignet sind.

Abg. Dasbach (Z.) wünscht, daß die kleinen Provinzzeitungen weniger Porto zu zahlen haben sollen als die großen Blätter. Das könnte sehr gut durch doppelseitige Geleschehen, durch das die Erhöhung des Portos für Postkarten im Ortsverkehr ausgesprochen werden wird!

Abg. Mertens (fr. Sp.): Wenn ich böshaft wäre, würde ich sagen: der Abg. Erberger ist nur deshalb gegen unsere Resolutionen, weil sie nicht von ihm stammen. (Große Heiterkeit links.) Die beiden ersten Resolutionen Gröber können wir nicht annehmen. Zahlreiche Bevölkerungswünsche haben nur am Sonntag Zeit, ihre Ersparnisse mit der Post abzulenden. Massensendungen von Drucksachen an den Vorabenden von Feiertagen und Sonntagen haben als Kellame gerade besonderen Wert, weil sie am arbeitsfreien Tage am ehesten gelesen werden. Die Telephonverbindung von Berlin nach dem Osten ist unzureichend. Ramentlich möge eine bessere Fernsprechverbindung nach Rönigsberg eingerichtet werden! (Sehr wahr! b. d. Freiz.) Sodann ist der Norden von Berlin in bezug auf Postämter ganz ungenügend bedacht. Auf dem Wedding und am Gesundbrunnen können nur drei Postämter auf 100 000 Seelen. Speziell der Gesundbrunnen hat trotz seiner 46 000 Seelen nur ein Postamt, so daß man von einzelnen Straßen aus mehr als zwei Kilometer zum Postamt laufen muß. Dabei wird der Norden Berlins in den nächsten Jahre einen kolossalen Aufschwung nehmen, da ganz neue

Straßenzüge entstehen. Der Herr Staatssekretär, der so viel für die Post in den Kolonien getan hat, sollte daran denken, daß der Gesundbrunnen einst eine Kolonie von Berlin war. (Heiterkeit. Rufe: Au!)

Abg. Dr. Beder-Hessen (natl.) will nicht auf die Verhältnisse seiner heimischen Postbeamten eingehen, sondern nur dafür eintreten, daß verheiratete Beamte nach den Kolonien geschickt und dort nicht allzusehr mit Arbeit belastet werden.

Staatssekretär Kraetke: Gegen die Gleichstellung der Postbeamtengehälter mit denen der Gouvernementsbeamten habe ich nicht das mindeste. Nur würden die Postbeamten danach weniger bekommen.

**Abg. Jubel (Soz.):**

Im vorigen Jahre hat eine junge Dame bei Erfurt einen Brief an ihren Bräutigam mit deutlicher Adresse versehen nach Philadelphia bei Storlow im der Mark geschickt. Sie wartete aber vergeblich auf Antwort; denn der Brief war übers Meer nach Amerika gegangen. Nach drei Wochen sandte sie einen zweiten Brief nach derselben Adresse, die wieder sehr deutlich und leserlich geschrieben war, ob; auch dieser Brief nahm seinen Weg über das Meer nach Amerika (Hört! hört!) und lehrte — wie der erste — nach längerer Zeit zu seinem Bestimmungsorte zurück. Da es sich in den Briefen um die endgültige Festlegung des Ehemanns handelte, hatte dieses wiederholte Versuchen der Post sehr unliebbare Folgen. Ein zweiter Fall: Im Januar dieses Jahres wird an unseren Kollegen Scheidemann hier im Reichstag ein Brief aus Kassel mit der deutschen Adresse: „Herrn Scheidemann, Mitglied des Reichstages, Berlin, Reichstag“ geschickt. Der Postbeamte kann wahr- scheinlich das Wort „Reichstag“ nicht entziffern, und der Brief geht nach Kirdorf. (Heiterkeit.) Dort wird, wie das Kuvert beweist, alles in Bewegung gesetzt, selbst das Kirdorfer Einwohnermeldamt, aber der Reichstag ist in Kirdorf nicht zu finden. (Große Heiterkeit.) Schließlich sieht man sich wahrscheinlich das Kuvert etwas genauer an, und der Brief gelangt nun endlich in die Hände des Kollegen Scheidemann. (Hurra! Ra, Gott sei Dank! Heiterkeit.) Ich will den betreffenden Beamten keinen direkten Vorwurf aus diesen Fällen machen; die Schuld liegt vielmehr am System, an der Ueberlastung der Beamten.

Auf einem anderen Gebiet hat sich dagegen die sprichwörtlich gewordene Fingigkeit der Post weit besser bewiesen: Am 7. dieses Monats belam in Schwerin der sozialdemokratische Vertrauensmann Post drei Pakete mit der Post, in denen sich eine größere Anzahl Nummern des „Wahren Jacob“, des „Postillons“ und der „Neuen Zeit“ befanden. Raun waren ihm die Pakete ausgehändigt, so er scheint am nächsten Morgen der Erste Staatsanwalt von Schwerin bei dem betreffenden Genossen und eröffnete ihm, er habe von der Postdirektion erfahren, daß er einige Pakete mit dem und dem Gewicht erhalten habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Hausjugung ergab dann, daß nichts zur Verschlagnahme Geeignetes vorhanden war, und der Staatsanwalt mußte mit langer Nase abziehen. Briefsperrung war über den Genossen nicht verbängt. Ich frage also, wie die Postbehörde dazu kommt, der Staatsanwaltschaft

zu leisten?

Unter den Postschaffnern in Sülverin herrscht Erbitterung darüber, daß in den beiden letzten Jahren bei der Beförderung in gehobene Stellen jedesmal die beiden jüngsten Beamten bevorzugt worden sind. Es scheint, daß die Einrichtung der gehobenen Stellen die

**Polizeidienste**

Polizeidienste nur vermehrt hat. Ferner beschwerten sich die

**Wahlklingwirtschaft bei der Reichspost**

nur vermehrt hat. Ferner beschwerten sich die

**Landbriefträger**

darüber, daß sie unter dem neuen Postdirektor nicht mehr nach 16, sondern nach 18 Jahren in höhere Stellen aufrücken können. Und endlich darüber, daß die Landbestellbezirke dort besonders groß seien. Einzelne Landbriefträger hätten täglich 4½ Meilen zu geben. Hier sollte baldigst Remedie eintreten. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Die angeführten Fälle sind mir unbekannt. Ich muß annehmen, daß keine Postanstalt gesetzwidrig einer Staatsanwaltschaftbehörde Auskunft gegeben hat, wogegen aber nähere Untersuchungen veranlassen.

Damit schließt die Diskussion. (Allgemeines Ah!)

In der Abstimmung werden die beiden ersten Resolutionen Kopsch - Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) auf Anrechnung der aktiven Dienstzeit bis zur Dauer von drei Jahren auf das Besoldungsdienstalter und auf Gleichstellung der bei der Gendarmarie und Schutzmännschaft etatmäßig angestellten Militärärzten mit den übrigen nach dem Antrage Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, und zwar mit den Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Antisemiten. — Die dritte Resolution Kopsch (auf 1½fache Anrechnung des Dienstes von 8 Uhr abends an und des Sonntagsdienstes) wird nach dem Antrage Payig (natl.) der Regierung zur Erwägung überwiesen. — Die vierte Resolution Kopsch (auf Vorlage einer Denkschrift über die Wirkung des Dienstaltersaufstufensystems) wird mit denselben Stimmen wie die beiden ersten Resolutionen angenommen, ebenso die vier Resolutionen Payig (natl.) auf Anrechnung der Militärdienstzeit, Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, Besserstellung der Oberpostinspektanten, Postinspektoren und Telegrapheninspektoren sowie Oberpostinspektoren und Postdirektoren. Ebenso wird die Resolution Kern (L.) auf Ausgleich der Gärten des Dienstaltersaufstufensystems angenommen. Ueber die Resolutionen Gröber (Z.) kann noch nicht abgestimmt werden, weil sie noch nicht drei Tage alt sind. Ueber die Resolutionen der Kommission wird erst bei den „Einnahmen“ abgestimmt werden.

**Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.**

Es folgt die Beratung über die weiteren Positionen.

Beim Kapitel 85 Titel 4-23 (Gehälter der Sekretäre, Assistenten usw.) wird die fünfte Resolution Kopsch und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) (auf Erhöhung der Gehälter der Post- und Telegraphensekretäre, der Bureaubeamten II. Klasse, der Oberpost- und Obertelegraphenassistenten, der Assistenten und der vollbeschäftigten Postverwalter) gegen die Stimmen beider freisinniger Parteien und der Sozialdemokraten abgelehnt.

In der Einzelbesprechung tritt

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) für die Oberpostkassenrendanten ein.

Abg. Marcour (Z.) verlangt Stellenzulagen für die Postamtsdirektoren mit besonders hohem Dienstalter.

Staatssekretär Kraetke bittet dringend, es bei dem bisherigen Brauch zu belassen, diese Zulagen als kleine Entschädigung für die höhere Verantwortlichkeit der Direktoren in den besonders großen Ämtern zu geben.

Präs. Graf Balleskreim: Das Wort ist nicht weiter.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Da die Postverwaltung auf den erhobenen Vorwurf nicht geantwortet hat, beantrage ich Rückverweisung dieser Petitionen an die Budgetkommission.

Staatssekretär Kraetke: Wir vermehren die Postämter 1. Klasse nicht auf die Karriere unserer Beamten, soweit wir das nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse können, ohne den Etat allzusehr zu belasten. Eine Vermehrung der Offizierpostämter ist weder vorgesehen noch geleglich möglich.

Abg. Dr. Müller-Sagan zieht seinen Antrag zurück.

Bei einer weiteren Position wünscht

Abg. Mertens (fr. Sp.), daß den Postassistenten, wenn sie in den Angestellten übernommen werden, nicht der Titel „Kanzlist“ gegeben, sondern der alte Titel „Postassistent“ belassen werde.

Beim Titel „Postunterbeamten usw.“ wird die Reso- lution Kopsch (fr. Sp.) auf Erhöhung der Vergütung der in nicht

gehobenen Stellen befindlichen Unterbeamten auf die Höhe von 1000 bis 1000 Mk. und des Höchstgehalts der Unterbeamten im Landbestellungs-, Botenpostdienst und Leitungsaufsichtsdienst auf 1100 Mk. angenommen.

Beim Titel: Arbeiten zur Instandhaltung von Telegraphen usw. Leitungen geht

Unterstaatssekretär Sydow auf die in der Debatte erhobenen Klagen über Mängel im Telephon- und Telegraphendienst ein. Die getadelten Nebengeräusche in Charlottenburg hängen mit dem Umbau der gesamten Berliner Leitungen auf Doppelleitung zusammen, der in Charlottenburg noch nicht beendet ist.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat über die Schwierigkeiten der Verbindung mit dem Westen gesprochen. Aber gerade die Verbindung nach Königsberg ist so schlecht, daß dringend Abhilfe geboten ist.

Die ordentlichen Ausgaben werden bewilligt, ebenso die außerordentlichen.

Bei den Einnahmen liegt die Resolution der Budgetkommission vor: Paketsendungen an und von Soldaten, soweit sie für den eigenen Bedarf bestimmt sind, bis zu 5 Kilogramm Porto frei zu lassen, die Telephoneinrichtung und Telegraphenbenutzung auf dem Lande zu erleichtern, die Vereinfachung des Postgebührens bei Paketen und Postanweisungen vorzubereiten und Untersuchungen über die Portofreiheit für ländliche Personen anzustellen.

Abg. Graf Orlow (natl.) sucht nachzuweisen, daß das Pauschale eine ungeheure Belastung des ländlichen Telephonverkehrs sei. Lieber würden die Verbindungsstellen jeder einzelnen Gespräch noch teurer bezahlen.

Staatssekretär Kraetke sagt eingehende nochmalige Prüfung der nach mander Richtung hin beachtenswerten Anregungen zu. (Waboo!)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) bedauert, daß der Staatssekretär weder nach seinen noch des Abg. Raempf Ausführungen auf die Frage der Herabsetzung der Weltpostportofreie eingegangen ist.

Staatssekretär Kraetke: Unser Verbleiben ist natürlich, den Weltpostverkehr zu verbessern. Aber soweit, wie Herr Raempf will, können bei den gegenwärtigen Verhältnissen weder wir noch die anderen Mitglieder des Weltpostvereins gehen. Nicht jede Steigerung des Verkehrs bringt eine Vermehrung der Reineinnahmen.

**Abg. Ledebour (Soz.):**

Das gegenwärtige System des Berliner Ortsverkehrs im Post- wesen ist überhaupt gar kein System, weil kein festes Merkmal besteht, nach welchen Orten hin das Ortsporto zu bezahlen ist und nach welchen nicht. Die Abgrenzung ist nicht auf Grund irgend eines Prinzips vorgenommen. Das Publikum, welches eine Post- sendung an einen in einem Nachbarorte wohnenden Adressaten frankieren will, ist häufig im unklaren darüber, ob Ortsporto oder Inlandsporto zu bezahlen ist. Nicht es dann nur eine Ortsporto- markte darauf, während der Empfänger bereits außerhalb der Grenze des Nachbarortverkehrs wohnt, so ist die Folge, daß der Adressat

**Strasporto**

zu bezahlen hat. Auf eine Zweipennigpostkarte, an deren Stelle eine Fünfpennigkarte hätte geschickt werden müssen, wird ein Strasporto von 10 Pf. erhoben. Das ist sehr hart und stellt für den außerhalb des Nachbarverkehrs Wohnenden im Laufe des Jahres eine erhebliche Belastung dar. Auch für die Beamten ist das Einlassieren des Strasportos eine unangenehme Aufgabe. Doch will ich heute über das System des Strasportos an sich nichts weiter sagen, glaube viel- mehr, daß eine erhebliche Milderung der Mißstände schon dadurch zu erzielen ist, daß alle Orte in den Nachbarverkehr aufgenommen werden, die im Vorortverkehr der Eisenbahn liegen. Dadurch erhält die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit ein klar erkennbares Merkmal. Außerdem würde eine solche Abgrenzung aber auch ihre volle innere Berechtigung haben, weil alle diese Orte tatsächlich zum großen Teile von in Berlin tätigen Personen bewohnt werden, also zu Groß-Berlin gehören. Die Mindereinnahme, die der Post daraus erwachsen könnte, würde nur sehr unbedeutend sein, ganz abgesehen von der Verkehrsehrigerung. Jedenfalls stünde sie in keinem Verhältnis zu der Erleichterung, die dadurch für das Publikum in Berlin und Umgegend herbeigeführt würde. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, diesen Wunsch im nächsten Etat zu berücksichtigen. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Herr Staatssekretär hat nicht gesagt, was er unter den „obwaltenden Verhältnissen“ gemeint hat, die einer Verbilligung des Weltpostportes entgegenstehen. Der Staatssekretär, der für einen Verkehrsfortschritt, wie er in der Stempelsteuer liegt, eingetreten ist, konnte freilich andererseits schwer für einen Verkehrsfortschritt wie die Ermäßigung des Weltpostportes sich erklären.

Die Einnahmen werden bewilligt, die Abstimmung über die Resolution ausgeföhrt, die Petitionen nach den Anträgen der Kom- mission erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend, 1 Uhr. (2. Sitzung des Etats der Reichsdruckerei und der Reichs-Eisenbahnverwaltung.)

Schluß 7 Uhr.

**Parlamentarisches.**

Staatsbetriebe als Musterbetriebe. Das bekannte Wort: Staats- betriebe sollen Musterbetriebe sein, erfuhr gestern in der Budget- kommission des Reichstages, anlässlich der Beratung über die Staats- werken, eine helle Beleuchtung. Sie zeigte, daß die Staatsbetriebe oftmals rückwärtlich der Arbeiterverhältnisse sehr wenig Muster- gütiges aufzuweisen haben. Für den Profit der Untermehringe aber erledliches leisten. Abg. Genosse Hue wies nach, daß die Staatswerken zunächst viel teurer arbeiten als die Privatbetriebe, trotzdem auf den Staatswerten die Löhne wesentlich niedriger sind als bei gleicher Arbeit in Privatbetrieben; das festste Que zahl- mäßig ist. Aber auch die Staatswerten selbst weisen, wie Redner darlegte, ganz traurige Unterschiede in den Löhnen auf. So seien auf der Danziger Werft die Affordätze um 30 bis 100 Prozent niedriger als auf der Kiezer Werft. Diese Tatsache zwingt zu der Annahme, daß auf der Danziger Werft unmöglich gute Arbeit geliefert werden kann. Die Arbeiter müssen geradezu pflücken, um wenigstens auf einen einigermaßen hin- reichenden Lohn zu kommen. Andererseits zwingen die niedrigen Löhne zur stärksten Ausnutzung der Arbeitskraft. So erklärte sich, daß auf der Kiezer Werft im Jahre 1904 von je 100 Arbeitern 42 er- krankten, auf der Danziger Werft dagegen 62. Schlimm für die Arbeiter sei auch, daß ihnen nicht einmal die Affordätze bekannt gegeben werden, wie die Antworten auf tausend vorliegende Fragebogen beweisen. Diese Zustände und die Bestimmung, daß die Arbeiter auch im Afford nicht über eine bestimmte Lohnhöhe hinaus verdienen dürfen, halte qualifiziertere Arbeiter davon ab, auf Werften tätig zu sein. Daß die Werften sehr teuer arbeiten, verschulde in erster Linie der ungeheure Beamtenapparat. So wird eine 374 Mann starke Ab- teilung (Reffort III Kiel) von 23 Beamten beaufsichtigt, 629 Mann (Reffort IV) von 96 Beamten. Beim Umbau der Brandenburg-Kasse (Abteilung Schiffbau Kiel) sind bei 710 Arbeitern 60 Vorgesetzte vorhanden; auf der Werfttücherei in Wilhelmshafen bei 360 Arbeitern 32 Beamte; auf der Mechanikwerkstatt in Wilhelmshafen bei 180 Mann 86 Beamte usw. Genosse Hue regte an, den Werkstarbeiter angesetzt der herrschenden Teuerungsa- verhältnisse eine Zulage zu gewähren. Ueber die Behandlung durch die Vorgesetzten sei erstlicherweise in nur seltenen Fällen Klage zu führen. Der Zentrums- Abgeordnete Spahn vermochte keine der angeführten Tatsachen zu entkräften, demnach verteidigte er die Werftverwaltungen und suchte die teuere Wirtschaft aus den Experimenten zu erklären, die Staatswerken stets machen müßten. Gute Arbeiter verdienen auch gut auf den Werften.

Ueberhaupt werde viel Gutes für die Arbeiter von den Verwaltungen getan. Staatssekretär von Leipzig erklärte, die Marineverwaltung habe die Löhne erst kürzlich um 40 Proz. erhöht und auch teilweise die unbegrenzte Lohnhöhe eingeführt. Die Eigenartigkeit und Ungleichmäßigkeit der auf Staatswerken auszuführenden Arbeiten bedinge die teure Wirtschaft. Die Verwaltung hätte — beabsichtigt, für die Verfertigen den Reinstundenlohn einzuführen. Die Privatwerften bitten jedoch dringend, das nicht zu tun, weil sie mit der Verkürzung der Arbeitszeit folgen müßten und überdies eine Verteuerung der Schiffe um rund 10 Prozent die Folge sei. — Die vom Abg. Dr. Spahn besungene Arbeiterfreundlichkeit der Werkverwaltungen charakterisierte Abg. Genosse Hue durch einen Vorfall, wo einem verunglückten Werftarbeiter, der früher 4,40 M. Lohn hatte, nach der Wiederaufnahme der Arbeit nicht nur der Betrag der Unfallrente, sondern extra noch 52 Pf. pro Tag vom Lohn gekürzt worden sind.

Bei einer Forderung für Artilleriematerial machte Abg. Genosse Webel auf die ungeheuren Profite des Pulverringes aufmerksam, der, um diese Profite zu verkleinern, die Aktien „verwässern“. Anscheinend habe sich der Ring zu einer Macht entwickelt, gegen die auch die Regierung kaum aufkommen könne. — Der Staatssekretär erwiderte, daß nach Lage der Dinge die Frage der Pulverbeschaffung nicht anders gelöst werden könne, als wie es heute geschieht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten gegen diese umgekehrte Sozialpolitik des Reiches — Rücksicht auf den Profit der Unternehmer und Unterlassen von Fürsorge für die Arbeiter — nichts einzuwenden.

Weder's Wahl gültig erklärt. Die Wahlprüfungscommission hatte die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Weder, der im Wahlkreis Offenbach - Dieburg gegen unseren Genossen Ulrich - Offenbach gewählt worden war, beanstandet. Das Plenum trat dem Beschluß bei und es fanden Erhebungen über die im Wahlprotokoll behaupteten Wahlbestechungen, Beamtenagitation und sonstigen Unregelmäßigkeiten statt. Nach den Erhebungen erachtete es die Wahlprüfungscommission, die sich mit denselben befaßte, als nicht erwiesen, daß die Wahlbestechungen oder Beamtenübergriffe stattgefunden hätten, während sie einige andere der behaupteten Unregelmäßigkeiten für erwiesen ansah. Da jedoch diese letzteren nach ziffermäßiger Berechnung keinen so großen Einfluß haben würden, daß nach Räumung der Wahlakte an den betreffenden Orten die Stimmenmehrheit für Weder festgestellt wurde, so beschloß die Kommission in ihrer gestrigen Sitzung, dem Plenum die Gültigkeitserklärung der Wahl Weder's vorzuschlagen.

## Soziales.

Der Beirat für Arbeiterschutz nahm in seiner letzten Sitzung nach Annahme eines Antrages auf Bestellung von Stellvertretern für die Mitglieder des Beirates, sowohl der vom Bundesrat wie der vom Reichstag gewählten, den Bericht des Ausschusses über die Ergebnisse der Erhebung, betreffend die Lohnbücher in der Kleider- und Wäscheindustrie entgegen. Die Verhandlungen ergaben, daß eine zweifelhafte Umgestaltung der Lohnbücher nur mit einer gleichzeitigen Umgestaltung des § 114a der Gewerbeordnung, also mit einer Änderung der Gesetzgebung möglich erscheint. Es wurde die Notwendigkeit einer obligatorischen Umwandlung der Lohnbücher in Abrechnungsblätter, und zwar für alle Arbeiter, sowohl für die in Zeitlohn wie in Stücklohn beschäftigten, anerkannt und der Ausschuss beauftragt, nach dieser Richtung neue Vorschläge zu machen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht des Ausschusses über die weitere Behandlung der Erhebungen in der Fleischergewerbe. Die von den befragten Organisationsstellen der Arbeitgeber und der Arbeiter sowie von den Krankenkassen gemachten Angaben über den Einfluß der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse auf die gesundheitlichen Zustände der Arbeiter im Fleischergewerbe bieten ein genügendes Material, um schon jetzt zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Es wurde daher die Einholung eines Gutachtens des kaiserl. Gesundheitsamtes zur Veranschaulichung des Materials beschlossen. Die Mitteilungen über den Stand der übrigen Erhebungen ergaben, daß sowohl bei der Fuhrwerks- wie bei der Binnenwasserfahrts- Erhebung sowie auch bei der über die Arbeitszeit in den Klammern und Wäschereien die ausgegebenen Fragebogen soweit eingegangen sind, daß das statistische Amt ihre Bearbeitung begonnen hat. Hinsichtlich der Erhebung über die Fischindustrie endlich bleibt nur noch der Eingang eines Gutachtens abzuwarten, bevor die Ergebnisse dem Beirat für Arbeiterschutz vorgelegt werden können.

Ueber „unberechtigte Rentenansprüche“ stimmen bekanntlich die Berufsgenossenschaften fortgesetzt lebhaft Klagen an, ungeachtet der Tatsache, daß in nicht geringen Fällen Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt entgegen den Ansichten der Berufsgenossenschaften solche Ansprüche für berechtigt erklären und den Verletzten oder ihren Hinterbliebenen eine Rente zusprechen müssen. Wie oft hat man leider auch von ärztlicher Seite hören müssen, daß die Unfallversicherung die Arbeiter direkt dazu verleite, unzurechtigte und unbegründete Ansprüche zu stellen. Das Gegenteil entspricht der Wahrheit: leider werden viele berechtigte Ansprüche abgewiesen, weil die Arbeiter zu lange versuchen, trotz ihrer Leiden weiter zu arbeiten und später einen Beweis schwer erbringen können. Daß die Angehörigen der sogenannten gebildeten Stände, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, die soziale Gesetzgebung für sich in Anspruch zu nehmen, weit weniger zaghaft als die meisten Arbeiter Ansprüche geltend machen, beweist ein Fall, den die Berufsgenossenschaft, das Organ des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften, zur Kenntnis bringt. Danach hatte ein Schiffsarzt Verunfallung angestrengt, weil er sich einen rechtzeitigen Leistenbruch dadurch zugezogen haben wollte, daß er infolge der Schiffsschwankungen während einer Seereise an Verstopfung gelitten hätte. Die Verunfallung wurde allerdings verworfen und zwar auf Grund eines Gutachtens des Vertrauensarztes der See-Berufsgenossenschaft, das wir, da es zu einem außergewöhnlich drastischen Schluß führt, hier folgen lassen:

Der Schiffsarzt H. glaubt, daß das Entstehen seines rechtzeitigen Leistenbruchs dadurch begünstigt worden sei, daß das Schiff während der Reise immer stark gerüttelt und daß er sehr stark an Verstopfung gelitten habe. Das Rütteln eines Schiffes während der Fahrt ist aber entschieden etwas ganz Naturgemäßes, auch Verstopfung tritt wegen ungenügender körperlicher Bewegung während der Seereise nicht selten ein. Als die direkte Ursache für Entstehung seines Leistenbruchs macht er verantwortlich das Ablassen von Darmgasen. Dieses stellt aber entschieden kein außergewöhnliches Ereignis dar und dürfte wohl zu den täglichen Vorkommnissen im Leben eines Schiffsarztes gehören. Auf einen Unfall im Sinne des Gesetzes ist somit das Leiden des H. nicht zurückzuführen.

Eine schwinghafte Ausfuhr von Arbeitskräften findet zurzeit aus Oesterreich nach dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet statt. Der Rüttenberger Bahnhofs wird seit einiger Zeit von ganzen Transporten mit Bergarbeitern aus Steiermark und Slowenien passiert, die man anfänglich für Auswanderer hielt, weil viele von ihnen ihre Familien bei sich haben. Jetzt hat sich herausgestellt, daß sie für rheinische und westfälische Gruben geworden sind, um die „unzufriedenen“ einheimischen Arbeiter unerschütterlich machen und eine allenthalben alleingewohnte Bewegung abwehren zu können. Wie man aus dem Munde der Leute selbst erfährt, werden sie von den in Oesterreich herumreisenden Agenten der Grubenbarone angeworben. Die Agenten bekommen pro Kopf 3 M. Die intelligenteren Elemente drehen, sobald sie erkannt haben, daß sie angeführt sind, dem deutschen Kohlenbau schleunigst wieder den Rücken. Auch von Oesterreich her kam

ein Zug mit einem neuen Transport von Slowenen auf dem Wege nach dem Kohlengebiet. Sie müßten einen feindlichen, indifferenteren Eindruck und bezeichnen die Wohnungen der Steiermärker nicht. — Wann endlich wird gegen diese betrübliche Überflutung von Ausländern vorgegangen werden?

## Aus Industrie und Handel.

Schutz der heimischen Landwirtschaft, das ist angeblich Zweck und Aufgabe der staatlich unterstützten landwirtschaftlichen Genossenschaften. Jedenfalls hat die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft in Stettin eine ganz eigene Auffassung von der ihr zustehenden Aufgabe, sie betätigt sich wohllos als Erwerbsgenossenschaft wie jedes andere arische oder semitische internationale Unternehmen. Sie verschleibt nämlich zum Schutze ihrer — Mitglieder russischen Weizen. Das kam so heraus! Kürzlich fand die wirtschaftliche Verdringung einer Berliner Getreidefirma statt. An der Zahlungsanweisung dieser Firma ist dieommerische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft in Stettin beteiligt, die an der Berliner Getreidebörse die mit der zahlungsunfähigen Firma eingegangenen Getreideverpflichtungen löst sich. Die Hauptgenossenschaft hatte nämlich mit der Firma selbst diese Verbindlichkeiten getätigt. Die Proben dieser zum Verkauf angebotenen Ladungen waren nur russischer Herkunft. Die schon mehrfach aufgestellte Behauptung, die Genossenschaft, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und deren Erzeugnisse vertreiben sollen, machten ganz andere Geschäfte. Und diese Geschäfte bedeuten einen doppelten Betrug. Die Behörden, Post, Proviantämter usw. sind natürlich der festen Ansicht, sie bekämen inländische Getreide; sie sind betrogen; die Mitglieder sind betrogen in der Annahme, die Genossenschaft vertretere nur ihre Interessen.

Preissteigerungen und kein Ende. Man hatte angenommen, daß die Fleischteuerung ihren Höhepunkt bereits überschritten habe. Die Gründe für weitere Preissteigerungen schienen insofern erschöpft zu sein, als der Auftrieb an Schlachtvieh wieder eine normale Höhe erreicht hatte und die Futterernte reichlich ausgefallen war. Nun wird in einer Reihe größerer Städte der Fleischpreis abermals hinaufgesetzt mit der Begründung, daß die Verteuerung der Einfuhr von Vieh und Fleisch durch die neuen Zölle diese Maßnahme erheische. So erklärte der Vorstand der freien Fleischer- und Wurstmacherrinnung in Königsbütte, daß durch das Inkrafttreten des neuen Handelszollvertrages mit Rußland das Fleisch bedeutend teurer zum Verkauf gelangen wird. In Stuttgart wurde das Pfund Kalbfleisch um 5 Pf. hinaufgesetzt. Da gerade in letzter Zeit sowohl Getreide, ganz besonders Brotgetreide, als auch Mehl etwas billiger geworden war, so nahm man an, daß die Brotpreise sich nicht entgegen dieser Tendenz bewegen würden. Statt dessen machen die Bäckereimeister in verschiedenen Orten bekannt, daß infolge der Wirkungen des neuen Zolltarifes der Brotpreis vom 1. März ab gesteigert werden soll.

Expansionsbestrebungen in Amerika. Der Stahltrust arbeitet dem Vernehmen nach daran, alle bisher von ihm noch unabhängigen großen Eisen- und Stahlwerke in den Vereinigten Staaten an sich zu bringen. Nach mehreren Meldungen will er u. a. die Erzländerei der Great Northern Eisenbahn, deren Wert auf 100 Millionen Dollar geschätzt wird, die Republic Eisen- und Stahlgesellschaft, die Tennessee Kohlen- und Eisengesellschaft, die Colorado Feuerungs- und Eisengesellschaft, die Slop-Sheffield Stahl- und Eisengesellschaft, die Labels-Eisengesellschaft und die Shenango-Hochöfengesellschaft sich angliedern. Der Kapitalwert dieser Unternehmungen wird auf zusammen 240 Millionen Dollar angegeben.

Unter Kuratel? In Tokio hat man, wie „Daily Telegraph“ meldet, zuverlässige Nachrichten aus London erhalten, die dahin lauten, daß Japan, falls es auf ausländische Hilfe bei seiner neuen inneren Anteil rechnet, eine Enttäuschung erleben wird, da die Londoner City-Firmen trotz vorläufigen Angeboten es ablehnen, an die Sache heranzutreten. Die Bedenken der Londoner Firmen werden mit der Marokkofrage, aber auch damit erklärt, in Londoner Finanzkreisen sei man der Ansicht, Japan habe bereits genug geborgt. Vielleicht hält man Rußland für kreditwürdiger als Japan. In Tokio ist man über die Ablehnung sehr überrascht.

Vom Kohlenmarkt. Daß auf dem Kohlenmarkt der Höhepunkt der Konjunktur überschritten ist, bestätigt eine Nachricht des „Vestl. G.-B.“, nach welcher auf dem ober-sächsischen Kohlenmarkt eine nicht unbedeutende Abschwächung der Nachfrage eingetreten ist.

Sanktion. Zweck Uebernahme der Deutschen Nationalbank in Bremen beantragt der Aufsichtsrat der Nordwestdeutschen Bank die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 1/2 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark. Bei Angliederung der Nordwestdeutschen Bank an den Konzern Darmstädter Bank im Jahre 1903 erhöhte die Nordwestdeutsche Bank ihr Aktienkapital von 3 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark. Die weitere Kapitalherausforderung auf 7 Millionen Mark erfolgte 1906 gelegentlich der Angliederung der Bremer-Hamburger Sparkasse Aktiengesellschaft; in demselben Jahre wurde auch die Oldenburger Bank übernommen und dann das Aktienkapital auf 8 1/2 Millionen Mark heraufgesetzt. Die jetzt angegliederte Deutsche Nationalbank arbeitet mit 15 Millionen Mark Kapital. In ihrer Uebernahme werden aber nur 12 1/2 Millionen Mark aufgewendet in der Weise, daß auf je 1200 M. ihrer Aktien eine neue Aktie der Nordwestdeutschen Bank von 1000 M. ausgegeben wird. Als treibende Kraft für die Transaktion kann wohl der Darmstädter Bank betrachtet werden, der die Verbindungen der Deutschen Nationalbank als vorteilhaft für ihre überseefischen Interessen erscheinen.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Vertrag der Auer-Gasglühlicht-Gesellschaft als gegen die guten Sitten verstößend anerkannt.

§ 138 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs setzt fest: „ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig“. Wegen die guten Sitten verstößt, was nach allgemeiner durch die Sitten betätigter Aufschauung gegen die Regeln verstößt, die für das Verhältnis der Menschen zu einander maßgebend sein sollen. Daher verstößend Verträge gegen die guten Sitten, welche z. B. gegen Rechtssätze verstoßen, die in dem Kampf der Klassen Anerkennung im Gesetz gefunden haben. Es sind daher nichtig z. B. alle Abreden, welche die persönliche Freiheit, die Koalitionsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Wahlrecht beschränken oder das Recht auf Bezahlung für geleistete Arbeit ausheben oder einen besonders niedrigen Lohn, sogenannten Hungerlohn, unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit des Arbeiters festsetzen. Dementgegenüber hat z. B. das Stuttgarter Gewerbegericht unter dem 26. April 1900 einen Vertrag für nichtig erklärt, der für eine Räuberin einen Monatslohn von 26 M. festsetzte. Von demselben Gesichtspunkte aus wären so ziemlich alle Heimarbeiterverträge nichtig und an Stelle der nichtigen Hungerlöhne der Arbeit entsprechende zu setzen. Leider unterlassen die Heimarbeiter noch nicht dem Gewerbegericht. Denn das darf als ausgemacht gelten; lediglich Laiengerichte sind in der Lage, sich von dem formaljuristischen loszulösen und dem materiellen Recht zum Siege zu verhelfen.

Die Einrichtung der Kaufmannsgerichte zeigt von Tag zu Tag deutlicher, daß auch Arbeitsverträge kaufmännischer Angestellter oft alle Talbestandsmerkmale der Nichtigkeit wegen Ausbeutung der Notlage und der Unerfahrenheit des Kaufmannsgehilfen aufweisen. Und solche Verträge können, wie nachstehender Fall zeigt, auch bei sehr potenten Altiengesellschaften vor. Er zeigt, daß noch weniger als Hungerlöhne, nämlich Fortfall jeden Lohnes in der Tat vereinbart werden.

Der Kausantur F. machte gestern vor dem hiesigen Kaufmannsgerichte einen Provisionsanspruch von 181,75 M. gegen die Auer-Gasglühlichtgesellschaft geltend. Der Kläger war bei der Gesellschaft gegen ein Monatsgehalt von 78 M. und

5 Proz. Provision von den eigenen Verkäufen engagiert. Er hatte sich im Laufe seiner Tätigkeit auch bei der Grammophongesellschaft um Erlangung eines Auftrages bemüht. Eine Bestellung konnte er zwar nicht erhalten, sie war ihm indessen für später bestimmt zugesagt worden. Nach seinem Fortgange von der Auer-Gesellschaft erfolgte auch der ihm versprochene Auftrag in Höhe von 3820 M. Trotz dem der Kläger vom Direktor der Grammophongesellschaft eine Bescheinigung beibrachte, daß der Auftrag infolge der Vermittlung des Kausanturs F. erfolgt sei, verweigerte die Auer-Gesellschaft die Provisionszahlung. — In der gestrigen Verhandlung wies der in Vertretung der besagten Firma erschienene Geschäftsführer auf den Engagementsvertrag hin, den der Kläger unterschrieben hatte. Es heißt in dem Vertrage unter anderem: „Nicht provisionspflichtig sind Nachbestellungen, sofern sie nicht von Ihnen aufgenommen werden. Ich habe nur auf die während meiner Tätigkeit eingehenden Aufträge Provisionsanspruch. Mit Ende meiner Stellung erlischt jeder Provisionsanspruch.“ Auf die Frage des Vorliegenden, wer denn eigentlich die Provision an Stelle des Klägers zu bekommen habe, wußte der Vertreter der Beklagten keine Antwort zu geben. Der Kläger rechtfertigte seine Unterchrift so: „Man unterschreibt ohne viel Überlegung und sieht erst in der Provis, wie man hineingelegt worden ist.“

Das Kaufmannsgericht verurteilte nach kurzer Beratung die Auer-Gesellschaft zur Zahlung des Provisionsanspruches von 181,75 M. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Auftrag zweifellos durch den Kläger asquiriert worden sei. Der Vertrag aber, nach welchem der Kläger auf jeden Provisionsanspruch mit Ende seiner Stellung verzichtet, sei rechtsungültig, da er gegen die guten Sitten verstöße. Er könne daher auch nicht von der Beklagten als Beweismittel herangezogen werden.

Die Entscheidung des Kaufmannsgerichtes entspricht dem Wortlaut und Sinne des § 138 B. G. B. Es wäre zu wünschen, daß von dieser Bestimmung öfter Gebrauch gemacht wird, damit ihr sozialer Zweck erreicht wird.

Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit. „Dreht euch nicht um, der Ullmann geht um!“ Ein unter dieser Signatur in der „B. a. R.“ veröffentlichter Artikel hat eine Anklage gegen den Redakteur Dr. Georg Korn wegen Verleumdung des Provinzialschulrats Ullmann zur Folge gehabt. In dieser Angelegenheit haben schon mehrere Hauptverhandlungstermine stattgefunden und auch gestern fand wieder ein solcher vor der Strafkammer des Landgerichts I an. Eine ganze Reihe von Schulmännern waren als Zeugen geladen. In dem Artikel wurde die von Herrn Provinzialschulrat Ullmann geübte Art der Schulaufsicht abfällig besprochen und auf sie indirekt der Selbstmord zweier Berliner Gemeindefullehrer zurückgeführt. Auch der gestrige Termin verließ der Verhandlung, weil ein unentbehrlicher Zeuge fehlte und weil Rechtsanwalt Dr. Löwentz in als Verteidiger des Angeklagten einen Ablehnungsantrag gegen einige Mitglieder des Gerichtshofes wegen Befangenheit gestellt hatte. Dieser betraf diejenigen Mitglieder der Kammer, welche bei einem früheren Urteil gegen denselben Angeklagten mitgewirkt haben. Die Befangenheit wird aus dem Umstand hergeleitet, daß in jenem Urteil bei der Erwägung der Gesichtspunkte für die Strafbemessung auch auf die Tendenz des vom Angeklagten vertretenen Blattes Bezug genommen, während diese Tendenz in der betreffenden Verhandlung gar nicht berührt worden sei. Die Entscheidung über den Ablehnungsantrag wird dem Verteidiger schriftlich zugehen. — Das Gesetz verlangt, daß lediglich aus den in der mündlichen Verhandlung zur Sprache gekommenen Tatsachen der Richter sein Urteil zu bilden habe. Gegen diesen Grundsatz wird nicht selten gefehlt. Der Angeklagte ist gegen solche Gesetzverletzung formell vor dem Reichsgericht klaglos, weil das Reichsgericht unterstellt, das Urteil sei auf Grund der mündlichen Verhandlung gefällt und nicht einmal einen Gegenbeweis zuläßt. Viel erheblicher wäre die Klage, daß der Richter auf die Tendenz, mag sie in der Verhandlung berührt sein oder nicht, überhaupt Rücksicht nimmt. Eine Rechtsprechung, die auf die Tendenz des Angeklagten oder des Blattes, für das er die Verantwortung trägt, zugunsten des Angeklagten Bezug nimmt, fällt ein tendenziöses Urteil. Vor einen unparteiischen Richterstuhl gehören aber lediglich die Handlungen, nicht die Tendenzen eines Angeklagten. Das Reichsgericht hat freilich in politischen Prozessen gegen Sozialdemokraten seinen „Verstoß gegen eine Rechtsnorm“ darin gefunden, daß die politische Tendenz eines Angeklagten oder gar der Partei, der er angehört, zum Gegenstand der Urteilsfindung gemacht ist.

Wegen Unterschlagungen im Amte war der frühere Hilfsgerichts-vollzieher Max Bernig vor dem Schwurgericht des Landgericht II angeklagt. — Der Angeklagte, Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, war seit März vorigen Jahres bei dem Amtsgericht Charlottenburg als Hilfsgerichts-vollzieher angestellt und bezog als solcher ein Monatsgehalt von 76 Mark. Er geriet in Schulden und nach und nach in große Verdrängnis. Als er schließlich nicht mehr aus noch ein wußte und die Gläubiger ihm mit einer Anzeige bei seiner vorsehenden Behörde drohten, vergriff er sich das erste Mal an den von ihm eingezogenen Geldbeträgen. Es war zwar nur eine kleine Summe, mit welcher er den ungeliebtesten Gläubiger beruhigen wollte, immerhin wußte diese Summe bei der Abrechnung geschickt verbuddelt zu werden. Die Folge war, daß B. nach kurzer Zeit einen größeren Betrag veruntreute, den er dann durch eine falsche Eintragung in die zur Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben vorhandenen Bücher und Register verbuddelte. Die Beträge wurden immer größer und infolgedessen auch die Gesamtsumme des defraudierten Geldes. Durch eine unermittelte Revision kamen im August vorigen Jahres die Veruntreuerungen des Angeklagten ans Licht. Sein alter Vater trat zwar sofort für den angeklagten Schaden ein und stellte 1200 M. der Behörde zur Verfügung, die vorliegende Anklage konnte jedoch nicht abgewendet werden. — Vor Gericht war B. geständig. Rechtsanwalt Tallert wies darauf hin, daß die größte Schuld, daß der unbestraute Angeklagte auf den Weg des Verbrechens geraten sei, wohl die geradezu jämmerliche Besoldung der Hilfsgerichts-vollzieher trage, wofür diese allerdings berechtigt wären, sich stolz „Beamter“ nennen zu können. Aus diesem Grunde rechtfertigte sich auch der Antrag auf Jubilung mildernder Umstände. Die Geschworenen bejahten die Schuldfraßen im Sinne der Anklage unter Jubilung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen arbeitsfähigen Vertrauensmißbrauch eines Beamten handele trotz der Jubilung mildernder Umstände auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Da bei der Höhe der Strafe Fluchtverdacht vorlag, wurde B. sofort verhaftet.

## Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Schöneberg und Umgegend hält am Montag, den 12. März, seine regelmäßige Vereinsversammlung in Weinmühs Klubhaus, Hauptstr. 53 ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Fräulein Wahr über Die Frauenarbeit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. 2. Würdigung von sämtlichen Vereinsvergütungen und Massenbericht. Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Aktion, Köpenick. Die nächste Mitgliederversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins fällt wegen der drohenden öffentlichen Frauenversammlung, die am Mittwoch, den 14. d. M., im Kaiserhof stattfindet, aus. Um recht zahlreiches Erscheinen in der öffentlichen Versammlung ersucht Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9079.

**Achtung! Schlosser! Achtung!**

Sonntag, den 11. März 1906, vormittags 10 Uhr,

(fünf Minuten vom Bahnhof Börse) im „Palast-Theater“, Burgstr. 24, früher Geopalaß:

## Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Meister-Kommission betreffs des neuen Tarifs, und wie stellen sich die Kollegen zu den Vorschlägen der Meister-Kommission?

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, 11. März, vorm. 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Gehälter der Verbandsangestellten.
2. Anträge und Stellungnahme zum Verbandstage. Die Forderungen der Stellmacher.
3. Antrag der Werkstätte Marktwiczy.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 81/17

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 11. März 1906, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Köpenickerstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Baukommission. 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstage. 3. Anträge zum Verbandstage. 4. Geschäftliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

81/26

### Zur Beachtung!

Die Zahlstelle 11 ist von der Müllerstraße 11

nach der Hagenstraße 6 bei Fahrow verlegt.

Desgleichen Zahlstelle 24 von der Eisenbahnstraße 7

nach der Muskauerstraße 9 bei Conrad.

## Pankstraße, Ecke Thurneyßerstraße. Platz am neuen Amtsgericht Wedding.

Die zwei letzten Tage.

Nur noch heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, 11. März, geöffnet: Haase's umschlossene elektrische konzentrische Stufenbahn.

Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen! 3496  
Unwiderstehlich nur noch heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, geöffnet.

# Zentral-Verband der Böttcher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 11. März, nachmittags 2 Uhr:

## Außerordentl. Vereinsversammlung

bei Witte, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Lohnbewegung in der Bierbrauerei.
2. Die Fragestellung der Kollegen in der chemischen Fabrik Gebr. Heil-Charlottenburg und der chemischen Fabrik Runge in Nieder-Schöneweide.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Versammlung wird Punkt 2 Uhr eröffnet. Nichtmitglieder haben Zutritt.

# Verband der hantewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

## Sektion der Putzerträger.

Sonntag, den 11. März, mittags 12 Uhr, im Lokal von Wernau, Schwedterstraße 23:

### Versammlung

aller als Putzerträger beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: 33/12\*  
1. Der Beschluß der letzten Versammlung und wie ist derselbe am besten durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## Sektion der Töpferträger.

Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, Rosenthalerstraße 57:

### Sektions-Versammlung.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Um zahlreiches Erscheinen zu dieser Versammlung ersucht  
Der Zweigvereins-Vorstand.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebüchel.  
(Endstation der „Stern“-Dampfer)

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

Empfehle mein altes, herliches am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Kegelbahnen, große Kaffeehäuser. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Frühjahrs-Paletots!  
Frühjahrs-Anzüge!

# Allen voran

sagten wir uns vor einem Jahre, als wir unser Geschäft gründeten,

## auch heute

stehen wir wiederum allen voran.

# Warum? Weil wir

mit dem heutigen Tage eigene große Betriebswerkstätten eröffneten.

# 9438 Herren

tragen während des ersten Jahres unseres Bestehens unsere Konfektion. Dieses dürfte ein beides Zeugnis von unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit ablegen. Wir haben auch jetzt zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison große Abschlüsse mit den allerbedeutendsten Fabriken gemacht, so daß wir in der Lage sind, unsere alten Grundsätze hochzuhalten.

Einsegnungs-Anzüge!  
Prüfungs-Anzüge!

Unsere Grundsätze:

- Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
- Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
- Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
- Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
- Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
- Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.

# LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

## Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß.

Da wir unsere sämtlichen Maßsachen in eigenen großen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten anfertigen lassen, so richten wir an unsere werten Kunden die ergebene Bitte, uns Maßbestellungen für die Frühjahrsaison schon jetzt zu machen. Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an das Publikum, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Sachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können.

Die jetzt bestellten Sachen können auf Wunsch auch später abgenommen werden.  
Auf vielseitiges Verlangen aus unserem werten Kundenkreise, denen es nicht möglich, am Jubiläumstage ihre Einkäufe zu machen, haben wir uns entschlossen, auch diesen Sonnabend, den 10. und Sonntag, den 11. März, beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante bunte Weste gratis zu verabfolgen.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.  
Eigene große Betriebswerkstätten: Neue Hohrechtstr. 59-60.

## Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreee gelegene, mit Veranden und Hallen versehene circa 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampfuranlage der Stern-Gesellschaft. 5685L\*

**Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.**  
△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△  
In meinen Festsälen Rüdorsdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.  
Hochachtungsvoll

Albert Scheruch, Rüdorsdorferstr. 45.

**Vereine!**  
Zum 1. und 2. Osterfeiertag ist Saal (auch Säbne) frei geworden.  
Kommandantenstr. 72, Klubhaus.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spargelstraße für 29/114, Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Raucht **Spree-Blume-Zigaretten.**

## Wir empfehlen März-Literatur: Die deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49. Von W. Bloss. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. In Brachband gebunden. Früherer Ladenpreis M. 5,70, jetzt M. 5,-.

## Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.

Vollständig dargestellt von L. Perrier. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. In Brachband gebunden. Früherer Ladenpreis M. 6,50, jetzt M. 5,-.

## Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Preis M. 1,-  
In dieser merkwürdigen Studie wendet der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum erstmaligen diese Methode an zur Aufhellung der treibenden sozialen Momente der 48er Revolutionsperiode. Die Engels'sche Einleitung gibt mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart eine Geschichte der Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und zum Umsturz.

## Revolution und Konter-Revolution in Deutschland.

Von Karl Marx. — Deutsch von Karl Kautsky. Preis M. 2,-.  
Das Buch ist eine ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

# Verband deutsch. Gastwirtsgehülfen

(Ortsverwaltung Berlin.) Dircksenstr. 39 l. Amt III. 1813.

## „Pracht-Säle des Ostens“ (Zuhaber: Gastwirt Kranz) Frankfurter Allee 151/152

Wt, da auch die neuerdings am 14. Februar stattgefundenen Verhandlungen, an welchen der Vorstand des Zentral-Vereins und der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommision beteiligt waren, zu keiner Einigung führten, 289/11

für organisierte Gastwirtsgehülfen **gesperrt.**

Der Aktions-Ausschuß der Wahlvereine von Groß-Berlin veröffentlichte nachstehende Mitteilung im „Vorwärts“:  
Dem Wunsche der Parteigenossen folgend, hatte sich der Aktionsauschluß im Verein mit der Berliner Gewerkschaftskommision bemüht, die zwischen der Ortsverwaltung des Verbandes der Gastwirtsgehülfen und dem Restaurateur Kranz (Bachstraße des Ostens) entstandenen Differenzen beigegeben, doch sind unsere Bemühungen ohne Erfolg gewesen.

Wir nehmen daher Abstand, die Kranz'schen Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151/52, zu Versammlungen oder Vergnügungen zu benutzen, bis die obschwebenden Differenzen geregelt sind."

NB. Wir ersuchen alle Vorstände und Komitees, soweit sie bei Herrn Kranz Versammlungen und Vergnügungen abgemacht haben, uns gefl. ihre Adressen anzugeben, damit wir in der Lage sind, über die Ursachen der Sperrte die notwendige Aufklärung zu geben.



# Kaufhaus Franz Sonntag

Leipziger Strasse 75-76  
am Dönhoffplatz

eröffnet am Montag, den 12. März in dem Neubau des alten Abgeordnetenhauses ein

## Modewarenhaus I. Ranges

Dieses Kaufhaus mit den modernen, über 3000 Quadratmeter umfassenden und vier grossen Lichthöfen versehenen Verkaufs-Räumen bildet eine

## Sehenswürdigkeit von Berlin

Das Kaufhaus führt nachstehende Artikel in nur gediegenen Qualitäten und in denkbar reichhaltigster Auswahl:

Kleiderstoffe

Leinen

Wäsche

Damen-Putz

Tricotagen

confection. Weisswaren

Herren-Artikel

Kurzwaren

Gardinen

Seidenstoffe

Baumwollwaren

Corsets

Schleier

Strümpfe

Bänder

Schirme

Passementrie

Teppiche

Waschstoffe

Tischzeuge

Schürzen

Spitzen

Handschuhe

Taschentücher

Stöcke

Wollwaren

Möbelstoffe

Damen-, Herren-, und Kinder-Schuhwaren. ♦ Damen-Confection.  
Blusen. ♦ Matinés. ♦ Morgenröcke. ♦ Unterröcke. ♦ Knaben- u. Mädchen-Confection.



### Die Maßregelungen bei der Großen Berliner Straßenbahn vor der Aktionärsversammlung.

Gestern hielten die Aktionäre der „Großen Berliner“ ihre jährliche Generalversammlung ab. Es war die übliche Zusammenkunft honetter Geldmänner, die sich bewußt sind, ihre „Werte“ sicher und rentabel angelegt zu haben. Ueber der Versammlung schwebte denn auch der Geist einer latten, stillvergnügten Selbstzufriedenheit. Wie sollte es auch nicht! Die „Große“ macht Jahr für Jahr Bombengeschäfte, die Aktien stehen hoch und die Dividende ist fett. So salzteten die Herren Aktionäre denn seelenruhig die Hände über ihren Väandern zusammen und hörten mit behaglichem Schmunzeln den Bericht der Geschäftsleitung mit an. Doch das Stilleben der Versammlung wurde recht unruhig unterbrochen, als der erste Debatterer zum Wort kam. Es war dies der Vorsitzende des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, Oswald Schumann, der mit mehreren anderen Vertretern der Organisation ebenso als — Aktionär zur Teilnahme an der Versammlung berechtigt war. Bekanntlich hat ja der Verband seinerzeit Aktien der „Großen Berliner“ erworben und sich damit das Recht gesichert, durch seine Bevollmächtigten sowohl der Direktion als auch den Herren Großaktionären die Wünsche und Beschwerden der Straßenbahngestellten wenigstens einmal jährlich von Angesicht zu Angesicht vorbringen zu können. Daß es dabei nicht ohne hebre Kritik abgeht, dürfte bei der bekannnten „Fürsorge“ der Direktion für das Straßenbahnpersonal sowie aus dem Umstände heraus, daß es die Direktion sonst grundsätzlich ablehnt, bei Lohnfragen und in Beschwerdenfällen mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, nur allzu begreiflich erscheinen. Schumann hatte denn auch diesmal keine Ursache, bluter dem Berge zu halten. Er kennzeichnete zunächst die Lohnverhältnisse der Straßenbahner als dringend verbesserungsbedürftig und hielt dabei der Versammlung vor, daß es jedenfalls gescheiter gewesen wäre, die halbe Million, die der bekannte Prozeß der „Großen Berliner“ gegen die Stadt Berlin gekostet hat, zur Aufbesserung der Löhne für die Bediensteten zu verwenden, denn jedem Einkünftigen habe es eigentlich von vornherein klar sein müssen, daß die „Große Berliner“ kein obliegende Urteil erstreiten könne. Sodann wandte er sich scharf gegen die jüngst erfolgte Maßregelung von acht Fahrern und Schaffnern, die, obwohl tüchtig im Dienste, so doch entlassen worden waren, weil sie dem Transportarbeiter-Verbande angehört hätten. Von illegaler Agitation der Entlassenen, geschweige denn von Verhöhnung anderer Angestellten, könne gar keine Rede sein. Die Direktion habe nach dem berühmten Muster der „Herren im Hause“ zweifellos nur ein Exempel statuieren wollen, weil die letzten Wahlen der Vertrauensmänner und Krankenkassendelegierten ein so überraschendes Ergebnis zugunsten des Verbandes gezeitigt haben. Da seien denn diese acht unter bereitswilliger Berücksichtigung schädlicher Denunziationen aus der Masse der Verbandsangehörigen herausgegriffen worden, da man sie eben alle nicht entlassen konnte. Der beste Beweis für eine bewußte Maßregelung wegen der Verbandszugehörigkeit liege in der Tatsache, daß den Entlassenen nicht einmal Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die ihnen zur Last gelegten Beschuldigungen gegeben wurde. Damit sei die vielgerühmte Gerechtigkeit der Direktion zur Genüge charakterisiert. Trotz alledem möchten sich die Herren Direktoren wie auch Aktionäre nicht einbilden, daß sie die Organisation in ihrem Betriebe loswänden; sie würden mit derartigen Maßnahmen die Unzufriedenheit unter den Angestellten im Gegenteil nur fördern. Sollte es denn aber über kurz oder lang wieder zu einem explosionsartigen Ausbruch der Unzufriedenheit kommen, dann möge man nicht die Organisation, sondern die Direktion dafür verantwortlich machen. — Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß diese Ausführungen kein besonders freundliches Echo in der Versammlung weckten. Die Herren waren eben jählings aus ihrer beschaulichen Ruhe aufgeschreckt worden und quitierten ihrerseits nun mit lautem Murren, heftigen Zwischenbemerkungen und permanenten Schlußrufen, durch die sich Schumann aber nicht im mindesten irritieren lassen. Geradezu entsetzte Gesichter aber gab es, als auch noch der Verbandsvertreter Schulzki die Kritik Schumanns unverdrossen weiterführte. Da trat denn der Generaldirektor Dr. Wicke auf den Plan und suchte die Ausführungen der beiden Vordredner zu entkräften. Er sang sein eigenes Loblied in allen Tonarten und räumte die „gewaltige Existenz“ des Straßenbahnpersonals sowie die Wohlfahrtsleistungen der Gesellschaft. Dagegen bezeugte er die Entlassung der acht Angestellten als eine zwingende Notwendigkeit, die erfolgt sei, um die Straßenbahner „von dem Terrorismus und der Tyrannei des sozialdemokratischen Transportarbeiter-Verbandes zu befreien“. Während dieser Rede glätteten sich die vorhin so entkräfteten Gesichter der Aktionäre wieder, und der Herr Generaldirektor konnte seinen „wohlverdienten“ Beifall einheimen. — Zum größten Verdruß der Versammlung aber konstatierte Schumann und Schulzki hierauf, daß „Tyrannei und Terrorismus“ zwar nicht von dem Verbands, sondern von der Direktion geküßt werde, die sich nicht entblödet, das Betriebspersonal zu Mitgliedern des „Vereins der Straßenbahngestellten“ zu pressen und den Leuten in gelegentlich Weise den Vereinsbeitrag vom Lohne abzuziehen. Wenn der Herr Direktor aber damit zu brillieren suche, daß er den Lohn eines Fahrers nach zwölfjähriger Dienstzeit auf 1775 M. berechne, so müsse dem entgegengehalten werden, daß dies lediglich die Ausnahmehöhe für Angestellte mit der höchsten Dienstzeit sei. Das Gros der Angestellten erreichte diesen Lohnsatz auch nicht annähernd. Es sei dies auch gar kein Wunder, da die Gesellschaft noch Löhne zahlt, die nicht einmal den ortsüblichen Tageslohn übersteigen. Diese Tatsachen vermute denn auch niemand zu überlegen. — Nach dieser Debatte gewannen die Herren Direktoren und Aktionäre so allmählich ihr seelisches Gleichgewicht wieder, was sich am besten darin äußerte, daß einige von ihnen die Abschaffung des jetzigen 10 Pfennig-Tarifs und dafür die Einführung des 15 Pfennig-Tarifs wünschten. „Leider“ mußte ihnen bedeutet werden, daß infolge des Vertrages mit der Stadt den Aktionären diese Träumen zu hoch gehängt seien. Einer der Herren meinte dabei verdrücklich, der vermisste 10 Pfennig-Tarif sei auch so eine von den unangenehmen Einrichtungen, die man der „äußersten Linken in der Stadtvertretung zu verdanken“ habe. Weiter hatten die honetten Geldmänner in der Hauptsache nichts zu monieren.

Soweit der uns von einem Berichterstatter zugegangene Bericht. Wir erhielten aber auch noch einen anderen vervielfältigten Bericht, in einem mit dem Firmenaufdruck der Straßenbahngesellschaft versehenen Couvert. Die Direktion hat demnach selbst für eine ihr genehme Berichterstattung gesorgt. In dem zugunsten der Gesellschaft schon fröhlichen Bericht interessiert uns folgender Passus:

Herr Dr. Wicke gab darauf zahlenmäßige Angaben über das Einkommen der Angestellten. Das Jahreseinkommen eines Fahrers, der mit 21 Jahren ohne besondere Vorkenntnisse bei der Verwaltung eintreten kann, beträgt nach zwölfjähriger Anstellungzeit insgesamt circa 1800 M. Der Verwaltung entstehen ferner an Wohlfahrtsausgaben jährlich weitere 110 M. pro Kopf, von gegnerischer Seite werden über diese Dinge falsche Zahlen vorgebracht. So wurde in einem Artikel des sozialdemokratischen Parteiorgans vom 18. Februar behauptet, daß auf 1 M. Lohnsumme 1,13 M. Reingewinn der Gesellschaft entfalle. In Wirklichkeit stellt sich diese Zahl auf höchstens 69 Pf. Weiter rechnet der Artikel eine Jahresdurchschnitts-Lohnsumme von 991 M. heraus: die tatsächliche Durchschnitts-Lohnsumme beträgt jedoch 1400 M. Mit solchen Waffen wurde seitens des Verbandes gekämpft; da sei es doch unbedingt notwendig, dagegen einzuschreiten und die Tyrannei,

die der Verband auf die Angestellten auszuüben bestrebt ist, abzuschütteln.

Bewußt oder unbewußt, die Qualifikation des Herrn Dr. Wicke entscheidet darüber, ist mit seiner Gewalt an die Adresse des „Vorwärts“ die Generalversammlung getätigt worden. Wir können auf sittliches Entrüstungspatros la Dr. Wicke verzichten und sehen ihm gegenüber die besseren Waffen der — Richtigkeit zur Verfügung. Zahlen beweisen. In der angezogenen Nummer schrieb der „Vorwärts“:

„Wie wir bereits mitteilten, gelangt eine Dividende von 7½ Proz. zur Verteilung, was eine Summe von 9292204 Mill. Mark beansprucht. Die Dividendensumme ist mithin immer noch größer als die gesamte Lohnsumme. Auf je eine Mark Lohnanteil entfallen 1,13 M. Reingewinn! Wenn die Gesellschaft den Anschein zu erwecken sucht, als ob sie ihre Angestellten besonders glänzend besolde, so muß dem doch entschieden widersprochen werden. Legt man die Anzahl der Ende 1905 beschäftigten Personen (einschl. Bauarbeiter) der Berechnung zugrunde, dann ergibt sich eine Jahresdurchschnitts-Lohnsumme von rund 991 M. Das sind wirklich keine Glanzlöhne und sie erheben sich — trotz der reklamenhaft betonten Lohnsteigerungen — nur 5 M., sage und schreibe fünf Mark, über die Durchschnittslohnsumme im Jahre 1904! Bei diesen Lohnangaben darf zudem nicht vergessen werden, daß sie auch die Gehälter der Verwaltungsbeamten enthalten. Die Verwaltung sollte sich mit ihren Lohnsteigerungen nur nicht aufs hohe Pferd setzen.“

Im jedem Falle der Nachprüfung zu gestatten, setzen wir aus dem Geschäftsbericht der Gesellschaft folgende Angaben hierher:

Nach der beizugesetzten Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, welche nach Vorschrift der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen aufgestellt, vom Aufsichtsrat genehmigt, von den bestellten Revisoren geprüft und in ihren Ergebnissen mit den Büchern der Gesellschaft übereinstimmend befunden worden sind, ergibt sich für das Geschäftsjahr 1905 einschließl. des Vortrages aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 9292204,23 M., welcher gestattet, nach angemessenen Abschreibungen der Generalversammlung die Festsetzung einer Dividende von 7½ Proz. auf das Aktienkapital von 100 082 400 M. in Vorschlag zu bringen.“

Die Ausgaben für Gehälter und Löhne an die Betriebsbediensteten und Verwaltungsbeamten sind infolge der planmäßigen Gehaltssteigerungen sowie durch die erforderlichen Personalvermehrungen um 574 072,54 M. bis zum Gesamtbetrage von 8 423 039,57 M. angewachsen.“

9292204,23 M. Reingewinn, 8 423 039,57 M. Gehalt. Das macht nach dem Wicke auf 1 M. Lohn 1,1 M. Reingewinn! Im Geschäftsbericht heißt es dann weiter:

Am Schlusse des Jahres befanden sich einschließl. der Bauarbeiter 8496 Personen gegen 7958 im Jahre 1904 im Dienste.“

Diese Angaben haben wir, wie obiges Zitat andeutscht, unserer Berechnung zugrunde gelegt. Sie ergibt folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Beschäftigten	Gesamt-Lohnsumme M.	Durchschnittslohn pro Kopf rund M.
1904	7958	7 848 067	986
1905	8496	8 423 039	991

In unsere Angaben kann Herr Dr. Wicke nicht rütteln, oder er muß dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht Lügen strafen. Das Urteil über solche Art Irreführung der öffentlichen Meinung, wie die Behauptungen des Herrn Wicke bedingt, können wir den Lesern überlassen.

### Eine „Konföderation der Arbeit“ in Italien.

Rom, 7. März. (Fig. Ver.) Wie bekannt, hat die italienische Gewerkschaftsbewegung zwei Formen der Organisation: die gewerkschaftlich organisierten in e n d Ortes bilden zusammen die Arbeitskammer, während die gewerkschaftlich organisierten eines Berufes die federazione, die zentralisierte Gewerkschaft bilden. Die Arbeitskammern bilden den Brennpunkt des proletarischen Lebens in einer Stadt; ihre Ausschüsse übernehmen nicht nur die Leitung der lokalen Streiks, sondern führen die Agitation in politischen und kommunalen Fragen, richten Unterrichtskurse, Stelldvermittlung ein, organisieren Demonstrationen, sorgen für die lokale Propaganda usw. Die föderation dagegen stellt sich vor allem die Aufgabe, die Arbeiter ihres betreffenden Berufes zu organisieren und die Lohnbewegungen zu leiten. Im industriellen Norden liegt das Schweregewicht bei den föderationen, im Süden bei den Arbeitskammern. Nach Angabe des Abgeordneten Cabrini sind in den föderationen zurzeit 170 000, in den Arbeitskammern 50 000 Arbeiter organisiert. Eine Statistik darüber ist im Gange; und scheint die Zahl der Mitglieder der Arbeitskammern viel zu tief gegriffen.

Beide Organisationen gemeinsam wählten bisher das „Sogro-tariato della Resistenza“, dem die Leitung der ganzen wirtschaftlichen Bewegung des Landes oblag. Dieses Sekretariat hat aber nie in der wünschenswerten Weise funktioniert, weil es von Anfang an durch den Widerspruch der Tendenzen (Reformisten und Revolutionäre) gehemmt und gelähmt wurde und die Interessen der Arbeitskammern denen der Gewerkschaften entgegen waren. Nach dem Eisenbahnerstreik gaben alle Mitglieder des Sekretariats, dem mehrere Organisationen ihr Vertrauen ausgesprochen, ihre Demissionen. Keineswegs konnten lange Zeit nicht vorgenommen werden, da die reformistischen Arbeitskammern sich weigerten, an der Wahl teilzunehmen. Schließlich wurde das Sekretariat gewählt, ohne Beteiligung eines Teiles der reformistischen Arbeitskammern. Es hat aber bis jetzt seine Funktionen nicht aufgenommen. Im diesem Zustande der Desorganisation ein Ende zu machen, hat nun die Metallarbeitergewerkschaft vorgeschlagen, eine „Konföderation der Arbeit“ zu bilden, an deren Spitze ein „Consiglio federale del Lavoro“, ein Bundesrat der Arbeit stehen soll, in den alle zentralisierten Gewerkschaften ein ihrer Mitglieder entsenden. Ein allgemeiner Gewerkschaftskongress wählt das Comitato confederale, das Exekutivkomitee für die Entschlüsse des Kongresses und des Bundesrates.

Auf Anregung der Metallarbeiter hat nun am 4. d. M. in Mailand eine Zusammenkunft stattgefunden, die die Basis der neuen Konföderation schaffen sollte. Es waren folgende Gewerkschaften vertreten: Lithographen, Wäcker, Schuhmacher, Krankenwärter, Stein-gutarbeiter und verwandte Berufe, Staatsarbeiter, Privatangestellte, Metallarbeiter, Regilarbeiter, Gasarbeiter, Bauarbeiter, chemische Arbeiter, Maschinenarbeiter, Holzarbeiter und die im Sindaonto organisierten Eisenbahner. Die im Riscatto organisierten Eisenbahner haben ihre Zustimmung zum einzuberufenden Kongress davon abhängig gemacht, daß dieser vom alten Sogro-tariato della Resistenza angeleitet werde. Die Gewerkschaften der Buchdrucker und der Landarbeiter haben von der Ernennung von Delegierten abgesehen und im Mitteilung der Ergebnisse der Zusammenkunft geblieben.

Diese Ergebnisse sind ganz nach dem Vorschlag der Metallarbeiter ausgefallen. Es wurde beschlossen, eine Konföderation der Arbeit“ zu gründen, die ausschließlich aus den Mitgliedern der Gewerkschaften, nicht der Arbeitskammern bestünde. Zu dieser Gründung soll im Laufe dieses Jahres ein Kongress in Mailand zusammen-treten, in dessen Organisationskomitee die Genossen Berzi, Bremoli Siglono, Veraudo und Suzzani gewählt wurden. Alle Gewerkschaftsfunktionen haben das Recht, Delegierte zu entsenden, soweit sie nicht weniger als 50 Mitglieder zählen. Bei der Abstimmung wird nach der Zahl der Vertretenen gezählt.

Die verhältnismäßig große Unmitteligkeit, mit der die Gewerkschaften die Zusammenkunft in Mailand beschickt haben, zeigt deutlich an, daß ein dringendes Bedürfnis nach strengerer Organisation in der hiesigen Gewerkschaftsbewegung besteht. Es ist begreiflich, ja es liegt in der Natur der Sache, daß die

Arbeitskammern, die lokale Interessen verfoern, der Zentralisation entgegenarbeiten und im Grunde entspricht ihr Zusammen-schluß keinem wirklichen Bedürfnis. Zu hoffen ist nur, daß das Exekutivkomitee der geplanten „Konföderation der Arbeit“ sich nicht allzu sehr bürokratisiere und nicht Organe schafft, die noch keine Funktion, also keinerlei Lebenswahrscheinlichkeit haben. Auch der Plan, eine Wochenzeitung und eine monatliche Zeitschrift herauszugeben, zeigt, daß das Komitee die Mittel der zu schaffenden Organisation überschätzt. Zu wünschen ist auch, daß der Streik der „Tendenzen“ nicht allzu sehr die organisatorischen Zwecke über-wuchere. Schon jetzt spricht man davon, daß die „Konföderation“ von den Reformisten geplant und gefördert worden sei, um die syndikalistische Richtung, die sich hier wie in Frankreich auf die Arbeitskammern stützt, zu hemmen und zu schwächen. —

### Versammlungen.

#### Konservative Versammlungskomitee.

Am Sonntag, den 4. März, fand in dem Volkstischen Lokal in Reuenhagen eine vom konservativen Volkverein einberufene Versammlung statt, zu welcher man außer Bestimmungsgenossen — auch Briefträger, Bahnarbeiter, Gutsarbeiter usw. eingeladen hatte, um den Saal zu füllen. Die Gutsbesitzer und Bauern der Umgegend waren stark vertreten. Enthielt nun das, was in der Versammlung gesprochen wurde, auch gerade nichts Neues, so mochten wir den Parteigenossen doch nicht vorenthalten, wieder einmal Einsicht in die geistige Beschaffenheit jener konservativen Herren zu geben. Der folgende Versammlungsbericht soll wieder einmal zeigen, mit welchen Mitteln man von gegnerischer Seite den Kampf gegen Ideen führt. —

Vorsitzender Stadtrat Dahms eröffnet die Versammlung und kommt auf die erste konservative Versammlung im Jahre 1903 zu sprechen, an welcher auch Sozialdemokraten teilgenommen, das Gaskrecht aber schände durch Zwischenrufe gemißbraucht hätten, er erwarte deshalb, daß sich die heute anwesenden Herren von der roten Fahne etwas ruhiger betragen würden. Die Sozialdemokraten seien zwar gelehrtige Schüler Bebel's; in Punkt Organisation und Opferfreudigkeit seien sie nachahmenswert, aber sonst wären die Herren von der roten Fahne noch nicht geschwie-gener worden. Zu den Vorgängen in Rißland übergehend, meine Redner, daß die breite Masse des Volkes von gereizter Begehrl-keit erfüllt wäre; alle patriotischen Männer sollten sich fest zusammenfassen, damit sie die Unsturzmänner unterzulegen; an den grantigen Helsen des deutschen Bürgerturns müßten sie zer-schellen. Im Notfall müßten sie mit dem Kaiserhaupte zusammen zu leiden und zu sterben wissen. Es folgte das übliche Kaiserhoch.

Alsdann erhält der Referent Ulrich das Wort und behandelt eingehend das Thema: „Sind die Sozialdemokraten die wirklichen Vertreter der Arbeiter?“ Im Verlaufe seines Vortrages führte Redner aus, daß unter den sozialdemokratischen Führern gar keine Arbeiter wären, die Sozialdemokratie hätte keine Verehrung mit Sozialdemokraten, denn es gäbe auch noch christliche, katholische und Girkh-Dundersche Arbeiter, leider Gottes sei das Gros bei den Sozialdemokraten. Der Rimbus, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiter sei, müsse ihr herunter gerissen werden. Die Führer wären nur herangezogene Leute, namentlich Juden, welche sich der Arbeiter ergötzen bemächtigte n. (1) Da sei das Dreigestirn: Singer, Stadthagen, Rosa Luxemburg. Das Judentum sei bestraft, das Bestehende zu vernichten. Als Beweis führt Redner die 48er Revolution, jetzt die russische an; überall seien und sind jüdische Hände im Spiel gewesen. Er gebe ja zu, daß die Juden ein sehr betriebames Volk seien, sie sollten aber ein jüdisches Reich an den Ufern des Jordans errichten. Wir Gewerbetreibende und Landwirte haben noch Kraft in den Knochen, die Juden aber sind ein ausgeergeltes Volk, sie sind es auch, die das russische Volk verheutet haben.

Reine Herren! Ich werde versuchen, Ihnen einige Momente vorzuführen! Der Paps lebt herrlich in der Welt! Das ganze sozialdemokratische Programm fordert weiter nichts wie Zuhellohigkeit. — Ich habe eine Feilsung der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehört und aus meinen Erfahrungen kann ich Ihnen mitteilen, daß die Preisianigen sich im großen und ganzen nach Herrn Singer richten; wenn einer von denen spricht, so schauen sie Singer so demütig und kindlich an, daß sie ja nicht den Sozialdemokraten wehe tun. Singer ist ja äußerst sehr patriotisch gesinnt, hat auch die eine Bruchstücke voller Orden, aber innerlich ist er doch ein Demofrat. Ich muß also Herrn Singer loben, daß er es versteht, sich die anderen gefügig zu machen. Singer ist oberster Paps, Millionen, ich erinnere Sie noch, wie er Kämmerfunktionsär war, Singer pakt als Arbeitervertreter, wie ein Jael zum Schlaffosa.

Ein weiteres edles Diosturenpaar sind Stadthagen und Wehring. Stadthagen ist der Vertreter des guten Tones. Die Sozialdemokraten sagen, sie seien die Vertreter der schwierigen Faust, haben aber nur schwierige Herzen. Reine Herren! Ich muß Ihnen mein tiefstes Beileid aussprechen, daß der Kreis durch Stadthagen im Reichstag vertreten ist. Stadthagen bildet ein ganzes Kapitel Dreißigkeit für sich. (Laque.) Ich rufe Ihnen bloß die Worte Stadthagens ins Gedächtnis vom Zensur-Parteitag, daß er noch ruppiger werden wird.

Wehring ist das Bild einer schiefen Ebene, er hat sich durch-gemaufert vom Redakteur der „Volks-Zeitung“ bis zum Chefredakteur des wäckeren Schimpf-organs: der „Leipziger Volkszeitung“.

Nun kommt die schöne Rosa, das ist eine Dame im rötlichsten Rot, eine Vertreterin des unerschärfen Radikalismus. Deutsche Arbeiter! schmeißt doch das ganze Gesindel raus nach Rußland! Polen! — Weiter kritisiert Redner die Angelegenheit der „Sehe“. — Wir als Reaktoren haben noch Freiheit und Namenstun in den Knochen, auch vor Königsthronen. Hierbei weist Redner auf die Kanalvorlage hin. — In diesem Tone geht es noch eine ganze Zeit lang weiter.

Nun noch einer, den ich beinahe vergessen hätte. — Herrin Bebel. Er schließt: Sache aller Patrioten ist es, bis zum letzten Blutetropfen für unser herrliches (?) deutsches Reich einzustehen. Wir wollen nicht durch Bebel's fanatisches Phantasien unser Vaterland in Grund und Boden stampfen lassen. Deutsche Arbeiter! Verlaßt die rote Fahne, kommt wieder zu uns, werdet wieder schwarz-weiß-rot. (Beifall.)

Vorsitzender Dahms ersucht die Anwesenden zum Dank für diesen aufricht wichtigen und belustigenden Vortrag sich von den Plätzen zu erheben (geschleht).

Als zweiter Punkt stand „Die deutsche Handwerkerfrage“ auf der Tagesordnung. Hierzu hatte Herr Pauli-Voidam das Referat übernommen. Redner sucht sofort auf seinem Stokensperd: Mittelstandskriterien, Handwerkerfrage, Innungen usw. nachzu-weisen, daß die Sozialdemokratie stets gegen diebezügliche Gesetze gewesen sei. Sie habe Arbeitskammern beantragt — Einrichtungen, wo sie wieder Sit und Stimme für ihre Agitatoren schaffen wolle. Dagegen habe er große Bedenken, indem heute schon die Sozialdemokratie in Krankenkassen, Gewerbevereinen, Invaliden-versicherungen usw. ihren einschneidenden Einfluss geltend mache. Die Sozialdemokratie wolle nur den Mittelstand vernichten. Zum Schluß fordert Redner auf, Stadthagen aus dem Kreise zu ver-jagen. —

Vorstander ersucht hierauf die Versammlung, sich zum Dank für die gute landliche Arbeit des Herrn Pauli von den Plänen zu erheben. (Geschichte)

Zum dritten Punkt, Diskussion schlägt Vorstand der Versammlung vor, die Zeit für Diskussionen infolge der vorgerückten Zeit auf 5 Minuten festzusetzen. — Außer einem Parteigenossen sprach sich die dreimal gegebene Versammlung selbstverständlich im Sinne der Referenten aus. Nachdem noch auf die bevorstehende Gemeinderwahl aufmerksam gemacht und zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert worden war, schloß der Vorstand die an theatralischen Momenten wahrlich nicht arme Versammlung.

Man sieht aus vorstehendem Bericht: Graf Pückler, der sich jetzt in einer Krankenanstalt befindet, hat würdige Vertreter.

Die Leitergerüthbauer versammelten sich am Sonntag im „Englischen Garten“, um ihre Generalversammlung abzuhalten. Der Referent, August Werner, hielt einen Vortrag über Streik und Aussperrung, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Dann gab der Vorsitzende Winler den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß im vergangenen Jahre sehr viel Unglücksfälle im Beruf vorgekommen sind. Mit Rücksicht auf die Unglücksfälle beschloß die Versammlung, eine freiwillige Unterstützungsliste zu gründen, der nur organisierte Kollegen angehören können. Hierauf folgte die Neuwahl der Sektionsleitung. Gewählt wurden: Hermann Walter als 1. Vorsitzender, Paul Hanneemann als 2. Vorsitzender, Hermann Kandler als Schriftführer. In die Schlichtungskommission wurden gewählt: Hermann Walter als Obmann, Paul Henkel und Pfeffermüller als Beisitzer.

**Rigdorf.** Am 5. März fand eine außerordentliche Generalversammlung in Hoppes Festsälen statt. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Heinrichs, der verstorbenen Genossen Hurnburg und Wrofe — des letzteren ob seiner eifrigen Tätigkeit für die Partei am Orte — in längerem, warmem Nachrufe gedacht wurde in die Tagesordnung Berathung des Statuts der Kreis-Wahlvereine und des Organisationsstatuts des Kreis-Verbands-Verkehrs-Charlottenburg eingetreten. Die §§ 1—5 gelangten ohne Debatte zur Annahme. Zu § 6 beantragt Genosse Tesche, daß nur Organisationsmitglieder an der Versammlung teilnehmen dürfen, die der Generalkommission angeschlossen sind. Dieser Antrag wird abgelehnt, nachdem er von den Genossen Hoffmeister, Straube und Jüdel mit der Wortführung bekämpft, daß die kleinen Organisationen zwar ein Krebsgeschwür der Arbeiterbewegung seien, daß man aber in der politischen Organisation — zumal es sich bei Wahlen um tätige Genossen handele, — nicht mit zweiterlei Maß messen könne. Zu § 7 beantragt Bergemann, den monatlichen Beitrag auf 30 Pf. festzusetzen, damit Extraversammlungen erspart bleiben. Auch dieser Antrag wird abgelehnt und der Paragraph unverändert angenommen. § 8 soll auf Antrag des Vorstandes dahin abgeändert werden, daß die Generalversammlungen vierteljährlich statt halbjährlich stattfinden. Dieser Antrag wird, nachdem ihn Genosse Heinrichs begründet, angenommen. Zu § 10 liegt ein Antrag des Genossen Tesche vor, dahingehend, daß jährlich ein Revisor auszuwählen habe, daß derselbe aber nach Jahresfrist wieder wählbar sein könne. Nach kurzer Begründung wird dieser Antrag angenommen. Die übrigen Paragraphen wurden ohne Debatte erledigt.

Zu dem Organisationsplan des Kreis-Verbands beantragt Genosse Schulz bei § 3: „daß die Bezirksführer vom Bezirk zu wählen sind; verlagert der Vorstand die Befähigung, dann soll der Generalversammlung die Entscheidung zustehen“. Genosse Tesche beantragt zu § 5, daß bei den Delegiertenwahlen zu den Generalversammlungen des Kreis-Verbands die Tagesordnung derselben bekannt gegeben werden solle. Der Antrag wird abgelehnt. — Zum Organisationsplan beantragt Genosse Heinrichs, in den Mitgliedsbüchern eine Rubrik zu schaffen, die bei Umzügen in andere Wahlkreise den Tag des Eintritts in den Wahlkreis erkennen lasse, man habe dies,

besonders wenn man nicht mehr im Besitze alter Mitgliedsbücher sei, man aber die Zeit des Eintritts in die Partei angeben müsse, oft als Mangel empfunden. Der Antrag wird angenommen.

Unter Vereingangsgelegenheiten stellt der Vorsitzende den Antrag, gegen den Maurer Wisse das Ausschlussverfahren einzuleiten wegen eines entehrenden Vergehens. Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**Zentralbibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 11. März, vormittags 9 Uhr, im Rathaus, Saal 109, Eingang Sünderstraße: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10<sup>15</sup> Uhr vorm. in der Schulstraße, Kleine Hunsrückstr. 6: Vortrag des Herrn Bogner-Stettin: „Uebermenschen und Herrenmoral“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 12. März, abends 8<sup>15</sup> Uhr, pünktlich, im großen Saal von A. Franke, Sebastianstr. 29: Beschlüssende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Bericht über die Bauarbeiten der Halle und des Verwaltungsgeländes. Welche Zustimmung legitimiert.

**Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgebend.** Sonntag, den 11. März, nachmittags 2 Uhr, in Parkhaus Ruhhaus, Landsbergerstr. 39: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Dr. Gradnauer über „Schwulstliteratur“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

**Wtund.** Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Reinhard), 10. Heft. Abonnements (einschließlich der Wtund-Revue) vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

**Cito de Terra.** Alkohol und Verkehrswesen. 53 Seiten. Preis 60 Pf. Maßgeleitverlag des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke. Berlin W. 15.

**Leopold Kautzer.** Russisches Revolutionstagebuch 1905. 246 Seiten. Preis 2 M. — Rengerische Buchhandlung, Gleditsch u. Wilsch, Leipzig.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. B. 1. 2.** Obwohl oder noch mehr, weil und der Herr bekannt ist, lehnen wir es ab, und im Briefkasten über denselben zu äußern. — **Stiftung.** Der „Vorwärts“ hat viele Stiftungen erwähnt. Welche Sie meinen, ist nur festzustellen, wenn Sie den Zeitpunkt genauer angeben. Vielleicht die Genoss-Stiftung? Sie hilft Handwerkern, die durch Krankheit oder sonstiges unverschuldetes Unglück in Not geraten sind. (Stiftungsdeputation, Poststr. 16). — **262.** 1. Fürsorgestellen für Säuglinge: Blumenstr. 78, Clarastr. 37, Markische Armistadplatz, Luisen-Str. 35. (Ausschneiden! Aufbewahren!) 2. Fürsorgestellen für Lungenkranke, Epileptik. 3. Auskunft bei Stadt, Hoffmann, Blumenstr. 14. — **G. Sch.** Das häßliche Waisenhaus nimmt Ihr Kind nur ab, wenn Sie selber ganz hüllos sind. Privatpflegestellen stehen unter dem Einfluß der Kirche und fordern von dem noch lediglich zahlungsfähigen hohes Vergütung. Man wird Sie wohl überall auf private Pflegestellen verweisen. — **H. W. 100.** Wenden Sie sich an die Kaufmännische Fortbildungsschule. Direktor: Dr. Andel, Berlin, Neue Friedrichstr. 53/54, 12—2. Dort erfahren Sie alles Nähere. — **G. S. 2.** Derartige ist uns nicht bekannt. — **H. D. 107.** Wir können Ihnen leider keine Stellung nachweisen.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7<sup>15</sup> bis 9<sup>15</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefkasten und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

**H. R. 2. 107.** Rein. — **H. M. 910.** Die Beantwortung Ihrer Fragen hängt davon ab, welche Abreden seitens der Frau mit dem Hauswirt bei Ihrem Auszuge getroffen sind. Ist der Vertrag damals nicht aufgehoben, so hat zweifellos die Frau das Recht auf Wiedererneuerung und auf Schadenersatz zu klagen. — **H. D. 107.** Sie mühten sich an die Organisation wenden. Die Darlegung ist für die Zeitung nicht verwendbar, weil ihr die Aktualität fehlt. — **Hier Ludwig.** Sie müssen sich an den Vorstand der Kaffe und an die Landesversicherungsanstalt wenden.

**Zwei grüne Speckjäger.** 1. und 2. Reiz. 3. und 4. Reiz. — **6. 35.** Welche hat die Gemeinde und auf Beschwerde an den Landrat der Kreis-ausschuss über die Höhe zu befinden. — **Wemelerstraße 51.** Reiz. — **H. W. 74.** Der Arbeitgeber hat die Anwaltskosten herauszugeben, der Arbeiter selbst hat den Umlauf zu bemerken. — **G. M. 2.** 1. Wenn die Abrede der Renovierung ausdrücklich gemacht ist, so können Sie dieselbe verlangen und eventuell Schadenersatz begehren. Geht eine ausdrückliche Abrede, so würde der Klageweg ohne Rücksicht auf Erfolg sein. 2. An den Vertrag mit Ihrem Hauswirt sind Sie gebunden. — **H. D. 9.** Ist über die Kündigung nichts vereinbart, wird aber monatliche Miete gezahlt, so ist sowohl vom Schlußbuche als vom Grundbuche bis am 15. zum 1. (nicht umgekehrt) zu kündigen. Dieselbe Kündigungskündigung besteht für den Vermieter. — **H. S. 8306.** Die Zeugen könnten veranlaßt werden, die ihnen gestellten Fragen zu beantworten, es könnte eventuell gegen sie Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Sie sind aber berechtigt, alle solche Fragen abzulehnen, deren Beantwortung sie selbst oder ihre Angehörigen in die Gefahr strafrechtlicher Untersuchung bringen würde. Es genügt voraussichtlich, daß sie bestimmt erklären, daß sie bestimmt wissen, daß der und der der Verfasser nicht ist. Die Frage nach dem Verfasser aber dahin beantworten, daß sie es ablehnen müssen, diese Frage zu beantworten, weil sie sich selbst in die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung wegen Verleumdung oder Wäldechaft bringen können. Wenn 6 Monate nach Erscheinen des betreffenden Urteils verfloßen sind, so ist eine Strafverfolgung, wenn noch nicht Antrag gestellt ist, nicht mehr zulässig. Ob Mittel und Wege möglich sind, um die Termine so oft verlagern zu lassen, bis die 6 Monate verstrichen sind, hängt von den Umständen des Falles ab. — **H. 697.** 1. Ja, es muß aber der Zutritt zur Wohnung gestattet werden. 2. Ja, da Ihr Vertrag wahrscheinlich dem Wirt das Recht Reparaturen vorzunehmen einräumt. 3. Nein.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Weizen Ia 63—66 R., IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47, Rohweizen Ia 80—88, IIa 63—75, IIIa 54—60, Dammweizen Ia 60—71, IIa 54—60, Schweinefleisch 73—78. Rindfleisch 0,58 bis 0,62. Dammlaud 0,55—0,65. Kassiminen Stück 0,80—0,95. Hühner, alte Stück 1,50—3,00, junge 0,80—1,70, da Ha 0,00—0,09. Leudon, junge 0,50—0,65, alte 0,40—0,45. Enten, Stück 2,00—2,40. Gänse, junge, Stück 3,00—7,00, russische 0,30—0,40 R. pr. Pfd. Schaffleisch 0,00 R. Hühner 10—12 R., pro 100 Pfd. Gänse 78—82, Schiele 0,00; Kalb, groß 00—00, mittel 00—00; Wägen 44—56. Röhren in Eis große 40, kleine 17—25, Karpylen 57—65, Abteilsch 678, Seilsch 30—35 R. pr. 100 Pfd. Schottische Wollherlinge (gelazelt) 40—44 R. Vier, Schaf 3,80—3,40. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 118—122, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. vord. Daberische 2,00—2,20, magd. bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schoß 0,60—0,90, Weißkohl pr. 100 Pfd. 4,25—4,50, Rotkohl pr. Schoß 00—00, hell. 12—20 R. Saure Gurken, Schoß 2,00 R., Pfeffergurken 2,00 R.

## Witterungsübersicht vom 9. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temp. u. G.
Schwetzingen	743	W	5 wollig	5	Haparanda	724	D	2 bedeckt	-10
Dambrung	746	W	6 bewit.	2	Petersburg	727	S	1 Schnee	1
Berlin	748	W	4 wollig	3	Selby	746	W	5 bedeckt	9
Hannf. a. R.	755	W	5 wollig	3	Aberdeen	745	W	5 Schnee	1
Walden	757	W	7 Regen	7	Paris	763	W	3 wollig	7
Wien	759	W	4 bedeckt	13					

**Wetterprognose für Sonntag, den 10. März 1906.** Etwas kälter, zeitweise better, jedoch sehr unbeständig mit Niederschlägen und starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand** am 8. März. Elbe bei Ruffig + 2,06 Meter, bei Dresden + 0,56 Meter, bei Magdeburg + 3,18 Meter. — In der Rur bei Straußfurt + 2,60 Meter. — Oder bei Kallidor + 2,49 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,16 Meter, bei Breslau Unterpegel + 0,32 Meter, bei Frankfurt + 1,85 Meter. — Weichsel bei Sande mündung + 5,50 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Rheine bei Ulm + 1,29 Meter.

**Theater.** Sonnabend, den 10. März. Anfang 7<sup>15</sup> Uhr: Oberhand. Margarete. Schanipielhaus. Wilhelm Tell. Deutsches. Debutus und die Spilung. Neues. Ein Sommernachtstraum. Berliner. Drei Schwestern. Wehen. Schichten. Nachm. 9 Uhr: Iphigenie auf Tauris. Kleines. Antigone. Anfang 8 Uhr: Vessing. Der Ruf des Lebens. Schiller O. (Bühnen-Theater.) Ueber unsere Kraft (II Teil.) Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schaubühne Theater.) Der Vogel im Käfig. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Zentral-Bruder Stranbinger. Metrop. Aus ins Metrop. Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna. Refusung. Der Bräutigam. Trianon. Loulou. Carl Weiß. Die lebende Bräute auf Ruha. Nachm. 4 Uhr: Rag und Rorty. Lustspielhaus. Der Weg zur Höhe. Thalia. Was ist ein Hümel. Luise. Das Lumpengesinde. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Kasino. Die Herren Söhne. Apollo. Die Insel Lulipatan. Spezialitäten. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein. Folies Caprice. Nach dem Zappens-treich. Der Beheme. Wintergarten. Cabaret: „Die Kaiserin der Sahara“. — Spezialitäten. Belle-Aliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten. Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Ein Hof von Neapel. Theater 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis. 8 Uhr im Hörsaal: Dr. Donath: Wechselstrom und Drehstrom. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr. Neues Theater. Anfang 7<sup>15</sup> Uhr. Ein Sommernachtstraum. Sonntag: Der Herr Kommissar. Darauf: Salomo.

**Berliner Theater.** Abends 7<sup>15</sup> Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. **Drei Schwestern.** Sonntag: Zar Feodor Jeannowitsch. Nachm. 2<sup>15</sup> Uhr zu erwähl. Verleihen: Hamlet. Montag: Drei Schwestern. **Kleines Theater.** Zum ersten Male: **Antigone.** Von Sophokles deutsch v. Vollmöller. (3 Akte.) Anfang 7<sup>15</sup> Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachts. Abends 8 Uhr: Antigone. **Zentral-Theater.** (Operette) 8 Uhr: **Bruder Stranbinger.** Operette in 3 Akten mit Karl Schütz. **Komische Oper.** Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Phantastische Oper von J. Offenbach. Sonntag nachm. 3 Uhr erwählige Verleih: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Don Pasquale. **Luisen-Theater.** Anfang 8 Uhr: **Das Lumpengesinde.** Sonntag nachm. Groß Witz. Abends: Die Taubenstraße. Montag: Groß Witz. **Apollo-Theater.** Heute! **Premiere heute!** **Das bummelnde Berlin** Burleske in drei Akten von Benno Jacobson. Auff. von Rudolf Nelson. Vorher die glänzenden Spezialitäten. **Metropol-Theater.** Anfang 8 Uhr. **!Auf in's Metropol!** Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

**Schiller-Theater.** Schiller-Theater O. (Bühnen-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil.) Schauspiel in 4 Akten von E. Hoffmann. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.** Montag, abends 8 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.** Schiller-Theater N. (Friedr.-Bühn. Th.). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.** Schauspiel in 5 Akten v. St. Grohmann. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Glück im Winkel.** Montag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.** **65 Abessinier in Castans Panoptikum** Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree. **Zirkus Albert Schumann** Heute abend prächtige 7<sup>15</sup> Uhr: XXV. Grande Soirée High Life. Gala-Programm. Neue Dekor. u. a.: Zum ersten Male: Mr. Cashmore mit seinem drei-kerigen Tierpark. Ferner: Alie. Louise Mary mit ihren wunderbar dressierten **Eisbären.** Der sensationelle Dressurakt vorgetragen von einer Dame. Zum Schluß zum 83. Male: Die größte Pracht-Kunstleistungs-Pantomime der Gegenwart **Femina** das neue Frauenreich. Nebenher sämtliche Spezialitäten also Sonntag: 2 große Vorstell., nachm. 3<sup>15</sup> Uhr (ein Kind frei) und abends 7<sup>15</sup> Uhr. In beiden Vorstellungen Miss. Louise Mary mit ihren Eisbären und das Sensations-Programm. Zum 84. Male **Femina.** **Residenz-Theater.** Direktion: Richard Alexander. Heute zum 132. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr: **Der Prinzgemahl.** Satirischer Schwanke in 3 Akten von J. Kanroß und R. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. **Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

**Schiller-Theater.** Schiller-Theater O. (Bühnen-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil.) Schauspiel in 4 Akten von E. Hoffmann. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.** Montag, abends 8 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.** Schiller-Theater N. (Friedr.-Bühn. Th.). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.** Schauspiel in 5 Akten v. St. Grohmann. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Glück im Winkel.** Montag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.** **65 Abessinier in Castans Panoptikum** Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree. **Zirkus Albert Schumann** Heute abend prächtige 7<sup>15</sup> Uhr: XXV. Grande Soirée High Life. Gala-Programm. Neue Dekor. u. a.: Zum ersten Male: Mr. Cashmore mit seinem drei-kerigen Tierpark. Ferner: Alie. Louise Mary mit ihren wunderbar dressierten **Eisbären.** Der sensationelle Dressurakt vorgetragen von einer Dame. Zum Schluß zum 83. Male: Die größte Pracht-Kunstleistungs-Pantomime der Gegenwart **Femina** das neue Frauenreich. Nebenher sämtliche Spezialitäten also Sonntag: 2 große Vorstell., nachm. 3<sup>15</sup> Uhr (ein Kind frei) und abends 7<sup>15</sup> Uhr. In beiden Vorstellungen Miss. Louise Mary mit ihren Eisbären und das Sensations-Programm. Zum 84. Male **Femina.** **Residenz-Theater.** Direktion: Richard Alexander. Heute zum 132. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr: **Der Prinzgemahl.** Satirischer Schwanke in 3 Akten von J. Kanroß und R. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. **Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

**Urania** Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: **Am Golf von Neapel.** Theater 4 Uhr: **Tierleben in der Wildnis.** Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Wechselstrom und Drehstrom. **Sternwarte** Invalidenstr. 57/62. Zum 78. Male: **ER & ICH** Ad. Philipp. Sonn. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. **Walhalla-Theater** Heinrich Heine. Lustspiel in 3 Akten von H. Heine. Darauf: **Die Ballhaus-Anna.** Voffe in Gel. i. 2 Akte u. Damm u. Hasel. Am 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. **W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. **Kostümfest** des H. B. C. „Artha“. Sonntag: Der Hüttenbesitzer. Dienstag: Erstes diesj. Auftreten des Direktors Rob. Dill in der Uraufführung von: Der Hirt von Goldau. **Carl Weiß-Theater.** In der Invalidenstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: **Die lebende Bräute auf Ruha.** Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung (keine Preise): **Max und Moritz.** Eine Bühnengeschichte in 7 Streichen von W. Busch. **Palast-Theater** Burgstr. 24, 2 Min. v. St. Börse. Heute 7<sup>15</sup> Uhr. Entree 50 Pf. **Signor Marfanis** Hundes- u. Katzen. **Eise und Magda** Doppel-Drahtspiel. **Margarit und Dettmar** Lanz-Duo. **'ne feine Nummer!** Burleske von Max Koch. Nächsten Die H. Winkler und 10 Attraktionen. **Familientag in der Wildnis, Reichert und Fingerringen** unentgeltlich.

**Folies Caprice** Budapest Posten-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Zum 174. Male: **Nach d. Zapfenstreich.** Vorher: **Der Beheme** u. d. ausgezeichnete Spezialitäten! Anfang 8 Uhr. Vorher: Tag & Wertheim u. an der Theaterkass. von 10 Uhr vormittags an. **Gebrüder Herrfeld-Theater.** Zum 124. Male: **Familientag im Hause Prellstein.** Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorher 11—2 Uhr. **Sonntag, den 1. April:** **Schluss** diesjähriger Spielfaison! **Abschieds-Vorstellung** im alten Hause!! **Bernhard Rose-Theater** Gesundbrunnen, Badstraße 58. Morgen Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr: **Die Hochzeit von Valeni.** Abends 7 Uhr: **Adam und Eva.** Bisset-Borverkauft von 10 bis 1 Uhr an der Theaterkass. Montag: Das Milchmädchen von Schöneberg. **Fröbels Allerlei-Theater** Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert** Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntag 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr. **Sonntags** für Sommer-feste sind noch frei.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm.  
**Saharet**  
in der Burleske  
"Die Kaiserin der Sahara."  
Alonso Bracco - Truppe, spanische Akrobaten.  
Madame Lo, lebende Bilder.  
Franco Pipor, Banjo-Virtuose.  
"Rokoko"-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.  
Newhouse and Ward, kom. Radfahr.  
Alexia, Pariser Tänzerin.  
Die 4 Rassen, Luftgymnastiker.  
Gabrielle Modl, Soubrette.  
De Biere, Zaubermeister.  
Emil Sondermann.  
Der Biograph.

**Hochsensational! Belebend!**  
Wissenschaft und Verbrechen.  
Tägliche wechselnde Projektions-Vorträge aus der gerichtlichen Medizin in Carl Gabriels **Volks-Museum**  
Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor  
I. Serie **Mord oder Selbstmord?**  
Außerdem 2000 Numm. Volkskrankheit u. d. Bekämpfung Anat. Samariterlehre  
Eutree 30 Pf. Sold. u. Kind. 20 Pf. Sämtl. Räum. mit Vortrag ohne Nachzahlung 60 Pf.  
**Restaurant "Zum Prälaten"**  
Hummelsburg. Inb.: F. Boragk.  
Sonnabend, 17. März:

**Sanssouci.** Kottbuser Straße 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonn. Rest., Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkünstler.**  
Sonn. u. S. u. Wochent. 8 U.  
Kameld. f. d. gr. Theateraal u. nächst. Salon (a. f. Mittwochs) m. schon jetzt entg.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter Allee 85.  
**Das sensationelle, vollständig neue März-Programm.**  
Nur Schlager.

**Kasino-Theater**  
Lottfingerg. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Die Herren Cöhne.**  
Wollstück in drei Akten von Walter u. Stein.  
Vorher das neue bunte Märzprogramm.  
Sonnab. 4 Uhr: Die goldene Brücke.

**Original-Harburger Sänger.**  
Direktoren: C. Frick und Fr. Kasche-Krause.  
Uf. 8 Uhr. Eutree 30 Pf.  
Vorzugsforten gelten.  
Seden Sonntag: Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Otto Pritzkows**

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Reut. Mozart, Wagner, Offenbach.  
Musik. Zeitbild v. Weibel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnab. 7 Uhr.

**Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater**  
Münzstr. 16. Münzstr. 16.  
**Welt-Biograph** System 1909  
Sy Sy ? ? ? ? ?  
Die Wunder - Disputanten!  
Die Fußkünstlerin!

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Der Kenner**  
raucht **№ 61**  
hochfeine 6 Pf. Cigarre  
vortüchtlicher würziger Geschmack  
**J. NEUMANN**  
Cigarren-Fabrikant - 103 Filialen.  
Davon in Berlin:  
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
Chaussee 16, Ecke Invalidenstr.  
Chaussee 37/37, Ecke Schwartzkopffstraße.  
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, E. Französa. Str.  
Gertraudenstr., Eck. Breitest. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Kronenstr.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.  
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 146.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine Frau, unsere Mutter, Schwieger- und Großmutter nach langen Leiden am 7. März im Alter von 62 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Wilhelmshafenstr. 31 aus statt.  
Um hülles Beileid bittet  
3206  
Familie **Wihl. Prochow.**

**Kraft-Rothwein**  
für Blutarmer u. Kranke  
ärztlich empfohlen  
Feurig-Süßes  
**Sanjalucia**  
Fl. 150 u. 2 M. überall zu haben  
In Apotheken, Drogen- u. Delikatessengesch., steht unter ständiger Kontrolle d. chem. Laboratoriums **Dr. C. Bischoff.**

**Rute 6 Mark.**  
**Neu! 300 Parzellen**  
in **Repernd.** gut geschnitten, zehn Minuten von der Bahn. Davon sollen sofort circa 50 Parzellen a 6 M. und circa 20 Parzellen a 3 M. per Rute verkauft werden. Güterartenboden, auch Wasser- und Bergparzellen, Kirche, Schule, Ranch, Handwerker usw. im Orte. Günstige Zahlungsbedingungen. Verkäufer täglich auf dem Terrain und am Bahnhof **Repernd. 2948\***  
**J. Rieger, Contardstr. 5.**

**Greift zu!** dem besten Monats-Anzüge . . . 10. - M. an Abonnement-Anzüge . . . 12.50 Monats-Paletots . . . 9. -  
Partie-Anzüge, teils mit ununterbrechbaren Reihern . . . 10.50 - Anzüge, Erbst. für Maß . . . 20. -  
Ranung - Hof od. Jagd . . . 3. -  
Alles auch für solenne Figuren! Beitrag, Kleidungsstücke v. Kanallenen, Reifend., aus den feinsten Materialien. Verkauft, teils von **Hoflisch**, **Hoflisch** billig. **Strassenbahn-Berggütung!**  
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,** an der 35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 33 u. u. Stadtbahn **Hannowstr.**

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter Str. 87, II., Eingang Straußberger Platz.\*

**Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Bezirk Südost.  
**Todes - Anzeige.**  
Dem Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **Emil Fischbach** am 7. d. M. nach kurzem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Thomas-Kirchhofs** in **Rixdorf, Hermannstraße**, aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
**Der Zweigvereinsvorstand.**

**Kranken - Unterstützungs - und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins.**  
Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Emil Fischbach** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Thomas-Kirchhofs**, **Rixdorf, Hermannstraße**, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
37/3 **Der Vorstand.**

**Verband der Tapezierer. (Filiale Berlin.)**  
Am Donnerstag, den 8. März, verstarb unser Mitglied **F. Wasserkampf** im 36. Jahre. 177/11  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, auf dem **Graben-Kirchhof, Barfußstraße**, statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Senefelder-Bund.**  
Filiale 4. Lichtdrucker.  
Am 8. d. M. verstarb plötzlich im Alter von 53 Jahren unser langjähriges Mitglied **Hermann Rudelt.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des **Reichshofs** der **Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche** in **Besten, Fürstenburger Weg**, aus statt.  
3245 **Der Vorstand.**

**Invaliden-Unterstützungskasse der Steindruckers u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 8. März verstorbenen **Richard Rudelt** findet statt am Sonntag, 11. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des **Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirchhofs** in **Besten.**

**Deutscher Senefelder-Bund.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 8. März verstarb nach langen, schweren Leiden der Steindruckers **Max Unger** im Alter von 30 Jahren an der Schwindblut.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen **Jakobi-Kirchhofs** in **Triß, Hermannstraße**, aus statt.  
**Die Verwaltung der Filiale I.**  
289/13

Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß am 7. März, abds. 10 1/2 Uhr, meine geliebte Frau nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.  
Im Auftrag der trauernden Hinterbliebenen  
**G. Nissel, Berlin, Alte Jakobstr. 75.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des **Jakobi-Kirchhofs**, **Hermannstraße**, aus statt. 3206

**Sozialdemokrat. Wahlverein Wilhelmsruh.**  
Nachruf!  
Am 6. d. Mts. verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Kaufmann **Leopold Reusch** im 58. Lebensjahre. 222/5  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

Am 7. März, abends 9 1/2 Uhr, entschlief sanft nach kurzen, aber schweren Leiden, mein lieber Mann, Vater und Bruder **Wilhelm Bredow** im 52. Lebensjahre. 3155  
Beerdigung Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Thomas-Kirchhofs** aus.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. Berl. Reichstagswahlkreis Götitzer Viertel.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schlosser **Wilhelm Bredow** wohnhaft **Reichenbergerstraße 150, Stadtbezirk 90,** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Thomas-Kirchhofs** aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
242/10 **Der Vorstand.**

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
E. H. 29, Hamburg.  
**Filiale Berlin 3.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Bredow** am 7. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Thomas-Kirchhofs** in der **Hermannstraße** aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
114/3 **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem Krankenlager verstarb am Mittwoch, den 7. d. M., der langjährige Beamte unserer Kasse, Herr **Wilhelm Bredow.**  
Wir verlieren in ihm einen eifrigen, pfllichttreuen Beamten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 333b  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **St. Thomas-Kirchhofs**, **Rixdorf, Hermannstraße**, aus statt.  
Berlin, den 9. März 1906.  
**Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau - Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.**  
G. Bant.

**Nachruf.**  
Nach kurzem Krankenlager verstarb am Mittwoch, den 7. März, im Alter von 52 Jahren unser langjähriger Mitarbeiter, der Kassenbeamte **Wilhelm Bredow.**  
Er war und ein lieber, aufrechter, zuvorkommender und hilfsbereiter Kollege, dessen ehle Gesinnung wir stets in Ehren halten werden. 332b  
Ruhe ihm die Erde leicht sein!  
Berlin, den 9. März 1906.  
**Die Beamten der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauarbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Bredow** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des **Jakobi-Kirchhofs** in **Nieder-Schönhaufen** aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzleger **Max Schwarz** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Jakobi-Kirchhofs** in **Nieder-Schönhaufen** aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Wo?** machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin? Nach **Pichlsworther** am **alten Freund.**  
Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz. Es ladet ganz ergebnislos ein.  
Küche stets in altbekannter Güte.  
Morgen Sonntag: **Extra feine frische Blut- und Leberwurst.**

**Wellbekannt sind Rathenower Augengläser.**  
Echt Rathenower Brillen 1,00  
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50  
" Double . . . 5,00  
" Gold . . . 12,00  
" Schildpatt . . . 4,50  
Opern- u. Reise-gläser v. 6,00 an  
Barometer, Werke, von 6,00 an  
**A. Grün, Optiker,**  
Brunnen-Straße 4  
Lieferant der Krankenkassen.

**Herrenhüte**  
weich und steif  
moderne Fassons pr. Stück 1,25 M., bessere Sachen billigst.  
**Hutkontor** nur  
Holzmarktstraße 34a, Ecke Andreaskirche.

**Wegen vollständiger Auflösung!**  
unsere Maßabteilung haben wir unsere hocheleganten prima Maßstoffe zu Herren-Anzügen aufarbeiten lassen; es befinden sich darunter englische und französische Stoffe im Werte von M. 18.- per Meter.

Herren-Anzug (feinsten echt engl. Stoff Ia. Verarbeitung) . . . . .	Maßwert M. 125	Stück 54,00
Herren-Anzug " " " " " " " " " " " " " " " " " . . . . .	" " 100	" 48,00
Herren-Anzug " " " " " " " " " " " " " " " " " . . . . .	" " 90	" 44,00
Herren-Anzug (Prima reine Wolle, Maßarbeit) . . . . .	" " 80	" 40,00
Herren-Anzug (engl. u. franz. Muster, feinste Arbeit) . . . . .	" " 75	" 36,00
Herren-Anzug (extra prima Qualität) . . . . .	" " 65	" 32,00
Herren-Anzug (garantiert für äußerste Haltbarkeit) . . . . .	" " 50	" 28,50
Herren-Anzug (Sport-Fasson, elegante Muster) . . . . .		" 25,00
Herren-Anzug (unsere bekannte Marke Tip-Top) . . . . .		" 22,50
Herren-Anzug (einzig dastehend) . . . . .		" 19,00
Ein Posten Herren-Anzüge . . . . .	9 50	12 00 14 00 und 16 50

Ferner gelangen weit unter Preis zum Verkauf: — Besichtigung für jedermann lohnenswert!

1000 Stck. Knaben-Kosen . per Stck. nur 61 Pf.	1000 Stck. Knaben-Mützen (Samt u. Wolle) Stck. 48 Pf.
500 " " " prima " " " 95 Pf.	1000 " Damen-Mützen (alle Fassons) " 78 Pf.
500 " " " extra prima " " " 1 45 M.	1000 " " " (la. Velvet) " 1 58 M.

**Konfirmanten-Anzüge, prima Arbeit, per Stück . . . . . 6 00 8 00 10 00 12 00 16 00 20 00 24 00 M.**  
3000 Stck. Knaben-Anzüge teilweise reine Wolle . . . . . per Stück nur noch 2 35 3 35 4 00 6 75 M.  
1000 Stck. seidene Blusen, darunter echt Wiener Modelle . . . . . per Stück nur noch 7 75 M.  
Einige 1000 Mtr. Seiden-Stoffe, keine Ramschware, nur neueste Muster . . . . . per Mtr. von 1 40 an.

Weit unter Preis gelangen zum Verkauf folgende Posten!  
Herren- und Damen-Schirme. Chevreau- und Box-Calf-Stiefel. Wäsche. 1 Posten Stöcke.  
Jupons, Krawatten und mit ganz kleinen Fehlern behaftete Sommer-Paletots!  
**Manche Artikel werden 20-40% unter Einkaufspreis verkauft.**

**Internationales Kommissions- u. Lagerhaus E. Süßkind & Co. Rosenthalerstr. 9, Auguststr.**



Gesellschaft, Staat und Pädagogik.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Sonnabend, den 24. Februar, hielt Genosse Robert Seidel, der seit Beginn des Wintersemesters am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich über Geschichte der Pädagogik gelesen hat, seine Antrittsvorlesung.

Genosse Robert Seidel konstatierte eingangs, daß es bis heute an einer Würdigung des Einflusses von Gesellschaft und Staat auf die pädagogische Theorie und Praxis gefehlt hat.

Die Naturvölker, welche in einer freien Gemeinschaft lebten, richteten je nach ihrem speziellen Kulturzustand das Hauptaugenmerk auf diejenigen Bildungs- und Erziehungsmittel, welche einerseits ihre Fertigkeit im Jagen, Reiten, Schwimmen, Fischen, Pflanzenvervollkommen und andererseits die Jugend zur Treue, Hingabe und Aufopferung für die Gemeinschaft erzogen.

Bei den Völkern mit Kastenliederung (Indien und Ägypten) lag die Herrschaft nicht mehr in den Händen der Allgemeinheit. Ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil der Bevölkerung, die Krieger- und Priesterkaste bildend, versägte im Interesse einer wirksamen Unterdrückung und Ausbeutung der untersten Kaste über alle Bildungs- und Erziehungsmittel.

Auf ähnlicher Basis ruhte die griechische Gesellschafts- und Staatsform. Die große Masse des Volkes bildeten die Sklaven, welche von jeder Bildung ausgeschlossen waren.

Bei den Griechen finden wir zum erstenmal Gedanken über Erziehung und Bildung niedergelegt in den Schriften der beiden Philosophen Plato und Aristoteles.

Die Stützen der mittelalterlichen Gesellschaftsform bildeten Christentum, Ständewesen, Hörigkeit und Leibeigenschaft.

Es gab wohl ein ritterliches und ein geistliches Bildungsideal; auch das Bürgertum fand in den deutschen Schreib- und Rechenschulen etwaige Bildung; die Erziehung des Bauernvolkes aber lag nicht im Interesse der herrschenden Stände und unterblieb deshalb.

Erst der gesteigerte Handel und Verkehr, das Aufblühen der Industrie, alles Erscheinungen der Neuzeit, machten eine allgemeine Bildung und Erziehung des gesamten Volkes zur dringenden Notwendigkeit.

Die Restauration und das Bürgerkönigtum lieferten das Bildungs- und Erziehungswesen der Kirche, den geistlichen Lehrorden aus, sobald aber die zweite Republik proklamiert war, lebte die unentgeltliche obligatorische Schule wieder auf.

Das zweite Kaiserreich gab sie in die Hände der kaiserlichen Kreaturen, bis die Demokraten und Sozialisten der dritten Republik die Schule dem Volke zurückgaben.

Da begann jene grobkörnige, einzig dastehende Schulreform, welche das Gedeihen, die Entwicklung der obligatorischen, unentgeltlichen weltlichen Schule, verbunden mit dem Arbeitsunterricht und der Moral- und Bürgerkunde, dauernd sicherte.

So kommt Genosse Seidel zu dem Schlusse, daß nur diejenigen wahre Freunde der Volksbildung sind, welche eine freie Staats- und Gesellschaftsform erlängten wollen, in der niemand mehr Interesse an der Unwissenheit seiner Mitmenschen haben kann.

Genosse Seidel schloß seine Ausführungen unter stürmischem Beifall der Zuhörer ab.

Wenn schon die Unterdrückung dieser sozialpädagogischen Frage an und für sich verdienstvoll und neu ist, so gebührt der geistvollen, lebendigen Art der Betrachtung volle Anerkennung.

Wir wünschen dem Genossen Robert Seidel zu seinem schönen Erfolge aufrichtig Glück; wir begrüßen und unterstützen sein Vorhaben, die Geschichte der Pädagogik durch Berücksichtigung der sozialen und politischen Verhältnisse zu erweitern und zu bereichern.

Versammlungen.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 4. März seine Ausschuss-Sitzung ab. Die Vereine: „Maurer“ (Berlin), „Flamme“ (Berlin), „Sangeslust“ (Orlitz), „Freie Sänger“ (Eiche bei

Waldpark), „Freie Sänger“ (Berder an der Havel) wurden in den Bund aufgenommen. Meyer macht auf die vom Bund veranstaltete Märzfeier in der Brauerei Friedrichshain aufmerksam.

Ein Antrag des Vorstandes dem „Schwimmerbund“ 75 M. und der „Samariterkolonne“ 100 M. für ihre Mitwirkung beim letzten Sängerefest zu bewilligen, wurde anstandslos angenommen.

Es liegen vier Anträge zur Veranstaltung des Provinzial-Sängerefestes vor, und zwar von den Vereinen: Brandenburg, Rathenow, Ludenwalde, Jehndem. Die Besprechung derselben findet der vorgerückten Zeit wegen auf der Generalversammlung statt.

In der nächsten Uebungsstunde werden folgende Lieder gesungen: „Bruch an den Mai“, „Wir glauben an der Freiheit Sieg“, „Freiheit“, „Frühlingsstürme“.

Die Gasarbeiter der Englischen Gasanstalten versammelten sich am Donnerstag in Obfals, Schöneberg, um ihrer Entrüstung über die neuesten Maßregelungen durch die Direktion der Gaswerke gegen Mitglieder des Verbandes Ausdruck zu geben.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Die Organisation der Arbeiter und als Eingriff in ihr gesetzlich gewährtes Koalitionsrecht von allen Nebenern aufs schärfste verurteilt.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66

Sonder-Angebot

für Sonnabend, den 10. März
Montag, 12.
Dienstag, 13.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Speiseteller, Brotteller, Kompotteller, Salatieren, Bratenschüsseln.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Speiseteller, Dessertteller, Kompotteller, Kaffeeservice, Tafelservice, Milchtöpfe.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Kompotteller, Salatieren, Käseglocken, Butterglocken, Zuckerschalen, Zitronenpressen.

Tafelservice blau Unterglasur mit Gold feines Porzellan für 6 Personen Mk. 15.50

Ein großer Posten feines Porzellan blau Unterglasur mit Gold Tassen, Kaffee Kannen, Milchtöpfe, Zuckerdosen, Teekannen und Speiseteller zu sehr billigen Preisen.

Steingutnäpfe weiß, Satz 6 Stück 85 Pl. Große einzelne Näpfe weiß 33 Pl. bunt 42 Pl.

\*) Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.





# Vorort

## Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 58. Sonnabend, den 10. März 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Auf zur Flugblattverbreitung!

**Achtung!** Am Sonntag, den 11. März, 1/2 8 Uhr morgens, wird in Groß-Berlin ein Flugblatt verbreitet. Alle Genossen Berlins und der Vororte bitten wir, pünktlich an den bekannten Ausgabestellen anzutreten, damit die Verbreitung prompt erledigt wird.

#### Der Aktionsausschuß.

#### Sechster Kreis, Schönhauser Vorstadt.

Morgen, Sonntag, abends 6 Uhr, findet in den Gerolinda-Sälen, Schönhauser Allee 28, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Hans Weber über: „Des Deutschen Reiches Herrlichkeit“. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Einberufer.

#### Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beesdow-Charlottenburg.

Sonntag, den 11. März 1906, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung in Adlershof, Restaurant Kaul, Widmarkstr. 16.

- Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre.  
2. Beratung des Kreisstatuts und des Organisationsplanes für Teltow-Beesdow-Charlottenburg.  
3. Resolution Kitzdorf betr. das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der „Russka“-Interpellation.  
4. Antrag Charlottenburg betr. die Vorortbeilage des „Vorwärts“.  
5. Antrag Vorkammer betr. Abgrenzung der Rechte zwischen Berlin und den einzelnen Kreisen.  
6. Antrag Kitzdorf betr. den Wohlstand der Philharmonie.  
7. Verschiedenes.

Zu dem Statuentwurf sind noch folgende Anträge eingegangen: § 6a. Die Wahlen der Delegierten zu den Verhandlungs-Generalversammlungen von Groß-Berlin sind von den örtlichen Wahlvereinen vorzunehmen. Die prozentuale Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte erfolgt durch den Zentralvorstand, jedoch muß jeder örtliche Wahlverein durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein.  
Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.  
Der Vorstand. J. A.: W. Eberhardt.

#### Johannisdahl.

Die Bezirksleiter und Parteigenossen werden ersucht, sich zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh pünktlich 8 Uhr beim Genossen Sobin, Roonstr. 2, einzufinden. Der Vorstand.

#### Reinickendorf Ost und West.

Die Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr in den Zahlstellen. Keiner darf fehlen, jeder hat zu erscheinen.  
Der Vorstand.

#### Eckner.

Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Degebrödschen Lokale: Kommunalwählerversammlung. Tagesordnung: 1. Was will die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung? Referent: Genosse H. Sonnenburg. 2. Diskussion. 3. Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

#### Friedrichsfelde - Karlsberg.

Die Flugblattverbreitung findet morgen (Sonntag) früh 1/2 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus statt. Pünktliches Erscheinen notwendig.

#### Grünau.

Am Sonntag, den 11. März, morgens 7 1/2 Uhr, findet vom Lokal „Zur grünen Eiche“, Köpenickerstr. 88, aus eine Flugblattverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

#### Wahlisdorf.

Sonnabend, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Bernerle, Hönowerstr. 6, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Da wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, so ist es Pflicht aller Mitglieder, in der Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand.

#### Weißensee.

Am Sonntag, den 11. März, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Zahlstellenlokale eine Flugblattverbreitung statt, zu der die Genossen ersucht werden, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

#### Grünheide bei Eckner.

Am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Lokale des Herrn Heilig. Tagesordnung: 1. Die Handelsverträge und die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Einwohner von Rogel und Kienbaum werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da bis jetzt noch keine öffentliche Versammlung hier hat stattfinden können.

#### Spandau.

Am Sonntag früh Flugblattverbreitung für Stadt und Land. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

#### Pankow.

Am Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung für die Gemeindegewählten statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

#### Neuenhagen an der Ostbahn.

Am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, findet bei A. Wünsche, Bahnhofsstraße, eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Gemeindegewählten. 2. Parteifeier. 3. Verschiedenes. Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, ist es Pflicht eines jeden Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen, keiner darf fehlen. Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

#### Rosen.

Am Sonntag früh 7 Uhr findet von A. Schimke, Wartheuferstr. 51, aus eine Flugblattverbreitung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

#### Ober-Schönweide.

Der Wahlverein hat für Sonntag, den 11. März, mittags 1 Uhr, eine Kranich-Vorstellung veranstaltet. Gegeben wird: „Im Reiche der Mittnachtsonne“. Es werden die Genossen ersucht, sich regen daran zu beteiligen. Wer noch keine Billets hat, kann dieselben bis Sonntagmittag beim Kassierer Burgsch, Siemensstr. 8 I beziehen. Jedes Billett kostet 60 Pf. Trage jeder dazu bei, daß die Vorstellung voll besucht ist.  
Der Vorstand.

#### Tempelhofer.

Heute Sonnabend: Stiftungsfest des Wahlvereins mit großartigem Programm. Zahlreichen Besuche sieht entgegen.  
Der Vorstand.

### Vorort-Nachrichten.

#### Zur Gemeindegewahlbewegung.

#### Friedrichsfelde, 6. März.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Vindenburg“ nahm einen sehr interessanten Vortrag des Genossen Dr. Rosenfeld-Karlsberg über das sozialdemokratische Gemeindeprogramm entgegen. Der Vortragende vertrat mit großem Geschick die sozialdemokratischen Forderungen auf allen Gebieten der Gemeindepolitik, deren Notwendigkeit er an zahlreichen Beispielen aus der Wirklichkeit der hiesigen Gemeindevertretung beleuchtete, an der Minderleistung der öffentlichen Hygiene, des Schulwesens, Armenwesens und an der mangelhaften Arbeiterfürsorge bei Vergeltung der Gemeindegewählten. Mit treffender Schärfe geißelt der Redner, daß bei dem Bau des Magerviehhofes Hunderte von ausländischen Arbeitern beschäftigt wurden (Zuruf: Sogar Frauen) und zwar zu Arbeitslöhnen, die weit unter den von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbarten Sätzen standen. Mit der Errichtung eines Gewerbegerichts warte Friedrichsfelde so lange, bis mit Erreichung einer Einwohnerzahl von 20.000 der gesetzliche Zwang eintrat. Redner erörtert weiter die Stellung der Sozialdemokratie zum kommunalen Steuerwesen und schloß mit der Aufforderung zu tatkräftiger Mitwirkung an der Entwicklung des Gemeinwesens zu einer wahrhaft sozialen Gemeinshaft. Jede sozialdemokratische Stimme solle ein Protest sein gegen die bürgerliche Gemeindepolitik. Die Ausführungen wurden vom Gemeindegewählten Finckler wirksam ergänzt; besonders befähigt dieser, daß Friedrichsfelde auch jetzt wieder von Italienern wimmle, ohne daß für deren Unterkunft ausreichend georgt sei. Nach Mitteilung eines bürgerlichen Mitglieds werde der Unternehmener angehalten, Baracken für diese Leute zu bauen. Und dreist empfiehlt die von der Vorwärtsbuchhandlung herausgegebene Gemeindegewahl-Karte zum Rosenbezug. Als Bezirksführer wurde Genosse Krüger gewählt. In der Debatte wurde an örtlichen Mißständen Kritik geübt und bekanntgegeben, daß am Sonntag, den 11. März, früh 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverbreitung stattfindet. Die Genossen mögen sich pünktlich in den bekannten Lokalen einfinden.

#### Die Steglitzer Wahlvereins-Versammlung

beschäftigte sich ausschließlich mit den Gemeindegewahlen. Der Vorsitzende gab einleitend das Stimmverhältnis der verschiedenen Parteien bekannt und kritisierte die im „Vorwärts“ schon erwähnten Ungehörigkeiten bei der Gemeindegewahl. Die sehr rege Diskussion förderte noch einige hübsche Sätze zutage. So z. B. die Tatsache, daß der gegen Arbeiterwähler so gestrenge Wahlvorsteher einen bürgerlichen Wähler durch eine Radfahrerkarte für genügend legitimiert ansah. Auch noch eine andere Mitteilung erregte allgemeines Staunen, nämlich, daß nach den genauen Aufzeichnungen unseres Stimmzählens Genosse Krug tatsächlich die absolute Stimmenmehrheit und auch Genosse Ahmann einige Stimmen mehr erhalten habe, als die amtliche Bekanntmachung ergebe. Unser Jäger erklärte sich den Unterschied daraus, daß die beiden Verfügungen wiederholt auf Anregung des Wahlleiters Korrekturen an ihren differierenden Aufzeichnungen vornahmen, um sie in Uebereinstimmung zu bringen. Die Meinung der Versammlung ging dahin, daß wir alle Kraft daran setzen müssen, am 14. März in der Stichwahl noch zu siegen. — Es sei hier noch bemerkt, daß in der gestrigen Notiz aus Steglitz der Name des einen Kandidaten verlesen ist. Die Namen sind: im ersten Bezirk Ahmann und Krug, im zweiten Bezirk Krug und Leimbach.

#### Mehlisdorf.

Am Sonntag, den 11. März, abends 6 Uhr, findet im bürgerlichen Lokale eine Wählerversammlung statt, um die Aufstellung eines zweiten Kandidaten vorzunehmen. Dem Genossen G. Koblitz ist das Wahlrecht aberkannt, weil er in eine Steuerliste gebracht wurde, die ihm kein Wahlrecht gewährt. Öffentlich geben die Genossen am Tage der Wahl, am Dienstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, die nötige Antwort.

#### Nieder-Schönhausen.

Jetzt endlich sind auch für unseren Ort die Gemeindegewahlen ausgeschrieben. Dieselben finden für die dritte Abteilung am Donnerstag, den 15. März, nachmittags von 12 bis 6 Uhr, im Lokale des Herrn Ledemitt statt. Gewählt müssen zwei Hauseigentümer werden. — Parteigenossen! Tropdem der Wahlverein einen Antrag beim Gemeindegewählereingereicht hatte, die Wahlzeit bis 8 Uhr abends auszudehnen und trotzdem die Antwort des Gemeindegewählereingereicht, in Erwägung zu ziehen, die Wahlzeit bis 7 Uhr abends auszudehnen, findet dieselbe doch nur bis 6 Uhr statt. Parteigenossen! Es gilt jetzt, den Herren zu zeigen, daß wir auch unter widrigen Umständen auf dem Posten sind; es gilt, auch den letzten Mann an den Wahlisch heranzuziehen, damit wir unseren Kandidaten zum Siege verhelfen. Derjenige, der am Tage der Wahl nicht seine Schuldigkeit tut, ist nicht wert, sich Sozialdemokrat zu nennen. Am Dienstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Illig, Blankenburgstr. 4, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt, wo die Aufstellung der Kandidaten stattfindet. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

#### Friedrichshagen.

Die Ergänzungs- und Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung sind beendet. Mit dem Einzuge der Genossen Wilhelm Schmidt und Hermann Grau in das Dorparlament ist die dritte Klasse nur durch Sozialdemokraten vertreten. In der zweiten Klasse sind neugewählt Hofrat Lange, Kaufmann Große und Architekt Lehmann. In der ersten Klasse Forstmeister a. D. Kofli und Rentier Moldenhauer.

#### Wahlergebnisse in den Vororten.

Bei der am Donnerstag in Hohenstaubhausen stattgehabten Gemeindegewahl für beide Bezirke wurden gewählt: in der dritten Abteilung die Kandidaten der bürgerlichen Partei, Fischer und Blaschke mit 67 resp. 65 Stimmen; unsere Kandidaten, die Genossen Reubauer und Siebenwirth, erhielten 55 resp. 51 Stimmen.  
**Eckner.** Die diesjährige Gemeindegewahl findet Dienstag, den 13. März 1906 von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr statt. Als Kandidaten fungieren die Genossen Aug. Heusel, Fijzier und Paul Gebhardt, Bayer. Parteigenossen, an Euch liegt es nun, den bürgerlichen Parteien die beiden letzten Mandate der dritten Wählerklasse zu entreißen, wißt ihr doch, daß der Gemeindegewahlvorsteher mit seinen Betreuten in den Sitzungen alles anwendet, wenn es gilt, unsere Vertreter zu unterdrücken. So lehnte der Gemeindegewahlvorsteher das Ersuchen unserer Vertreter, die Wahlzeit abends anzuberäumen, mit den Worten ab: „Die Wahlzeit jetzt liegt fest!“

#### Tempelhofer.

Die heutige Gemeindegewahl hat uns leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Von 1718 stimmberechtigten Wählern

gaben 524 ihre Stimme dem bürgerlichen Kandidaten, während auf unseren Kandidaten Genossen Mag. Schmidt 157 Stimmen entfielen. Die Gegner haben ungeheuer geschleppt und wurden namentlich Straßenbahnangestellte von ihren Vorgesetzten zum Wahllokal geleitet. Die Angst vor dem Einzug eines Sozialdemokraten in den Gemeinderat ist nun überstanden und dürfen sich die Herren auch fernerhin in aller Seelenruhe schlafen legen. Unsere Niederlage aber wird uns anspornen, die Denksäulen und Indifferenten aufzufällern, damit sie nach zwei Jahren mit Verständnis und Ueberzeugung zur Wahlurne schreiten.

#### Die Wilmerdorfer Wahl

hat eine definitive Entscheidung nicht gebracht, es muß Stichwahl stattfinden. Es erhielten die bürgerlichen Kandidaten Defert und Römmermann 836 beziehungsweise 752, unsere Genossen Radtke und Reiche 898 beziehungsweise 901 Stimmen; außerdem fielen auf einen Herrn Rayzel 196 Stimmen. Unsere Stimmzahl hat sich gegen die von vor zwei Jahren um 150 vermehrt.

#### Groß-Lichterfelde.

Bei den heute stattgefundenen Gemeindegewahlen erhielten im Westbezirk die bürgerlichen Kandidaten 492, unsere Kandidaten 451 Stimmen. Im Ostbezirk erhielt Malermeister Lehmann (Bürgerlich) 253, unser Genosse Kurt Eisner 203 Stimmen.

#### Rowanow-Neuendorf.

Die am Donnerstag in Neuendorf stattgefundene Gemeindegewahl hat uns den erhofften Sieg leider nicht gebracht. Unsere Kandidaten erhielten 235 resp. 238 Stimmen, während auf die Gegner 253 resp. 251 Stimmen entfielen, darunter über 40 Freientstimmen. Sind wir somit durch das stimmwürdige Freientstimmenrecht auch diesmal unterlegen, so zeigt ein Vergleich des diesmaligen Wahlergebnisses mit dem von vor zwei Jahren doch, daß unsere Gegner keine Ursache haben, auf ihren Sieg besonders stolz zu sein. Bei der vorigen Wahl wurden für uns nur 98 Stimmen abgegeben, während für die Gegner ohne Freientstimmen 820 Wähler Stimmen. Wir haben diesmal also einen Zuwachs von 147 Stimmen, die Gegner aber einen Verlust von über 100 Stimmen zu verzeichnen. Bemerkenswert wollen wir noch, daß kein Freientstimmiger selbst gewählt hat, sondern daß amtliche Legitimationskarten, welche an die Wähler vor der Wahl im Gemeindegewahlbureau verabfolgt wurden, durch Neuendorfer Einwohner für Freientstimmen aus Zehlendorf, Drewitz, Wannsee und anderen Orten abgegeben wurden, was zu den verhängnisvollsten Kombinationen Veranlassung gab. Die Sozialdemokratie wird natürlich aus dieser „Niederlage“ die Lehre ziehen. Es gilt, weiter zu arbeiten, um bei der nächsten Wahl eine Stimmzahl zu erlangen, die uns trotz aller Machinationen der Gegner den vollen Sieg verbürgt.

#### Schöneberg.

Wie es im Schöneberger Armenhause aussieht, das erzählt man, wenn man einen Blick in die Petition der 5. Armenkommission richtet. Im November vorigen Jahres hatte diese Kommission eine Besichtigung des Armenhauses und der dem gleichen Zweck dienenden Baracken unternommen und ihre Bedenken und Wünsche dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in Form einer Petition im Februar d. J. übermittelt. Ganz besonders traurig steht es nach dieser Petition in den Baracken aus, die feinerzeit als Choleraquarantäne errichtet wurden, seit langem aber ständig als Wohnräume für städtische Arme benutzt werden, da das Armenhaus nicht den allgeringsten Bedürfnissen mehr genügt. Sie haben so dünne Wände, daß die Bewohner sich gar nicht der Kälte schützen können; zudem sind die Wände außer in den heißen Monaten ständig feucht und mit Pilzen bedeckt. Die Decken werfen sich und bilden teilweise Fugen; an einzelnen Stellen sind sie nicht wasserdicht und lassen den Regen hindurch. Die Heizung der Räume geschieht durch eiserne Öfen der schlechtesten Art, die gleichzeitig als Kochherd dienen müssen. Einige Zimmer sind überhaupt ohne jegliche Heizgelegenheit. Die Ofenröhren sind fast durchgängig defekt, so daß die Bewohner ständig der Feuergefahr ausgesetzt sind. Das Ungeziefer ist trotz aller Maßregeln nicht zu entfernen; es wimmelt von Wanzen, Schaben, Mäusen usw. Will man den Dintergang der einen Baracke betreten, so fällt man in ein großes Loch, das schon seit Monaten bestehen soll. — Kechnlich sind auch die Zustände im nicht weit von den Baracken liegenden Armenhause.

In Anbetracht dieser großen Mißstände spricht die betreffende Kommission die Ueberzeugung aus, daß die Baracken und das Armenhaus für seine Zwecke gesundheitsgefährlich sind und zugleich verrohend und entmenslichend auf dieselben wirken müssen. Ferner lehnt sie die Verantwortung für die Folgen ab, die aus solchen Zuständen entstehen müssen. Zum Schluß richtet die 5. Armenkommission die dringende Bitte an die städtischen Behörden, durch Erbauung eines den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Armenhauses Abhilfe zu schaffen.

Fragt man nun, was der Magistrat diesen Zuständen gegenüber zu tun gedenkt, so hört man wieder das alte Lied. Wie verlautet, soll der Armenkommission seitens des Magistrats ein ganz gehöriger „Küffel“ erteilt werden, da diese sich erstreckt habe, von dem einem jeden Bürger zustehenden Petitionsrecht Gebrauch zu machen und den Insanzenweg nicht eingehalten habe. Unserer Meinung nach hat sich die Kommission nur ein Verdienst erworben durch die Aufrollung dieses Wildes vor den Augen der städtischen Behörden. Schon seit Jahren ist auch seitens der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament auf diese unwürdigen Zustände hingewiesen worden, aber es blieb alles beim Alten. Schöneberg, das bei anderen Gelegenheiten mit seinen Mitteln wahrhaftig nicht kauft, hat nicht das Geld übrig, um den Keimern der Armen auch nur einigermaßen entgegenzukommen. Tropdem können die bürgerlichen Stadtväter den Mund nicht voll genug nehmen, und erheben sich in Lobpreisungen, wie vortrefflich alles in unserer Stadt bestellt ist. Wer aber die Augen offen hat, der wird finden, daß in erster Linie immer nur die Bedürfnisse der wohlhabenden Leute befriedigt werden, deshalb wird man auch vorläufig auf eine Abhilfe der betreffenden Mißstände nicht zu rechnen haben.

#### Charlottenburg.

#### Verhaftung einer Bande von Fahrradmördern.

Der Kriminalpolizei in Charlottenburg ist es jetzt gelungen, jener gefährlichen Bande, die Fahrradstahle als „Spezialität“ betrieb, das Handwerk zu legen. Besonders hatten es die Diebe auf solche Maschinen abgesehen, die unbeaufsichtigt auf der Straße standen. Bei einer Durchsuchung in den Wohnungen der Mitglieder der Bande wurden noch eine ganze Reihe von Fahrrädern entdeckt und mit Beschlag belegt. Auch zahlreiche Zubehöre von Fahrrädern sind die Polizei. Die Bande sitzt jetzt vollständig hinter Schloß und Riegel.

#### Ein Nachtrag zur Hauptpolizei-Ordnung

für die Stadt Charlottenburg ist solchen mit sofortiger Gültigkeit erlassen worden. Danach ist in den Gebieten zwischen Hardenbergstraße, Wilmerdorfer

**Grenze, Moutanen-, Selbnitzstraße, Stadtbahn, Anesebedstraße und** zwischen Suarezstraße, Ringbahn, Aborn-, Sophie Charlottenstraße und die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen, welche bei ihrem Betriebe durch Verbreitung schädlicher oder übler Dünste, starken Rauchs oder durch Erzeugung eines ungewöhnlichen Geräusches oder durch Verletzung des Publikums herbeiführen können, verboten.

**Ober-Schöneweide.**

Ein Schwindler treibt in den Vororten sein Wesen. Unter der Vorpiegelung, eine Schrift des Vorwärtsverlages zu bringen, suchte hier ein Gauner die Traktatschrift „Herold der Wahrheit“ (Verlag: Internationale Traktatgesellschaft in Hamburg) bei Frauen von „Vorwärts“ lesern zum Preise von 15 Pf. an den Mann zu bringen.

Dah der Vorwärtsverlag mit diesem Herrn auch nicht das geringste zu tun hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Also Vorsicht vor dem Schwindler.

**Rotwales.**

In der letzten Wahlvereins-Versammlung hielt Genosse Vermuth-Berlin einen Vortrag über: „Die Bildungstätigkeit des Proletariats“, an den sich eine kurze Diskussion schloß. Alsdann wurde der Genosse Lange als Redner in den Vorstand gewählt. Das Arrangement zur diesjährigen Mafiseier wurde einem Komitee von 15 Mitgliedern übertragen. An Stelle des Genossen Schulz, welcher seinen Posten als Bezirksführer niedergelegt hat, wurde Genosse Weder gewählt. Mit der Vertretung auf der Generalsammlung wurden die Genossen Liebing, Karl und Konrad Gemoll betraut. — Bei Punkt „Lokalfrage“ wurde betont, daß noch verschiedene Genossen gegen die Lokalliste verstanden und mißbilligte die Versammlung ein derartiges Verhalten entschieden. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die am 18. März im „Volksgarten“ stattfindende Volksversammlung aufmerksam. — Neu aufgenommen wurden 26 Mitglieder.

Am letzten Mittwoch tagte in den „Deutschen Festhallen“ eine von zirka 500 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Judell über „Die Wirksamkeit der Welpolitik“ referierte. Redner entledigte sich in 1 1/2 Stunden seiner Aufgabe, indem er alle Höhen der deutschen Welpolitik Revue passieren ließ. Seine Ausführungen, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurden, gipfelten in einem lebhaften Appell an die Versammelten, mehr denn je für die Stärkung der Organisation wie der Arbeiterpreise Sorge zu tragen; nur dadurch könne der verderblichen Welpolitik ein Ende bereitet werden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Fetter über die bevorstehenden Gemeindevahlen. In der Diskussion ergriff ein Mitglied des District-Bezirksvereins des Gewerkschaftsverbandes das Wort und glaubte, den Bericht von der Sonnabendversammlung in der sozialdemokratischen Presse als nicht wahrheitsgetreu bezeichnen zu können, worüber er jedoch vom Genossen Hoffmann eines anderen belehrt wurde. Er sowohl, wie auch alle übrigen Diskussionsredner gingen mit Genossen Herrmann, ob der noblen Kampfweise der Gegner, scharf ins Gericht, weshalb er auf eine nochmalige Erwiderung verzichtete. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Versammlung einen kräftigen Appell, am Tage der Wahl ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun; alsdann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Armendeputation in Rotwales beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit den Zuständen in dem der Deutschen Zuteilspinnerei A. G. gehörigen Hause Wilsenstr. 1, welches dieselbe zu dem Zwecke erworben hat, um dort einen Teil der von ihr von auswärts herbeigeholten Arbeiter, Polen, Galizier usw., unterzubringen. Armenvorsitzer Genosse Wagner, in dessen Bezirk sich genanntes Gebäude befindet, erklärte, daß ein Teil des Hauses von Familien, der andere von ledigen Arbeitern bewohnt sei. Im letzteren Teile sollten äußerst unzureichende Zustände herrschen, so daß die Gefahr vorliege, das Gebäude könne zu einem Seuchendepot für die Gemeinde werden. Für die Zuteilspinnerei bedeute allerdings die Einrichtung dieses Massenquartiers ein lukratives Geschäft, indem für den einzelnen Arbeiter, sofern dieselben in Stundenlohn leben, 7 Pf. pro Stunde weniger bezahle wie hiesigen Arbeitern, die nicht dort einquartiert sind; Affordarbeitsentenen werden 3 M. pro Woche abgezogen. Diese Beträge werden für die Wohnung und Heizung in Anrechnung gebracht und zwar auch bei solchen unverheirateten Leuten, die die Wohnung ihrer Eltern mitbewohnen. Nach dieser Berechnung habe ein Familienvater für eine Wohnung, die in einem Privathaus in Rotwales inkl. Heizung jetzt 200 M. lofte, 370 M. zu bezahlen. Genosse Wagner betonte, daß verschiedene Arbeiter, die von gewissenlosen Agenten unter allerhand Versprechungen nach hier gelockt seien, genau nach ihrer Heimat zurückwollten, wenn sie nicht an einen einjährigen Kontrakt gebunden wären. Hier sei es notwendig, daß die Gesundheitskommission in Aktion trete, um den Ort vor der Gefahr einer Epidemie zu schützen. Amtsvorsitzer Winkelmann erklärte, daß er die nötigen Redereien einleiten werde. Daß die Direktion von einem Besuch ihrer Massenquartiere nicht besonders erbauet ist, zeigt die Mitteilung des Direktors Döring an den Genossen Wagner, sich bei etwaigen amtlichen Besuchen der dort wohnenden Arbeiter erst im Kontor der Firma zu melden. Selbstverständlich wurde dieses Ansinnen entschieden zurückgewiesen und wird sich die Direktion der Zuteilspinnerei auch in Zukunft gefallen lassen müssen, wenn die Armenverwaltung den Arbeiterwohnungen ganz besondere Aufmerksamkeit schenkt.

**Bernsdorf.**

Der Wahlverein von Bernsdorf und Umgegend hat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, am 18. März eine Volksversammlung abzuhalten; wenn kein Generalbeschluss vorliegt, findet die Versammlung nachmittags 2 Uhr statt.

**Pantow.**

Die Statsberatung in der hiesigen Gemeindevertretung stand unter dem Zeichen der bevorstehenden Gemeindevahlen. Da man sich bereits schon in zwei nichtöffentlichen Sitzungen mit den Statsberatungen befaßt hatte, glaubte man in einer kleinen Viertelstunde den Sechsmilionen-Stat erledigen zu können. Auf Antrag unserer Genossen wurde zunächst über einen Antrag der Gemeindevorstände und Lehrer, welcher schon Monate zurücklag, verhandelt. Bechtlossen wurde: Die Beamten- und Rechnungskommission hat sich im laufenden Geschäftsjahre mit der Neuverteilung der Gehälter aller angestellten Beamten und Lehrer sowie auch der Gemeindearbeiter zu befassen und der Vertretung geeignete Vorschläge zu machen.

Zur Statsberatung stellte Genosse Kubitz den Antrag, daß alle Positionen innerhalb des Stats, welche neuangelegt oder eine vollständige Veränderung erfahren haben, besonders hervorzuheben seien. Grund zu diesem Antrage war die Tatsache, daß im Gehalt des Bürgermeisters eine nicht pensionsfähige Zulage von 1000 M. ohne weiteres durch den Bürgermeister selbst verschwand und im pensionsfähigen Gehalt mit eingerechnet war. Diese dem Bürgermeister gerade nicht angenehme Tatsache brachte eine Stimmung hervor, welche man als Ruhe vor dem Sturm bezeichnen konnte.

Ein femerer prinzipieller Antrag unserer Genossen, in eine Generaldiskussion einzutreten, wurde abgelehnt. Beim Titel Amtsverwaltung trägt Freiwald die Einstellung von vier Polizeiführern, zwei dieselben nicht zur Sicherheit des Dries, sondern zum Untertönen von Schriftstücken und Besorgen von Gängen verwendet werden; das Einkommen von Kollekten und anderen Sammlungen soll man Privatpersonen überlassen. Für Schreibhülfe sind nicht weniger als 20 000 M. eingesetzt, wovon unter anderem 32 Lehrlinge genannte Stellen davon besoldet werden. Freiwald kritisierte die Lehrlingszählweise und verlangte eine übersichtliche Aufstellung von dem, was unter den 20 000 Mark verschleiert ist. Es wurde dies unter der Zustimmung der bürgerlichen Vertreter zugestimmt. Der Antrag, die 6000 Mark bezugenden Parochiallasten zu streichen, wird selbstverständlich abgelehnt. Eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen unserer Ge-

nossen werden ebenfalls abgelehnt. In eine Beratung des Spezialstats wurde nicht eingetreten und wurde derselbe gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Aus der weiteren Tagesordnung ist hervorzuheben, daß für die Erholungsstätten vom Roten Kreuz 400 M. bewilligt wurden. Neu bestritten wurden von der Regierung die Mitglieder der Schulkommission und die Vorsitzenden des Gewerbegerichts. Als leitender Arzt für das Gemeindekrankenhaus wird Herr Dr. Adler-Rantow einstimmig gewählt. Die Wahl des zweiten dirigierenden Arztes wird zurückgestellt. Als Gemeindebaumeister wurde Baummeister Vogel-Stettin unter lebenslänglicher Anstellung und einem Jahresgehalt von 6000 M. gewählt.

**Hundefänger im Gedröck und Hylinder.** Der Berliner Tiersehverein hat den Hundelang in den Berliner Vororten bekanntlich vor einigen Monaten aufgegeben. Es haben sich nun die eigenartigsten Verhältnisse in den Vororten entwickelt. In verschiedenen Gemeinden sind die Hunde jetzt vollständig frei und niemand achtet darauf, ob sie mit Maulkorb und Marke versehen sind. In anderen Gemeinden wieder haben die Gemeindeväter die Hundefänger zu erteilen bis der geplante Zwedverband für gemeinsamen Hundelang der Vororte ins Leben getreten sein wird. Am originellsten aber geht es in Pantow zu. Dort hat der jetzt ausgeübte Hundelang dem Grundbesitzerverein Anlaß zu einer Beschwerde an den Gemeindevorstand gegeben. Die Gemeinde hat den Hundelang einem privaten Unternehmer übertragen, welcher zum Unterbringen der Tiere einen Stall gemietet hat. Werden die gefangenen Tiere innerhalb fünf Tagen nicht abgeholt respektive die Strafe gezahlt, so gehen sie in das Eigentum des Unternehmers über. Die Grundbesitzer beschwerten sich nun, daß die neuen Hundefänger äußerlich nicht kennlich sind und ein glänzendes „Gehäck“ machen, weil sie häufig im Gedröck oder vornehmen Liebergieber und einen Hylinder als Kopfbedeckung ihren „Bezug“ ausstehen. Es wird von den Beschwerdeführern gewünscht, daß die Hundefänger eine Wölge tragen und durch ein Schild auf der Brust kennlich sind.

**Schmargendorf.**

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung sich dem von den benachbarten Gemeinden Berlin (zum Schutze gegen Uebergriffe der Straßenbahn) gegründeten Zwedverband anzuschließen. Bewilligt wurden 100 M. zur Anschaffung von Prämien für die Schule, 20 M. als Beitrag zur Fortbildungsschule der Barbier-Zwangsschule, 1850 M. zur Umänderung der jetzt in Eilen auszuführenden Trägerkonstruktion in der Turnhalle und 350 M. zur Anschaffung von Desinfektionsapparaten für die Gemeinde. Punkt 5. Änderung des Ortsstatutes betreffend Gewährung von Reisekosten für die Beamten wurde, ebenso wie Punkt 6. von der Tagesordnung abgelehnt. Bei der Beratung der von der Firma F. A. Schmidt (G. m. b. H.) Desauerstr. 19. nachgesuchten Konzessionserteilung zwecks Errichtung einer Automobil-Dammbusverbindung beschloß die Gemeindevertretung, ehe eine bestimmte Antwort erteilt wird, sich erst mit den hieran ebenfalls beteiligten Gemeinden Wilmerdorf, Galessee und Charlottenburg in Verbindung zu setzen.

**Berliner Nachrichten.**

Schon wieder hat der Tod einen braven und rührigen Parteigenossen aus unseren Reihen gerissen in der Person des Genossen Wilhelm Bredow. Bredow wirkte schon im Jahre 1878 für unsere Ideen und beschränkte seine Tätigkeit nicht nur aufs politische Gebiet, sondern war auch in gewerkschaftlichen und Krankenversicherungsangelegenheiten sehr tätig. Wiederholt traf ihn die Rache und die Verfolgungswut des Unternehmertums, so daß er schließlich seinen Beruf aufgeben mußte. Wenn Bredow auch in den letzten Jahren weniger öffentlich hervortrat, im stillen wirkte er um so eifriger und hielt stets unsere Fahne hoch. Die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises, deren Mitglied er war, werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Raubanfall am Teufelssee hat noch immer keine Aufklärung gefunden. Die neuerdings aufgetauchte Vermutung, daß Graf Ulrich v. Schaaf einem Unglücksfall zum Opfer gefallen sei, dürfte schon aus dem Grunde hinfällig werden, weil ja ärztlich festgestellt ist, daß Graf Ulrich drei Schußverletzungen am Kopfe des Grafen festgesteilt worden sind. Auch eine Abingung nach der Uhr in der Wohnung des Grafen war ohne jeden Erfolg. v. Sch. pflegte auch niemals das Haus ohne Taschenuhr zu verlassen. Als Täter dürfte vielleicht ein junger Mann in Betracht kommen, welcher am Tage vor dem Ueberfall in der Wohnung des Grafen gewesen war. Nach Angaben der Wirtschaftlerin des Herrn v. Sch. war es ein ihr völlig unbekannter, etwa 20-jähriger junger Mensch. Ob derselbe mit jener Person identisch ist, die dem Förster am Teufelssee die Meldung über den Raubanfall erstattete, konnte noch nicht ermittelt werden. Leider war es bisher auch nicht möglich, den Grafen eingehend zu vernehmen. Jene gewisse Komplikationen sind bei ihm glücklicherweise nicht eingetreten und man darf nunmehr hoffen, daß Herr v. Sch. dank seiner kräftigen Natur dem Leben erhalten bleiben wird.

**Vorsicht, falsche Fünzigpfennigstücke!** Ein Schwindler versucht seit einiger Zeit falsche Fünzigpfennigstücke an den Mann zu bringen. Er trug hauptsächlich Geschäfte in dem Südosten der Stadt auf, lautete eine Kleinigkeit und bezahlte diese mit einem neuen Fünzigpfennigstück. Später stellte sich dann heraus, daß die Geldstücke gefälscht sind. Die Fälschrate tragen das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1878. Sie sehen den neuerprägten Fünzigpfennigstücken täuschend ähnlich. Der Schwindler, der ein anglisches und schwees Wesen zur Schau trägt, ist etwa 30 Jahre alt, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart, längliches blaßes Gesicht und trägt einen braunen Winterpaletot sowie schwarzen steifen Hut.

Beim Spielen im Altkassen schwer verdrannt wurde das fünfjährige Mädchen Erna des Möllers Wiesner aus der Hornsdorferstr. 41. Die Kleine hatte unbemerkt von der Mutter mit den Händen im Altkassen, in dem sich glühende Asche befand, herumgewälzt und plötzlich schlug eine große Stachkammer aus dem Kasten hervor und traf das Kind so unglücklich, daß es im Gesicht und an beiden Armen schwere Brandwunden erlitt. Die erste Hilfe erhielt die Kleine auf der Rettungswache in der Frankfurter Allee.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der gestrigen Nacht im Osten Berlins. Als der Redakteur R. gegen 1 Uhr morgens vom Dienst kommend, auf dem Wege nach seiner in der Blumenstraße befindlichen Wohnung an der Inlandstraße vorbeiging, vernahm er plötzlich aus dem Hause Nr. 2 gedehnte Hilferufe. R. suchte einen Schwamm, den er auch nach längerer Zeit fand und mit Hilfe des inzwischen hinzugekommenen Wächters wurde die Haustür geöffnet. Dem Rufe nachgehend, kamen die Beamten nach dem Keller, wo sich ihnen ein grauenhafter Anblick darbot. Dort lag am Erdboden böllig entblüht, mit schweren Brandwunden am ganzen Körper ein 40-jähriger Mann, wie sich später herausstellte, der Hausreiner D., welcher im vierten Stock des genannten Hauses wohnte. D., der in der Nacht nach Hause gekommen war, begab sich zunächst nach dem Keller, um dort einen Gegenstand zu suchen und zündete eine Räucherkerze an. Durch irgend eine Unvorsichtigkeit war der Inhalt der Lampe explosioniert und hatte sich über die Kleidung des Hausreiners ergossen, die an dem Körper des Unglücklichen buchstäblich zu Asche verbrannte. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

**Durchgebrannter Terrainschwindler.** Der in weiten Kreisen bekannte Bau- und Terrainspekulant Paul Jahn aus der Rübenbergerstraße 20, Miethaber der Firma Jahn u. Schade in der Körnerstr. 8, ist seit vorigen Dienstag unter Hinterlassung einer großen Schuldlast verschwunden. Der Mann lebte auf großen Höhen, hatte stets ein gemietetes Automobil und herrschaftliches Fuhrwerk zur Verfügung und suchte dadurch den Geldgebern zu imponieren. Soweit bis jetzt feststeht, dürfte die Zahl der „Leidtragenden“ mehr als hundert betragen und die ihnen abgeknöpften Summen sich auf weit über hunderttausend Mark belaufen. Bei seinen Spekulationen ging er in der Weise vor, daß er sich beim

Kaufe von Grundstücken das Prioritätsrecht vor dem Restkaufgelde vorbehalt, dann mit den so erlangten Notariatsakten Gelbente nachsuchte. Diese betrug er zur Vergabe von Kapialien, die er noch vor Auflösung der in Frage kommenden Grundstücke zurückzahlen werde. Diese Aufstellungen kamen aber nie zu Stande. So sollte am vorigen Mittwoch in Buxtehude vor dem Amtsgericht eine Auflösung erfolgen, wozu sich etwa 60 Gläubiger eingefunden hatten, um bei dieser Gelegenheit ihre gegebenen Darlehne zurückzufordern. Ihre Hoffnung war indes trügerisch, denn Jahn war bereits verschwunden. Wie sich jetzt herausstellt, hat er auch zahlreiche kurzfristige Wechsel angekauft und weiter mehrere eidesittliche Versicherungen darüber abgegeben, daß seine elegante Wohnungseinrichtung sein Eigentum sei. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn die Möbel sind auf Leihvertrag von der Firma Seiffert u. Wolf entnommen. Jahn ist nicht ohne Mittel verschwunden. Es sieht fast, daß er noch am vorigen Dienstag etwa 150 000 M. in seinen Händen hatte. Seine Geliebte, die Tochter seiner Wirtschaftlerin, ist mit ihm verschwunden.

**Zimmerer gegen Kautionsstellung** suchte kürzlich der Zimmermeister Karl Hallbauer, Schöneberg-Berlin W., Eisenacherstraße 65, Bureau für Architektur und Bauausführungen. Als sich auf die diesbezügliche Annonce im „Lokal-Anzeiger“ ein organisierter Zimmerer bei dem Meister meldete, stellte dieser an den Gewerber das Ansuchen, 1500 M. Kautionsstellung zu deponieren. Wozu die verlangte Kautionsstellung dienen sollte, das blieb dem Gewerber ziemlich unklar; er lehnte daher das Anerbieten des Herrn Hallbauer dankend ab und empfahl sich. An sich wäre dieses Vorkommnis weiter nicht erwähnenswert, wenn Herr Hallbauer bei dem Berliner Zimmerer nicht dem etwas brenglichen Versuch der zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit stände. Auf dem Verhandlungswege der Zimmerer sind nämlich schon wiederholt Klagen von Organisationsangehörigen darüber eingegangen, daß sie an den Lohntagen von Herrn Hallbauer ihr verdienten Lohn nicht erhalten könnten. Erst am letzten Sonnabend lief bei der Verhandlung wieder die Meldung ein, daß Herr Hallbauer fünf Zimmerleuten und dem Volier den Lohn für die vergangene Woche nicht ausgezahlt hatte. Ob die Leute inzwischen ihr Geld erhalten haben, konnte noch nicht festgestellt werden. Tatsache aber ist, daß Herr Hallbauer im vorigen Jahre von den Zimmerern wegen Nichtzahlung verdienten Lohnes verklagt werden mußte. Der Inhaber des Bureaus für Architektur und Bauausführung wurde auch zur Zahlung verurteilt, hatte aber nichts zu zahlen. Selbst die Pfändung fiel fruchtlos aus, und die Kläger waren die Geplagten. Unter diesen Umständen muß die Sache nach Zimmerern gegen Kautionsstellung allerdings einen eigentümlichen Eindruck machen.

**Bauunfall.** Ein bedauerndes Unglück, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern vormittag auf dem Neubau Urbanstr. 65. Der 35-jährige Zimmerer Richard Käyig, Rautenstr. 42 bei den Eltern wohnhaft, sprang, nachdem er an der Hofmanntarde eine Spartenwechselung hergesteilt hatte, rückwärts vom Dachstuhl auf die einen Meter tiefer angebrachte Dachstuhlrinne hinab. Hierbei soll Käyig, wie ein Augenzeuge bestätigt, auf den durch Regen und Schnee glatt gewordenen Dachstuhl Brettern ausgeglitten sein. Desgleichen soll durch die Erschütterung das am Absturzgeländer angebrachte Ständerbrett sich gelöst haben und umgeschlagen sein, so daß Käyig über die Dachstuhlrinne hinwegrutschte und auf den Hof hinabfiel. Der Unglückliche fiel mit einigen Brettern zusammen auf unten lagernde Bohlen. Durch zwei seiner Kameraden wurde er mit schweren inneren und äußeren Verletzungen mittels Drahtseile nach dem nahegelegenen Krankenhaus am Urban gebracht. Er starb jedoch schon auf dem Transport in den Armen seiner beiden Begleiter.

Der Verstorbenen, der kurz vor seiner Verheiratung stand, war ein eifriger Förderer der Arbeiterinteressen und langjähriges Mitglied des deutschen Zimmererverbandes.

**Ein schwerer Bauunfall.**

bei dem sechs Arbeiter verunglückten, darunter zwei Lebensgefährlich, ereignete sich gestern vormittag bald nach 9 Uhr in der Dorotheenstr. 23/24. Dort wird von der Baufirma E. Kuhn, Müllerstr. 172 a, ein umfangreiches Kalkbühnen Gebäude aufgeführt. Im ersten Stock waren nun gestern sechs Arbeiter damit beschäftigt, Zementierungsarbeiten zu verrichten. Zwei von ihnen harkten den Zement, während die vier anderen ihn in Säcken zutragen. Plötzlich stürzte eine Zementkappe zusammen und riß die sechs Arbeiter mit in die Tiefe. Im nächsten Augenblicke wurden Hülferufe laut. Die zahlreich in der Nähe der Unfallstätte tätigen Arbeiter särmten in Hast herbei und machten sich an die Rettungsarbeiten ihrer Kollegen. Es gelang auch bald, alle unter den Trümmern hervorzuholen. Am schwersten verunglückt waren die Arbeiter Otto Siebert aus der Hennigsdorferstr. 24 und Hans Praskowsky aus der Fehrdellnerstr. 34. Sie wurden sofort nach der Unfallstation in der Kronenstraße geschafft, wo der behandelnde Arzt schwere innere Verletzungen feststellte. Siebert mußte dann nach der Charité und sein Kollege nach dem Krankenhaus am Urban transportiert werden. Der Zustand von beiden ist bedenklich. Die vier anderen Verunglückten kamen mit leichten Verletzungen davon und konnten nach ihren Wohnungen entlassen werden. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Absteifungen nicht vorchriftsmäßig erfolgt waren. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Durch einen ungewöhnlich großen Drahtdiebstahl sind gestern die Fernsprecherverbindungen nach den südlichen Vororten unterbrochen worden. Auf der Chaussee zwischen Tempelhof und Zandwig wurden auf einer Länge von etwa 200 Metern die sämtlichen zwanzig Fernsprecherdrähte, also insgesamt 4000 Meter Draht, im Gewicht von zirka fünf Zentnern abgeschnitten und gestohlen. Zweifellos muß bei diesem Raube eine größere Diebesbande tätig gewesen sein, welche zur Fortschaffung der gewichtigen Beute sich jedenfalls eines Wagens bedient hat. Die Drahtmarke müssen mit großer Genauigkeit gearbeitet haben, denn als auf Grund des Alarmsignals auf den Positionen abgeschickte Beamte zur Stelle kamen, war von den Dieben keine Spur mehr zu entdecken.

3300 Millionen Mark sollen nach unserer gestrigen Notiz „Wenn Berlin Land verkauft und wieder kauft“ 8200 Morgen Land kosten. Der Druckfehlerteufel hat aber eine Kull zu viel gemacht; es sind nicht 3300, sondern 330 Millionen Mark.

Portemonnaie gefunden. Am Dienstag wurde in der Generalversammlung des 4. Wahlkreises bei Keller ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Der Eigentümer kann sich dasselbe in der Parteiexpedition Langstr. 14/15 abholen.

Das Arbeiterinnenheim III Rotbuscher Ufer 33, 1 Treppe, wird im nächsten Monat eröffnet werden. In diesem neuen Heim befinden sich dieselben Einrichtungen wie in den beiden bereits bestehenden (Mitgliedst. Abendisch, Schneiderinse usw.). Außerdem sind dort 20 Schlafräume eingerichtet worden, welche in kleinen, freundlichen Zimmern liegen. Sie werden zum 1. April für den Preis von 10 M. (mit Koffee) vermietet. Anmeldungen können vor dem 15. März im Heim I, Eridenstr. 8, und vom 15. d. M. ab Rotbuscher Ufer 33 erfolgen.

Ferretwehrbericht. Gestern früh um 4 Uhr hatte die Ferretwehr längere Zeit mit der Bösung eines Fischereibrandes am Elisabeth-Ufer 33 zu tun. Da der Treppenaufgang sehr verengt war, wurde ein Angriff über eine große mechanische Leiter mit Erfolg ausgeführt. Es gelang, die Klammern auf die Fischerei zu beschränken. Wegen eines Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach der Veteranenstr. 8. In der Justusburgerstr. 16 brannten Räucherwaren und anderes in einer Schlaferei. Weiter usw. wurden in der Velfortstr. 3 ein Raub der Klammern, Ferner hatte die Wehr in der Teufelstr. 14 und anderen Stellen zu tun.